

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung
und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland
(Unfallverhütungsbericht 1989)

Inhalt

	Seite
Übersicht	3
Erläuterungen	4
Einleitung	5
I. Das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland	5
1. Arbeitsunfälle	
1.1 Angezeigte Arbeitsunfälle	5
1.2 Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle	8
1.3 Häufigkeit der angezeigten und der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle in verschiedenen Wirtschaftszweigen	8
1.4 Tödliche Arbeitsunfälle	14
2. Wegeunfälle	18
2.1 Angezeigte Wegeunfälle	18
2.2 Erstmals entschädigte Wegeunfälle	18
2.3 Tödliche Wegeunfälle	20
3. Berufskrankheiten	
3.1 Angezeigte Berufskrankheiten	20
3.2 Anerkannte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten	24
3.3 Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang	24
3.4 Meldungen und Entschädigungen nach § 551 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung	25
4. Unfälle in Schulen und Kindergärten	26
5. Heim- und Freizeitunfälle	28

	Seite
II. Unfallkosten	30
III. Unfallverhütung	34
1. <i>Gerätesicherheit</i>	34
2. <i>Überwachungsbedürftige Anlagen</i>	34
3. <i>Lärm</i>	36
4. <i>Gefährliche Stoffe</i>	37
5. <i>Gentechnologie/Biotechnologie</i>	38
6. <i>Strahlenschutz</i>	39
7. <i>Berufskrankheiten</i>	39
8. <i>Unfallverhütungsvorschriften</i>	39
9. <i>Betrieblicher Arbeitsschutz</i>	40
10. <i>Aus- und Fortbildung</i>	41
11. <i>Aufsichtsdienste</i>	41
11.1 <i>Gewerbeaufsicht</i>	41
11.2 <i>Unfallversicherungsträger</i>	43
12. <i>Forschungsprogramm Arbeit und Technik</i>	43
13. <i>Wirtschaftlicher Anreiz zur Unfallverhütung</i>	44
14. <i>EG-Richtlinien zum Arbeitsschutz</i>	44
Tabellen und Übersichten	47 (blauer Teil)
Verzeichnis der Arbeitsschutzvorschriften	(gelber Teil)

1989

ÜBERSICHT 1989

Erwerbstätige**27 729 000**

gegenüber 1988: +1,4 v. H.

Es wurden angezeigt

Berufsunfälle**1 775 132**

gegenüber 1988: +1,3 v. H.

tödliche Berufsunfälle**2 257**

gegenüber 1988: -4,4 v. H.

Anzeigen auf Verdacht einer

Berufskrankheit**54 467**

gegenüber 1988: +5,3 v. H.

Berufskrankheit**300**mit tödlichem Ausgang ¹⁾

gegenüber 1988: +5,3 v. H.

Kosten**14 233 518 000 DM**

der gesetzlichen Unfallversicherung

gegenüber 1988: +4,2 v. H.

1989

**Schüler, Studenten,
Kinder in Kindergärten****11 909 000**

gegenüber 1988: -1,6 v. H.

Es wurden angezeigt

Schülerunfälle**973 218**

gegenüber 1988: -2,1 v. H.

tödliche Schülerunfälle**88**

gegenüber 1988: -29,6 v. H.

Anzeigen auf Verdacht einer

Berufskrankheit**96**

gegenüber 1988: +31,5 v. H.

Kosten**355 806 000 DM**

gegenüber 1988: -3,6 v. H.

¹⁾ Außerdem war die Berufskrankheit bei 1 014 verstorbenen Berufskrankheitenrentnern Todesursache oder Mitursache.

Erläuterungen

1. Angezeigter Unfall

Ein Unfall ist anzuzeigen, wenn eine versicherte Person durch einen Unfall getötet oder so verletzt wird, daß sie stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig ist. Eine Berufskrankheit ist anzuzeigen, wenn der begründete Verdacht auf das Vorliegen einer solchen Krankheit besteht.

Ein Unfall von Schülern, Studenten oder Kindergartenkindern ist ohne Berücksichtigung einer Frist anzuzeigen.

2. Arbeitsunfall

Ein Arbeitsunfall ist ein Unfall, den eine versicherte Person bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Arbeitsstätte erleidet.

3. Wegeunfall

Als Wegeunfall wird ein Unfall auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bezeichnet und von den Unfallversicherungsträgern erfaßt, wenn die dabei verletzte Person mehr als drei Tage arbeitsunfähig ist. Bei den Wegeunfällen überwiegen die Straßenverkehrsunfälle.

Straßenverkehrsunfälle sind Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet und verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Nach dem Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik wird hierbei eine Bundesstatistik geführt. Es wird zwischen Straßenverkehrsunfällen mit Personenschäden und Straßenverkehrsunfällen mit Sachschäden unterschieden. Für die Statistik der Wegeunfälle spielen Sachschäden keine Rolle. Es kommt allein darauf an, ob eine Person verletzt oder getötet worden ist.

Verkehrsunfälle können sich auch auf betrieblichen oder dienstlichen Wegen ereignen. Diese Unfälle sind keine Wegeunfälle im Sinne der Unfallstatistik, sondern Arbeitsunfälle. Sie sind deshalb auch in der Statistik der Arbeitsunfälle ausgewiesen.

Wegeunfälle können sich aber auch unbeeinflußt vom Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen ereignen (z.B. durch Stürzen, Ausrutschen, Stolpern).

4. Berufskrankheit

Als Berufskrankheit gilt eine der 59 Krankheiten, die die Bundesregierung auf Grund von § 551 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung in den Anlagen der Verordnung zur Änderung der Siebenten Berufskrankheiten-Verordnung vom 8. Dezember 1976 bezeichnet hat und die eine versicherte Person durch ihre berufliche Tätigkeit erleidet.

5. Erstmals entschädigter Unfall oder Berufskrankheit

Ein Unfall oder eine Berufskrankheit werden als erstmals entschädigt ausgewiesen, wenn wegen der Folgen des Unfalls oder der Berufskrankheit im Berichtsjahr erstmals eine Rente, eine Abfindung oder ein Sterbegeld gezahlt worden ist.

6. Träger der gesetzlichen Unfallversicherung — Unfallversicherungsträger

Unfallversicherungsträger sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften, die Eigenunfallversicherungsträger und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

7. Vollarbeiter

Der „Vollarbeiter“ ist eine Rechengröße und dient zur Berechnung der Unfallhäufigkeit. Die verschiedenen zeitlichen Beschäftigungsverhältnisse (z. B. Teilzeitbeschäftigung, Überstunden) werden zur Ermittlung der Zahl der Vollarbeiter auf Beschäftigungsverhältnisse mit normaler ganztägiger Arbeitszeit umgerechnet.

8. Symbole



Gewerbliche
Berufs-
genossen-
schaften



Landwirtschaft-
liche Berufs-
genossen-
schaften



Eigenunfall-
Versicherung



Arbeitsunfälle



Wegeunfälle



Berufs-
krankheiten



Schulunfälle



Schul-
wegeunfälle

Einleitung

Aufgrund des § 722 Reichsversicherungsordnung hat die Bundesregierung jährlich einen Bericht über das Unfallgeschehen im Arbeitsleben, die durch die Unfälle entstandenen Kosten und über die Unfallverhütungsmaßnahmen zu erstatten. Der Deutsche Bundestag hat am 1. Juli 1976 (Drucksache 7/5380) die Bundesregierung ersucht, den Bericht einmal in der Legislaturperiode mit Textteil zu erstatten und im übrigen jährlich die Statistik vorzulegen.

Der vorliegende Bericht ist der Textbericht für die 11. Legislaturperiode. Er stellt das Unfallgeschehen

im Jahre 1989 dar und bezieht in der Auswertung die vorangegangenen statistischen Berichte dieser Legislaturperiode mit ein. In dem Bericht wird ein Überblick über die Gesamtentwicklung gegeben. Dazu sind wichtige Daten der Gewerbeaufsichtsbehörden und der Unfallversicherungsträger zusammengefaßt.

Neben diesem Bericht der Bundesregierung geben die obersten Gewerbeaufsichtsbehörden der Länder und die Unfallversicherungsträger eigene Berichte heraus, die Einzelinformationen über Unfälle und Unfallverhütung enthalten.

I. Das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland

1. Arbeitsunfälle

1.1 Angezeigte Arbeitsunfälle

Der seit Jahren zu verzeichnende Rückgang der Arbeitsunfallhäufigkeit hat sich auch im Berichtszeitraum fortgesetzt. Gegenüber dem Jahr 1985 ergibt sich eine Abnahme um 6 Punkte, das sind 10 v.H.

Die Unfallhäufigkeit der Arbeitsunfälle hat im Jahr 1989

54 angezeigte Unfälle je 1 000 Vollarbeiter

betragen. Die Entwicklung der Unfallhäufigkeit ist in Schaubild 1 dargestellt.

Dieses Schaubild gibt auch den Verlauf der Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle wieder. Hier zeigt sich seit dem Jahr 1984 mit Ausnahme des Jahres 1987 ein

leichter Anstieg. Dieser Tatbestand muß im Zusammenhang mit der Zunahme des Arbeitsvolumens gesehen werden. Die Zahl der Vollarbeiter und geleisteten Arbeitsstunden in dem Zeitraum ist laufend gestiegen, so daß trotz der höheren absoluten Unfallzahlen die Unfallhäufigkeit abgenommen hat (s. Tabellen 1 und 2).

Bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung sind

im Jahr 1989

1 601 847 Arbeitsunfälle

angezeigt worden. Diese Zahl liegt um 22 852 Fälle oder 1,4 v.H. höher als im Vorjahr (Übersicht 1).

Die angezeigten Arbeitsunfälle verteilen sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger (Schaubild 2):

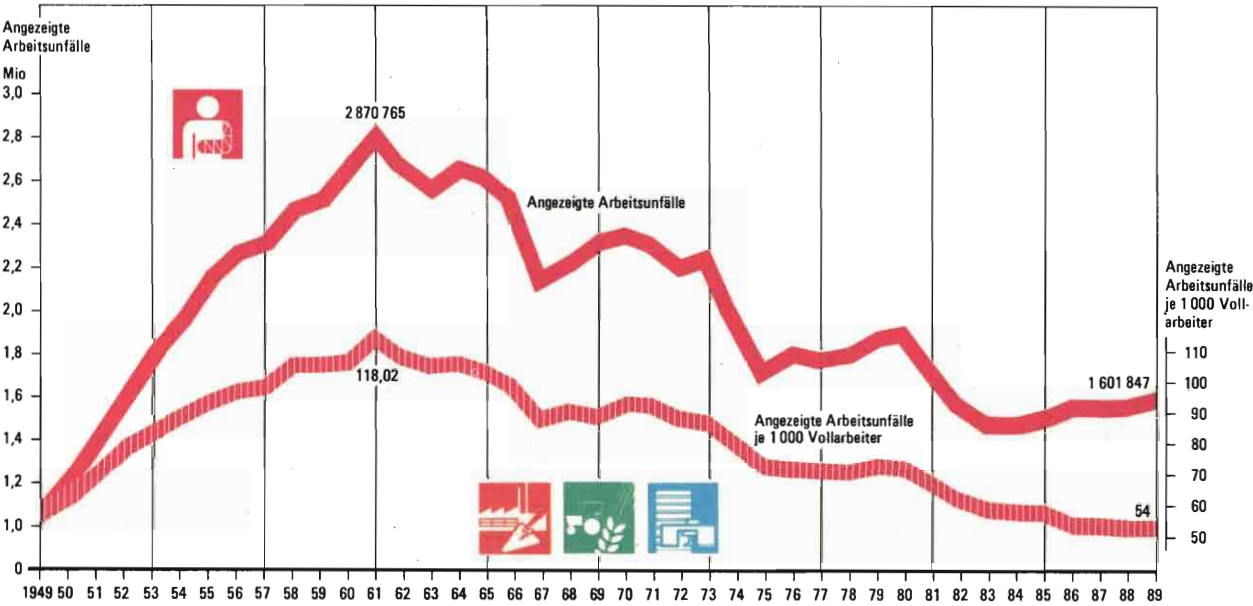
	angezeigte Arbeitsunfälle	Anteil v. H.	angezeigte Arbeitsunfälle 1 000 Vollarbeiter
gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 262 374	79	52
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	171 568	11	94
Eigenunfallversicherungsträger	167 905	10	48

Auffällig ist die hohe Unfallhäufigkeit bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die aber seit dem Jahr 1985 um 9 Punkte oder ca. 9 v.H. gesenkt werden konnte (s. Übersicht 6). Ein Vergleich der Unfallhäufigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit dem Durchschnitt der gewerblichen Berufsgenossenschaften ist nicht möglich. Die Häufigkeit im gewerblichen Bereich schwankt zwischen 22 (Verwaltungs-BG) und 169 (Fleischerei-BG) Arbeitsunfällen je 1 000 Vollarbeiter, während bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

eine homogene Zusammensetzung vorhanden ist. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, daß bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die selbständigen Landwirte und deren Familienangehörige, sofern sie in dem landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeiten, einen Anteil von 76 v.H. an der Gesamtzahl der Versicherten stellen. Die Expositionszeiten dürften bei dieser Versichertengruppe erheblich über dem Durchschnitt aller bei den Unfallversicherungsträgern Versicherten liegen. Unter den Versicherten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften haben Unter-

Schaubild 1

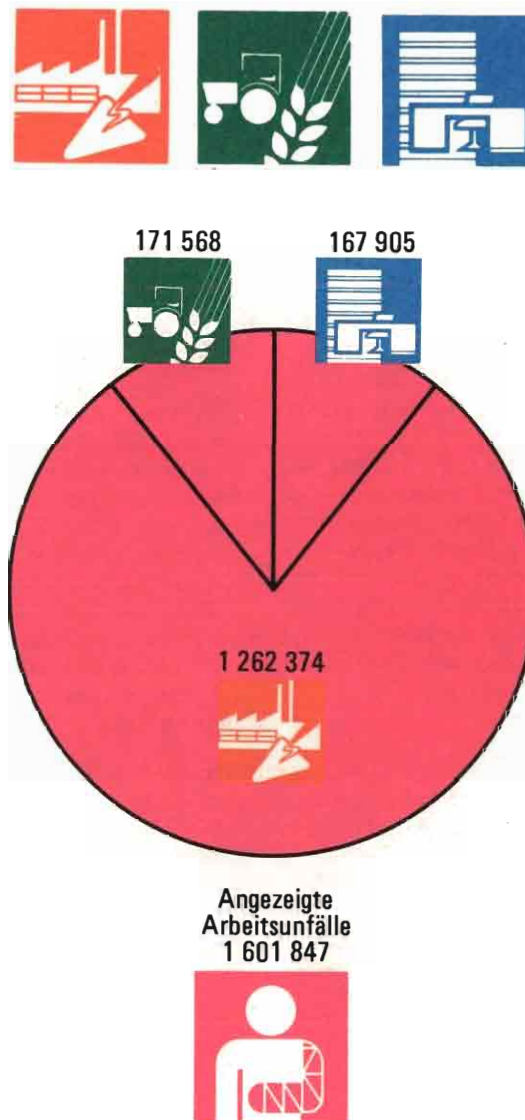
Angezeigte Arbeitsunfälle und Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter seit 1949



BMA — 17/90

Schaubild 2

**Verteilung der angezeigten Arbeitsunfälle
nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung
im Jahre 1989**



BMA — 18/90

nehmer und Ehegatten nur einen Anteil von 5 v. H. Ihr Anteil an den gemeldeten Unfällen ist vernachlässigbar gering.

Arbeitsunfälle der Männer und Frauen

Von den im Jahr 1988 gemeldeten Arbeitsunfällen entfielen 80 v. H. auf Männer und 20 v. H. auf Frauen (Schaubild 3). Dabei liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit 39 v. H. erheblich höher als ihr Anteil bei den Unfällen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in diesen beiden Gruppen ist die Unfallgefährdung der Männer um das 2,6fache höher als bei den Frauen. Dieser Unterschied resultiert aus der allgemein größeren Gefährdung der beruflichen Tätigkeiten, die bevorzugt von Männern ausgeübt werden.

Arbeitsunfälle nach dem Alter

Eine Aufteilung der angezeigten Arbeitsunfälle nach dem Alter ergibt, daß über zwei Drittel (69 v. H.) der Arbeitsunfälle auf die Altersgruppe bis 30 Jahre fällt (Schaubild 4). Sie hat aber an der Gesamtzahl der Beschäftigten nur einen Anteil von 33 v. H. Daraus ergibt sich, daß diese Altersgruppe am stärksten gefährdet ist. Bei den 31- bis 40jährigen entspricht der Anteil der angezeigten Arbeitsunfälle in etwa dem Anteil dieser Altersgruppe an den Beschäftigten. Dagegen liegen die beiden Altersgruppen 41 bis 50 und über 50 Jahren in ihrer Beteiligung an den Arbeitsunfällen deutlich unter ihrem Anteil an den Beschäftigten. Diese Zahlenverhältnisse haben sich über einen längeren Zeitraum kaum verändert.

Durch Arbeitsunfälle verletzte Körperteile

Das Ergebnis einer Auswertung der Unfalldaten aus dem Jahre 1988 der drei Gruppen der Unfallversicherungsträger hinsichtlich der durch Unfälle verletzten Körperteile ist im Schaubild 5 dargestellt. Die Verletzungen an den Händen werden hier bei allen Unfallversicherungsträgern an erster Stelle genannt. An zweiter Stelle stehen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und bei den Eigenunfallversicherungsträgern die Fußverletzungen. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ergibt sich ein anderes Bild. Hier stehen die Fußverletzungen erst an vierter Stelle. Vorher rangieren die Verletzungen der Kniegelenke sowie die der Unterschenkel. Das Verhältnis der Anteile der Zahl der einzelnen verletzten Körperteile zur Gesamtzahl der Verletzungen hat sich im Vergleich zur letzten Auswertung im Jahre 1985 nur geringfügig verändert. Hand, Fuß und Kopf sind weiterhin die am häufigsten verletzten Körperteile.

1.2 Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle

Der stetige Rückgang der Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle seit dem Jahr 1980 hat sich auch im Jahr 1989 weiter fortgesetzt (Schaubild 6). Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung haben durch Zahlung einer Rente, einer Abfindung oder eines Sterbegeldes

im Jahr 1989

43 707 Arbeitsunfälle erstmals entschädigt.

Diese Zahl liegt um 2 485 Fälle bzw. 5,4 v. H. niedriger als im Vorjahr (Übersicht 2).

Der Grund für die erstmalige Entschädigung von Arbeitsunfällen war bei 42 192 Fällen bzw. bei 96,5 v. H. eine teilweise oder eine völlige Erwerbsunfähigkeit; 1 515 entschädigte Fälle waren Todesfälle (Übersicht 3). Auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger verteilen sich die im Jahre 1989 erstmals entschädigten Arbeitsunfälle:

	erstmal entschädigte Arbeits- unfälle	Anteil v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften . . .	30 840	70,6
landwirtschaftliche Berufs- genossenschaften	10 003	22,9
Eigenunfallversicherungs- träger	2 864	6,5

Es fällt auf, daß der Anteil der landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften an den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen im Vergleich zu dem Anteil an den angezeigten Arbeitsunfälle deutlich größer ist (Schaubild 2 und 7). Das bedeutet, daß im landwirtschaftlichen Bereich ein höherer Anteil der Arbeitsunfälle so schwer ist, daß eine erstmalige Entschädigung geleistet werden muß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hiervon zu einem großen Teil Personen über 65 Jahre betroffen waren, ein Personenkreis, der in den anderen beiden Versicherungsbereichen fast nicht mehr zu finden ist.

Im Schaubild 6 ist neben der Entwicklung der Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle die Häufigkeit je 1 000 Vollarbeiter dargestellt. Ein Vergleich beider Kurven zeigt, daß die Häufigkeit im langjährigen Vergleich noch stärker zurückgegangen ist als die absolute Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle. Die Kurven lassen auch den Schluß zu, daß das Unfallgeschehen an Schwere abnimmt.

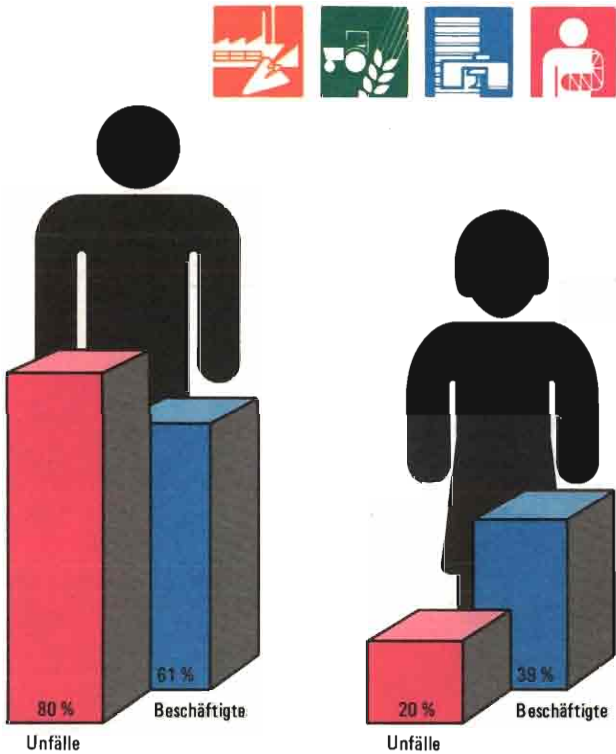
1.3 Häufigkeit der angezeigten und der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle in verschiedenen Wirtschaftszweigen

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften sind im wesentlichen nach Wirtschaftsbereichen gegliedert. Die Unfallhäufigkeit der Arbeitsunfälle der einzelnen gewerblichen Berufsgenossenschaften, der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Eigenunfallversicherungsträger gibt einen Anhalt für das Unfallgeschehen und den Gefahrengrad in den einzelnen Wirtschaftszweigen.

In Schaubild 8 ist die Häufigkeit der angezeigten und der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle im Jahr 1989 der einzelnen gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie der Gruppe der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Eigenunfallversicherung dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Unfallversicherungsträgern nicht nur die für

Schaubild 3

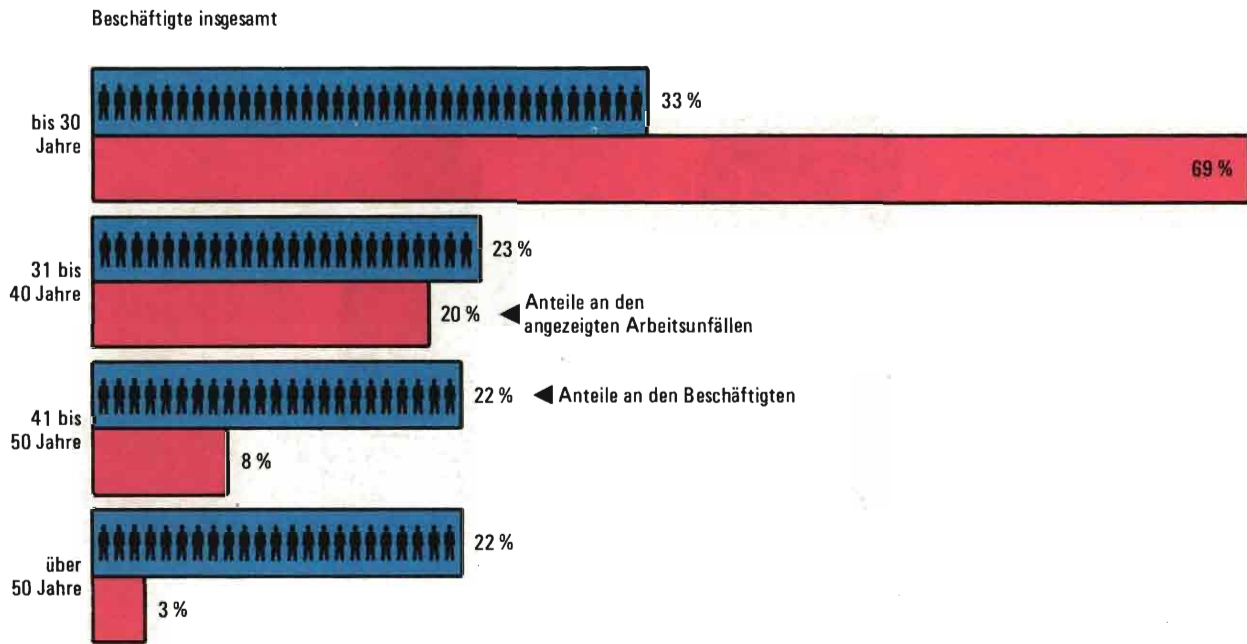
Verteilung der Arbeitsunfälle
nach Männern und Frauen
im Jahre 1988



BMA — 19/90

Schaubild 4

Verteilung der Arbeitsunfälle und der Arbeitnehmer nach Altersgruppen
im Jahre 1988



BMA – 20/90

Durch Arbeitsunfälle verletzte Körperteile

Schaubild 5

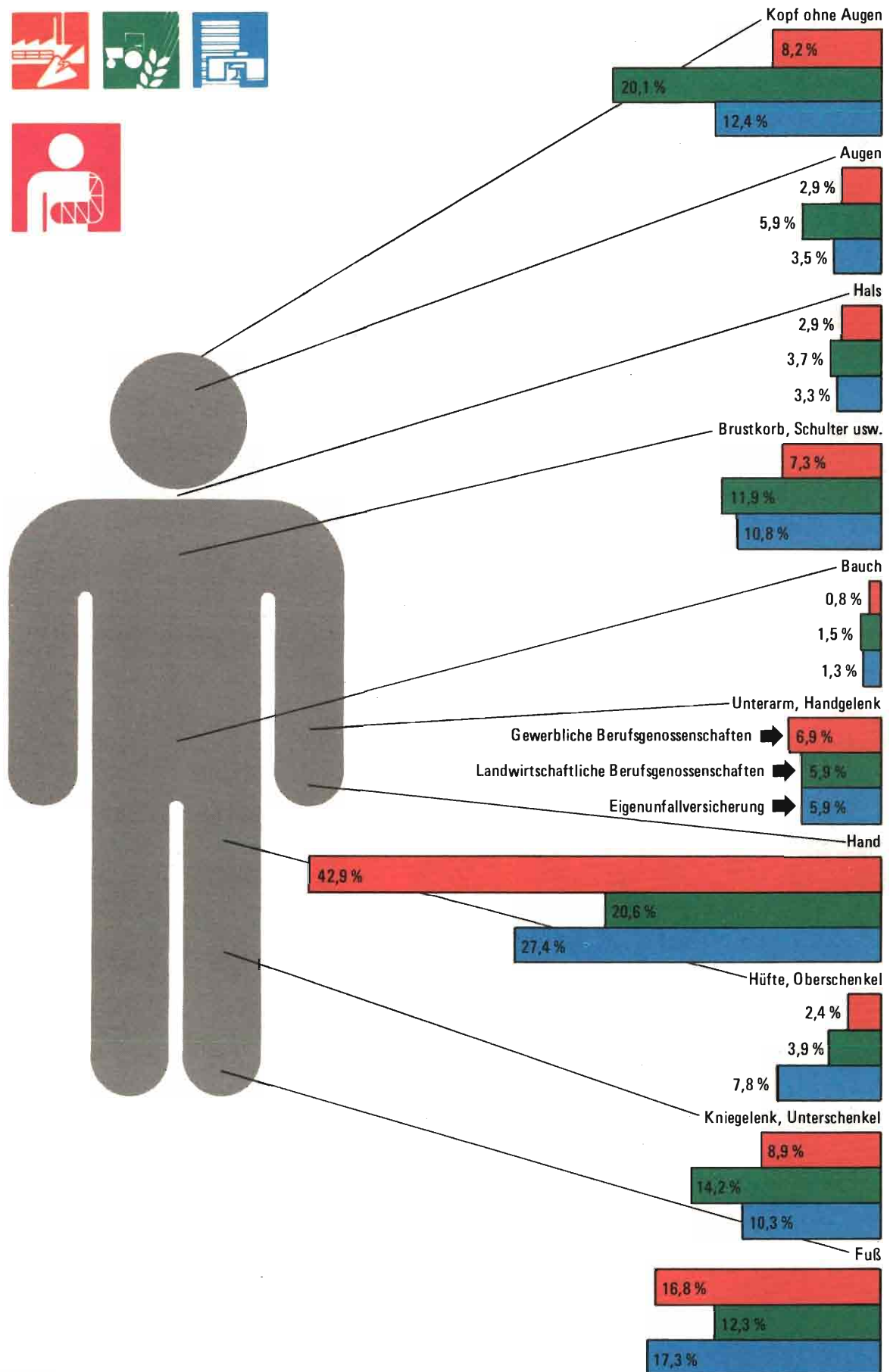


Schaubild 6

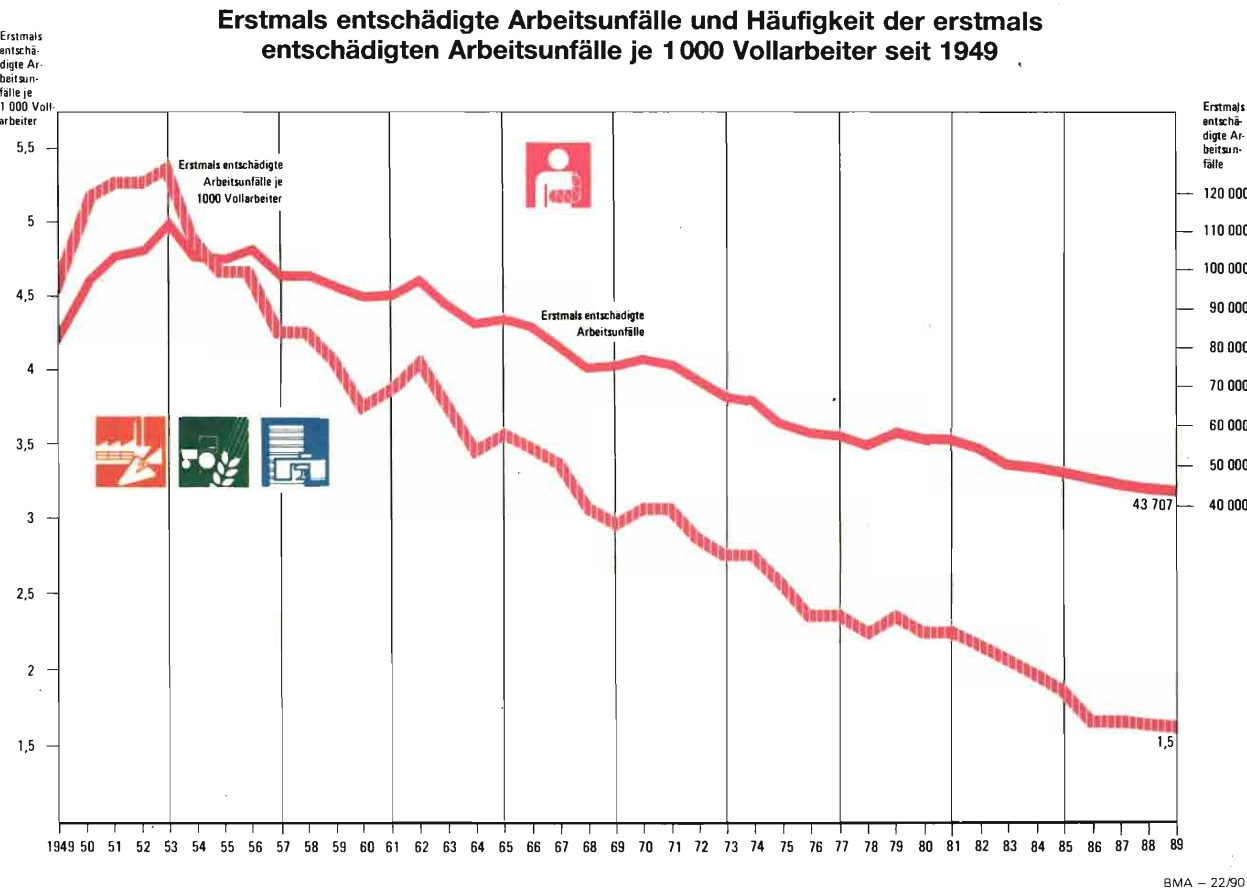
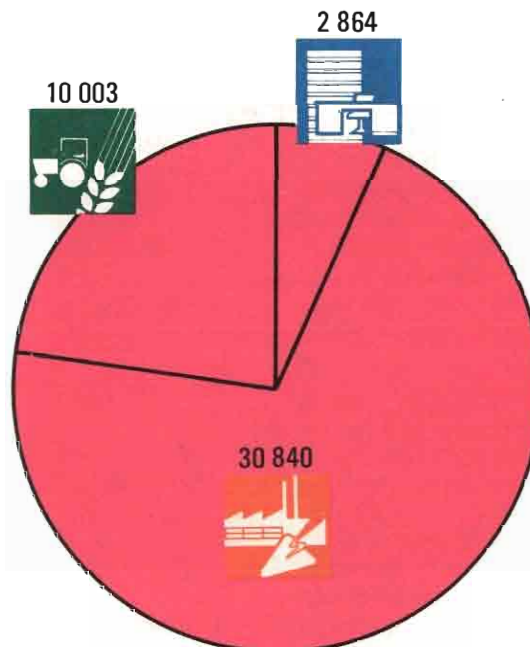


Schaubild 7

**Verteilung der erstmals entschädigten
Arbeitsunfälle nach Trägern
der gesetzlichen Unfallversicherung
im Jahre 1989**



Erstmals entschädigte
Arbeitsunfälle
43 707



BMA – 23/90

den einzelnen Wirtschaftszweig typischen Unfälle angezeigt und entschädigt werden, sondern von allen versicherten Personen in diesem Bereich, unabhängig von der Art ihrer Tätigkeit.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt sank die Unfallhäufigkeit seit dem Jahr 1985 um 9 v. H., ebenso bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Im Bereich der Eigenunfallversicherung sank die Unfallhäufigkeit im selben Zeitraum um 6 v. H. Die niedrigste Häufigkeit sowohl bei den angezeigten als auch bei den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen haben die Verwaltungs-Berufsgenossenschaften, die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege sowie die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik.

Den höchsten Wert bei den angezeigten Unfällen weist die Fleischerei-Berufsgenossenschaft aus, die Unfallhäufigkeit liegt hier ca. achtmal höher als bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft. Gegenüber dem Jahr 1985 ist sie jedoch um 12 v. H. zurückgegangen. Positiv verändert hat sich die Häufigkeit bei den angezeigten Unfällen in diesem Zeitraum bei 29 der gewerblichen Berufsgenossenschaften. In besonderem Maße bei der Papiermacher-Berufsgenossenschaft (–26 v. H.), der Bergbau-Berufsgenossenschaft (–24 v. H.), der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft (–20 v. H.) und der Holz- Berufsgenossenschaft (–19 v. H.). Verschlechtert haben sich sechs Berufsgenossenschaften (BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege z. B. +24 v. H.).

Bei den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen befindet sich die Fleischerei-Berufsgenossenschaft jedoch in der Häufigkeit im Mittelfeld. Auch die Süddeutsche Edel- und Unedelmetall- Berufsgenossenschaft, die Nordwestliche Eisen- und Stahl- Berufsgenossenschaft, die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft und die Holz-Berufsgenossenschaft liegen bei der Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle erheblich besser als bei der Häufigkeit angezeigter Arbeitsunfälle. Die geringste Häufigkeit ist bei der Verwaltungs- Berufsgenossenschaft zu verzeichnen. Dagegen zeigt sich das Verhältnis der Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle zu der Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle ungünstig bei der See-Berufsgenossenschaft, der Binnenschiffs- Berufsgenossenschaft, der Bergbau-Berufsgenossenschaft und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Die Gesamtbilanz bei den erstmals entschädigten Unfällen ist positiv. Gegenüber dem Jahr 1985 ist die Häufigkeit dieser schweren Unfälle bis auf einen Fall bei allen Berufsgenossenschaften zurückgegangen und das zum großen Teil deutlich. Bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege ist dasselbe Ergebnis wie vor vier Jahren zu

verzeichnen. Mit 0,5 Unfällen pro 1 000 Vollarbeiter weist sie aber auch die zweitniedrigste Häufigkeit aller Berufsgenossenschaften auf. Der deutlichste Rückgang in diesem Zeitraum wird von der Bau- Berufsgenossenschaft Frankfurt a.M. (–48 v. H.) gemeldet.

In den Unfallverhütungsberichten über das Jahr 1974 (Drucksache 7/4668 S. 22), über das Jahr 1978 (Drucksache 8/3650 S. 18) und über das Jahr 1985 (Drucksache 10/690 S. 17) sind gleiche Darstellungen über die Häufigkeit der Arbeitsunfälle wiedergegeben. Ein Vergleich ergibt, daß sich die Positionen der Berufsgenossenschaften in den letzten 15 Jahren nur wenig geändert haben. Aus den Darstellungen wird deutlich, daß nach wie vor in der Bauwirtschaft und im Bergbau ein höheres Unfallrisiko besteht.

Die nachstehende Aufschlüsselung der Häufigkeit von angezeigten und erstmals entschädigten Arbeitsunfällen in der gewerblichen Wirtschaft nach Betriebsgrößenklassen im Jahre 1989 bestätigt die schon seit langer Zeit gemachte Feststellung, daß Betriebe bis 200 Beschäftigte die höchste Unfallhäufigkeit aufweisen. Zu den größeren Betrieben hin nimmt die Unfallhäufigkeit ab. In Großbetrieben liegt sie am niedrigsten.

Unternehmensgröße nach Versicherten	Häufigkeit der Arbeitsunfälle je 1000 Versicherte	
	angezeigte	erstmals entschädigte
1 – 19	51,3	1,71
20 – 199	61,4	1,39
200 – 999	56,8	1,13
über 1000	32,8	0,80

1.4 Tödliche Arbeitsunfälle

Die tödlichen Arbeitsunfälle haben auch in den Jahren nach 1985 deutlich, und zwar um 16,4 v. H. abgenommen. Ein Anstieg war in diesem Zeitraum nur einmal, und zwar im Jahr 1988 zu verzeichnen. Er war hauptsächlich bedingt durch das Grubenunglück in Borken, bei dem 55 Bergleute ihr Leben verloren. Im Schaubild 9 ist der Verlauf der Zahlen der tödlichen Arbeitsunfälle dargestellt.

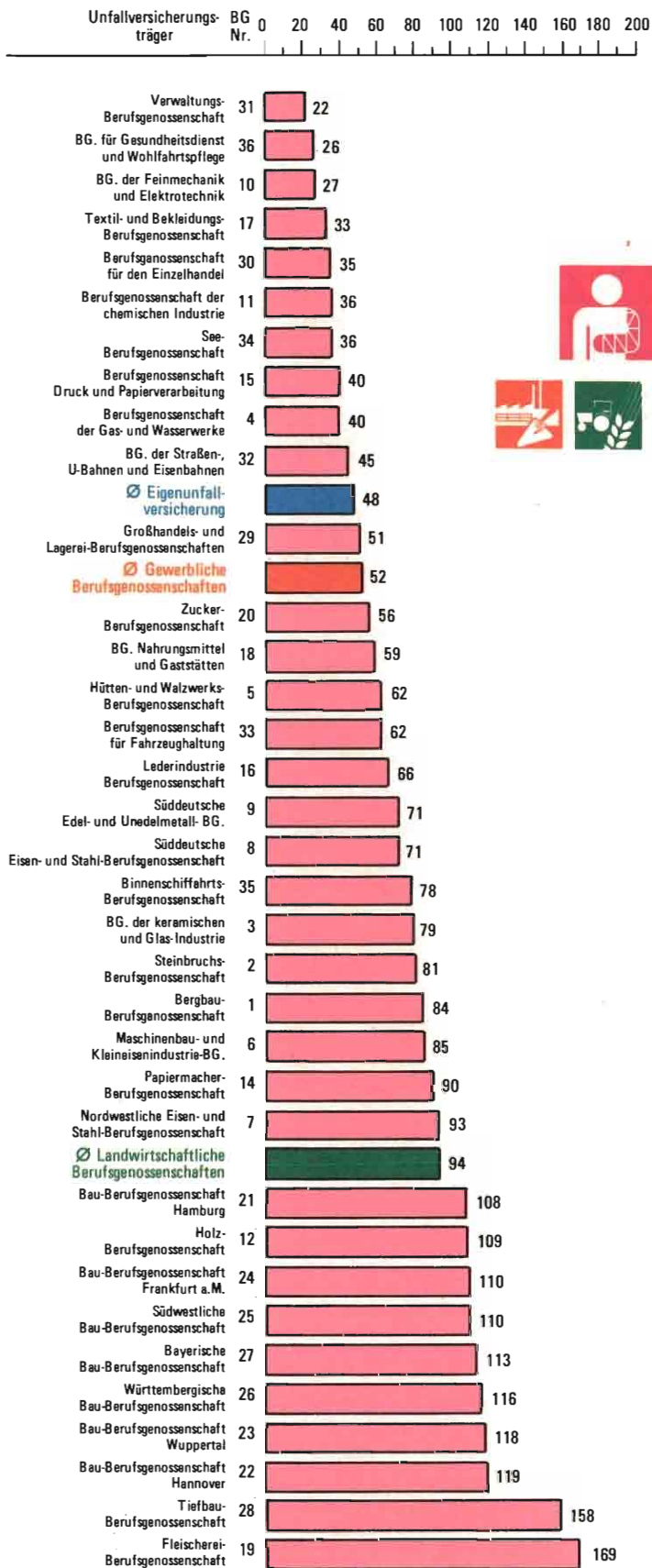
Im Jahr 1989 verliefen von den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen 1 515 tödlich (s. Übersicht 3).

Das sind 90 Todesfälle weniger als im Vorjahr (–5,6 v. H.). Auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger verteilen sich die tödlichen Arbeitsunfälle im Jahre 1989 wie folgt (Schaubild 10):

	tödliche Arbeitsunfälle	Veränderungen von 1988 auf 1989	
		absolut	in v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 098	–32	– 2,8
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	330	–33	– 9,1
Eigenunfallversicherungsträger	87	–25	–22,3

Schaubild 8

Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989



Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989



Schaubild 9

Tödliche Arbeitsunfälle nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung seit 1949

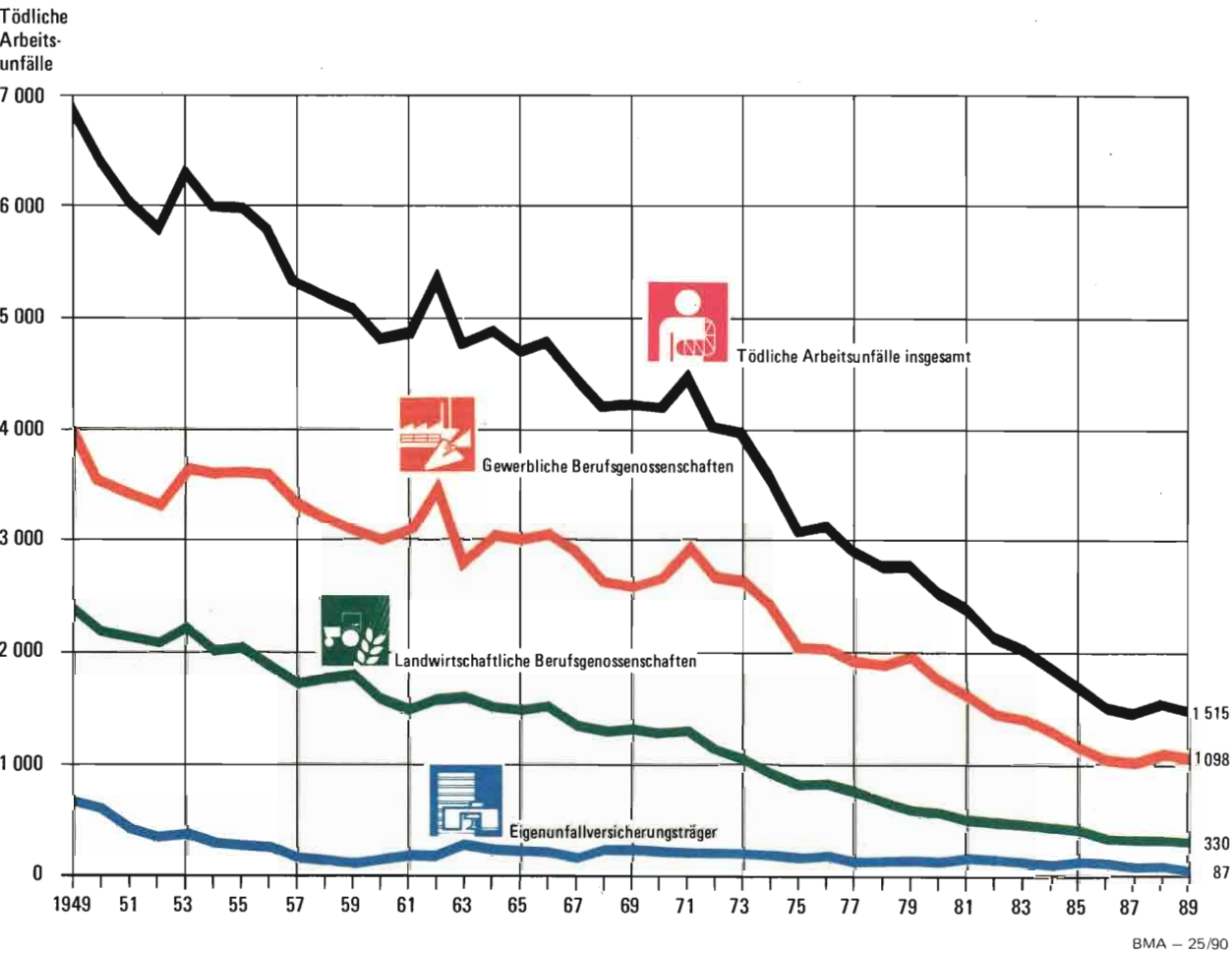
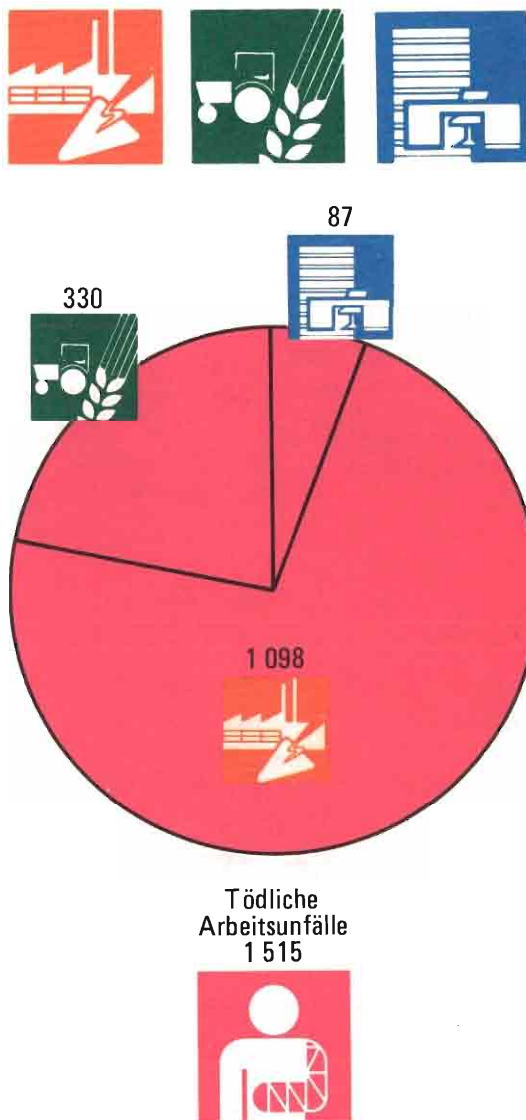


Schaubild 10

**Verteilung der tödlichen Arbeitsunfälle nach
Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung
im Jahre 1989**



BMA — 26/90

125 der 1 098 tödlichen Arbeitsunfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften waren Unfälle von versicherten Unternehmern oder deren Familienangehörigen. Das ist ein Anteil von 9,5 v. H., während ihr Anteil an den Versicherten nur 5 v. H. beträgt. Im gewerblichen Bereich haben sich 31 v. H. der tödlichen Arbeitsunfälle im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr ereignet. An zweiter Stelle mit 19 v. H. stehen die tödlichen Absturzunfälle. Die höchsten Unfallraten bei den tödlichen Arbeitsunfällen hatten im Jahr 1989 die Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft mit 0,46 und die See-Berufsgenossenschaft mit 0,36 Unfällen auf 1 Mio. Arbeitsstunden.

Während das Verhältnis von tödlichen zu gemeldeten Arbeitsunfällen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bei ungefähr 1 : 1 450 liegt, beträgt das Verhältnis bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1 : 520. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier bei 29 v. H. der tödlichen Arbeitsunfälle Personen über 65 Jahre betroffen sind, ein Personenkreis, der bei den Unfallversicherungsträgern außerhalb der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften kaum noch versichert ist. Die meisten Todesfälle (26 v. H.) stehen auch in der Landwirtschaft im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr. Fast genauso oft wird auch als Ursache eine Einwirkung von außen durch Stoßen, Getroffenwerden genannt.

Bei den Eigenunfallversicherungsträgern sind mehr als die Hälfte aller tödlichen Arbeitsunfälle (57 v. H.) auf die Handhabung von Maschinen oder Geräten zurückzuführen. 12 v. H. der tödlichen Arbeitsunfälle sind Straßenverkehrsunfälle.

2. Wegeunfälle

2.1 Angezeigte Wegeunfälle

Nach einem stetigen Rückgang der Zahl der angezeigten Wegeunfälle ab dem Jahr 1980 zeigt sie seit dem Jahre 1985 einen schwankenden Verlauf. Einem Rückgang im Jahr 1986 (– 5,0 v. H.) folgte ein Anstieg im anschließenden Jahr (+9,4 v. H.). Im Jahr 1988 gingen die Anzeigen wieder um 6,1 v. H. zurück.

Im Jahre 1989 wurden bei den Unfallversicherungsträgern 173 285 Wegeunfälle angezeigt (s. Übersicht 1 und Schaubild 11). Das bedeutet einen Rückgang von 917 Unfällen (–0,5 v. H.) gegenüber 1988.

Die angezeigten Wegeunfälle teilen sich auf nach den Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	angezeigte Wegeunfälle	Anteil v. H.	Veränderungen 1988 auf 1989 v. H.
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	140 872	81	–0,7
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften . .	2 158	1	–2,0
Eigenunfallversicherungsträger	30 255	18	+0,6

Von den 2 158 Wegeunfällen bei den Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfallen alleine 1 498 Wegeunfälle auf die Gartenbau-Berufsgenossenschaft (70 v. H.). So ergeben sich im eigentlichen land- und forstwirtschaftlichen Bereich nur 660 angezeigte Wegeunfälle. Das Verhältnis von angezeigten Wegeunfällen zu angezeigten Arbeitsunfällen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit Ausnahme der Gartenbau-Berufsgenossenschaft beträgt 1 : 234 (hier kommt zum Tragen, daß bei nahezu allen Versicherten in der Landwirtschaft üblicherweise kein Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen ist), während es bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bei 1 : 9 und bei den Eigenunfallversicherungsträgern bei 1 : 6 liegt.

2.2 Erstmals entschädigte Wegeunfälle

Die Zahl der erstmals entschädigten Wegeunfälle ist seit 1985 deutlich zurückgegangen, und zwar um 2 452 Fälle oder 22 v. H. (Schaubild 11).

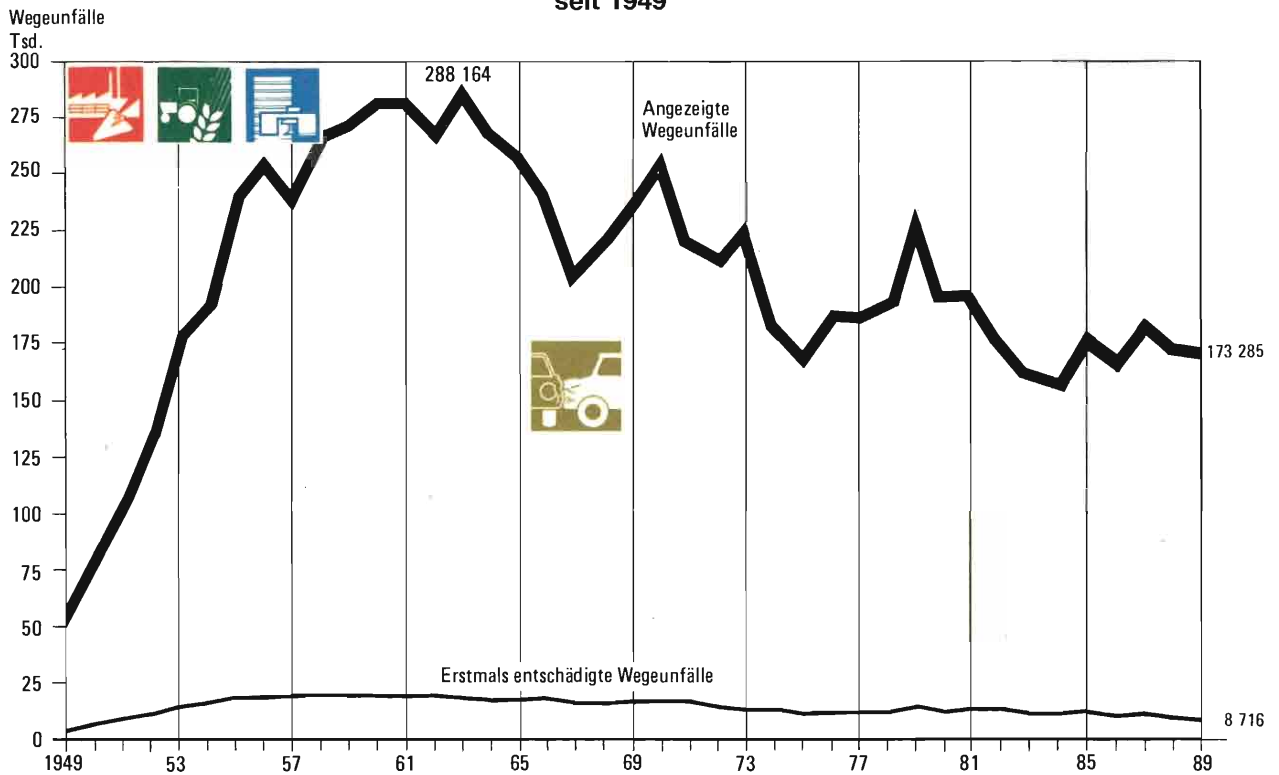
Im Jahre 1989 wurden bei den Unfallversicherungsträgern 8 716 Wegeunfälle erstmals entschädigt (Übersicht 2). Das bedeutet eine Abnahme von 1 008 Fällen oder mehr als 10 v. H. gegenüber dem Vorjahr.

Die erstmals entschädigten Wegeunfälle verteilen sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	erstmals entschädigte Wegeunfälle	Anteil v. H.	Veränderungen von 1988 auf 1989 v. H.
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	7 431	85	– 9,3
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften . .	156	2	–14,8
Eigenunfallversicherungsträger	1 129	13	–16,5

Schaubild 11

Angezeigte Wegeunfälle seit 1949



BMA — 27/90

Von allen drei Gruppen der Unfallversicherungsträger wurde somit ein deutlicher Rückgang dieser Unfälle gemeldet.

Das Verhältnis der erstmals entschädigten Wegeunfälle zu den angezeigten Wegeunfällen beträgt 1 : 20. Das entsprechende Verhältnis bei den Arbeitsunfällen liegt bei 1 : 37. Daraus ist zu entnehmen, daß die Wahrscheinlichkeit bei einem Wegeunfall so schwer verletzt zu werden, daß als Folge eine Rente, Abfindung oder eines Sterbegeldes gezahlt werden muß, fast doppelt so hoch ist wie bei einem Arbeitsunfall.

2.3 Tödliche Wegeunfälle

Die Zahl der auf dem Arbeitsweg tödlich Verunglückten ist in den Jahren 1978 bis 1987 kontinuierlich

rückläufig gewesen. Seither wurde das erreichte Niveau bei leicht höheren Unfallzahlen gehalten.

Von den erstmals entschädigten Wegeunfällen waren
im Jahre 1989
742 tödliche Wegeunfälle.

Das sind 13 Todesfälle auf dem Arbeitswege weniger (–1,7 v. H.) als im Jahre 1988 (s. Übersicht 3). Dieser Rückgang entspricht dem Trend in der Bundestatistik über tödliche Verkehrsunfälle.

Die tödlichen Wegeunfälle verteilen sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	tödliche Wegeunfälle	Anteil v. H.	Veränderungen von 1988 auf 1989 v. H.
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	664	89	+ 2,8
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften . .	14	2	–44,0
Eigenunfallversicherungsträger	64	9	–23,8

Die Anteile der einzelnen Gruppen der Unfallversicherungsträger an den tödlichen Wegeunfällen decken sich etwa mit den jeweiligen Anteilen an den leichten und schweren Wegeunfällen. Hieraus ist zu erkennen, daß das Unfallgeschehen und somit auch der Schweregrad bei den Wegeunfällen von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe unabhängig ist.

3. Berufskrankheiten

3.1 Angezeigte Berufskrankheiten

Nach dem letzten Tiefststand der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit im Jahre 1983 mit 35 354 Fällen ist bis heute ein ständiger Anstieg zu verzeichnen (Tabelle 4). Dieser Anstieg ist in erster Linie auf die folgenden zwei Faktoren zurückzuführen:

- 1. Geänderte Zählweise:
Seit 1986 werden alle Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit statistisch erfaßt, auch wenn frühzeitig erkannt wird, daß eine Anerkennung im Rahmen des geltenden Berufskrankenrechts scheitern muß.
- 2. Erweiterung der Berufskrankheiten-Liste: Mit der Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung vom 22. März 1988 wurden 4 neue Berufskrankheiten hinzugefügt und sechs wurden erweitert (siehe III.7 „Berufskrankheiten“).

Bei den Unfallversicherungsträgern sind
im Jahre 1989
54 467 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit
eingegangen. Das sind 2 720 Anzeigen mehr als im Jahre 1988 (Übersicht 12). Nach den schweren Haut-

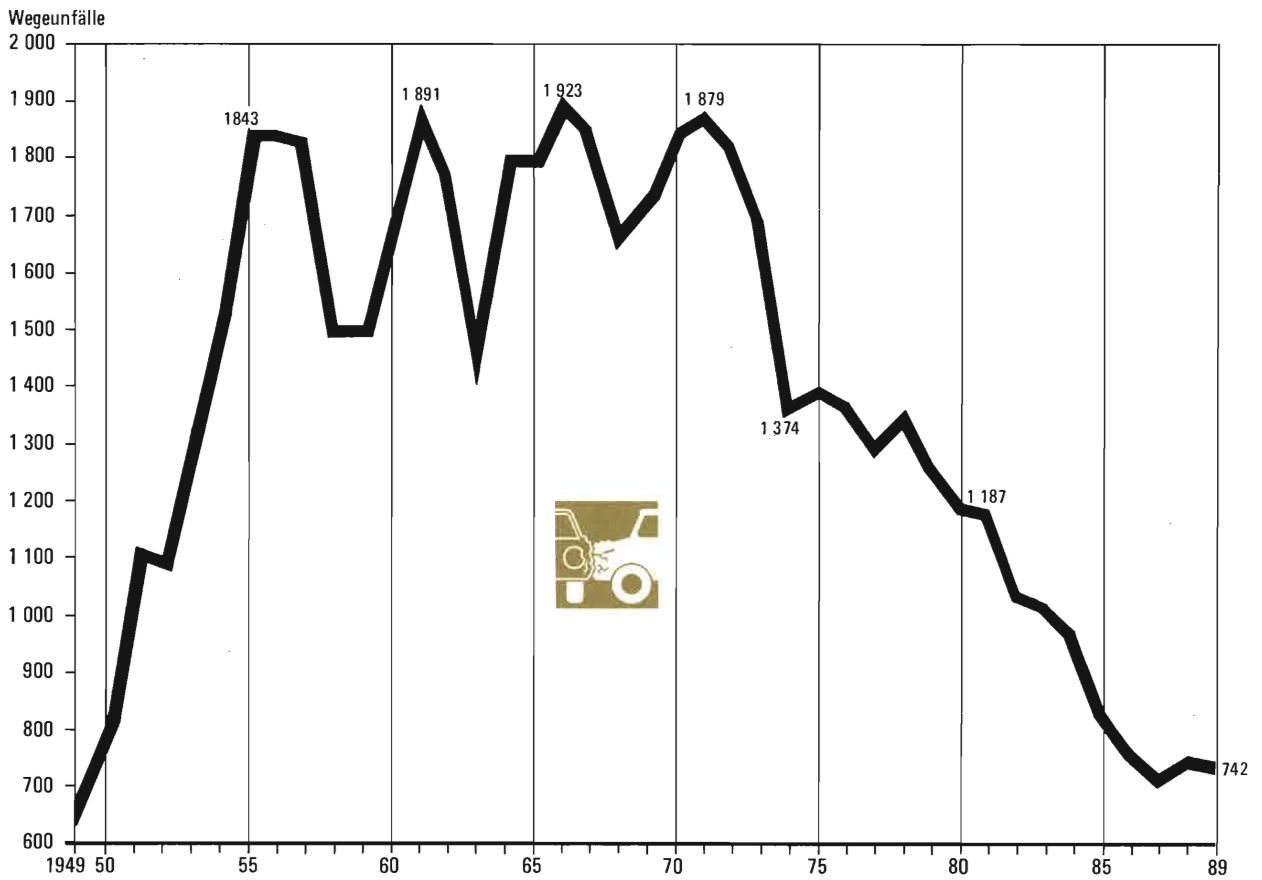
krankheiten mit 18 333 Anzeigen folgen zuerst weiterhin die Lärmschwerhörigkeit mit 10 147 Anzeigen, danach die durch allergisierende Stoffe verursachten Atemwegserkrankungen mit 4 868 Anzeigen, die Quarzstaublungenerkrankungen (Silikose) mit 2 753 Anzeigen und die Asbesterkrankungen mit insgesamt 2 700 Anzeigen. Auf die vorgenannten Berufskrankheiten entfallen 74 v. H. aller angezeigten Berufskrankheiten (Übersicht 13 und Schaubild 14).

Bei den Anzeigen wegen schwerer Hauterkrankungen ist auch die höchste Zunahme der absoluten Zahlen zu verzeichnen. Sie stiegen seit dem Jahr 1985 um 6 731 Fälle. Das entspricht einer Zunahme von 58 v. H. (Schaubild 13). Hautkrankheiten haben einen Anteil von einem Drittel an der Gesamtzahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit erreicht. Ebenfalls starke Zunahmen sind bei den Verdachtsanzeigen der Erkrankungen der Atemwege, der Sehnenscheiden, bei den Meniskusschäden und bei den Asbesterkrankungen zu verzeichnen.

Auffällig ist die Zunahme bei den Erkrankungen, die auf die Einwirkung von Asbest zurückzuführen sind. Die 2 700 Verdachtsanzeigen im Jahre 1989 bedeuten gegenüber dem Jahre 1985 eine Zunahme von 1 613 Fällen oder fast 150 v. H. Hier muß berücksichtigt werden, daß der Anlaß für die asbestbedingten Krebserkrankungen etwa 10 bis 40 Jahre (im Mittel 30 Jahre) zurückliegt. Der starke Anstieg dieser Zahlen ist auf den damaligen oft sorglosen Umgang mit diesem Stoff zurückzuführen. Heute ist die Verwendung von Asbest bereits in vielen Fällen verboten. Für den Umgang mit diesem Stoff bestehen strenge Sicherheitsvorschriften. Asbest wurde mit der 2. Änderungsverordnung zur Gefahrstoffverordnung vom April 1990 in die Gefährdungsgruppe I der krebserzeugenden Gefahrstoffe (sehr stark gefährdend) umgestuft (siehe Teil III.4 „Gefährliche Stoffe“).

Schaubild 12

Tödliche Wegeunfälle seit 1949



BMA — 28/90

Schaubild 13

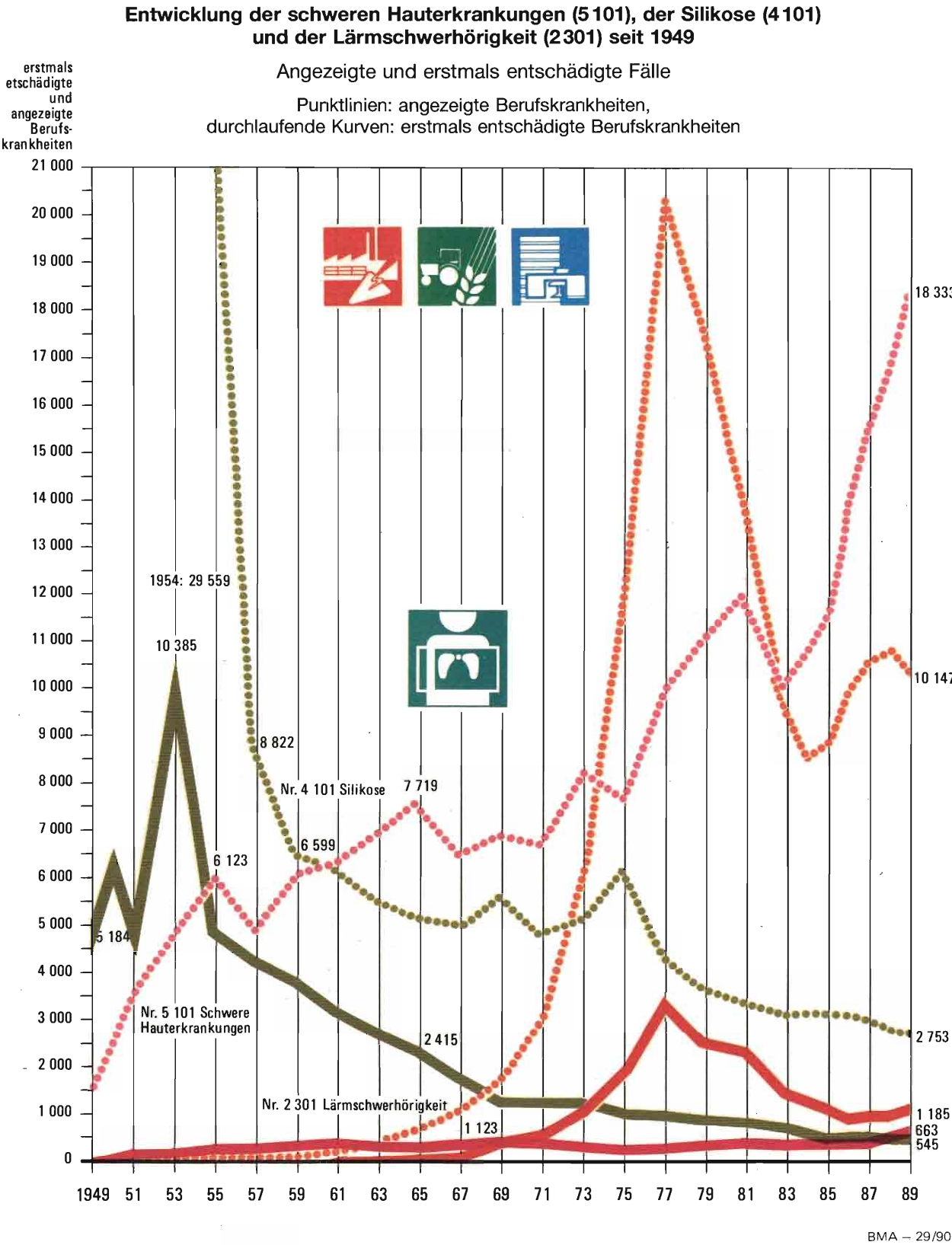
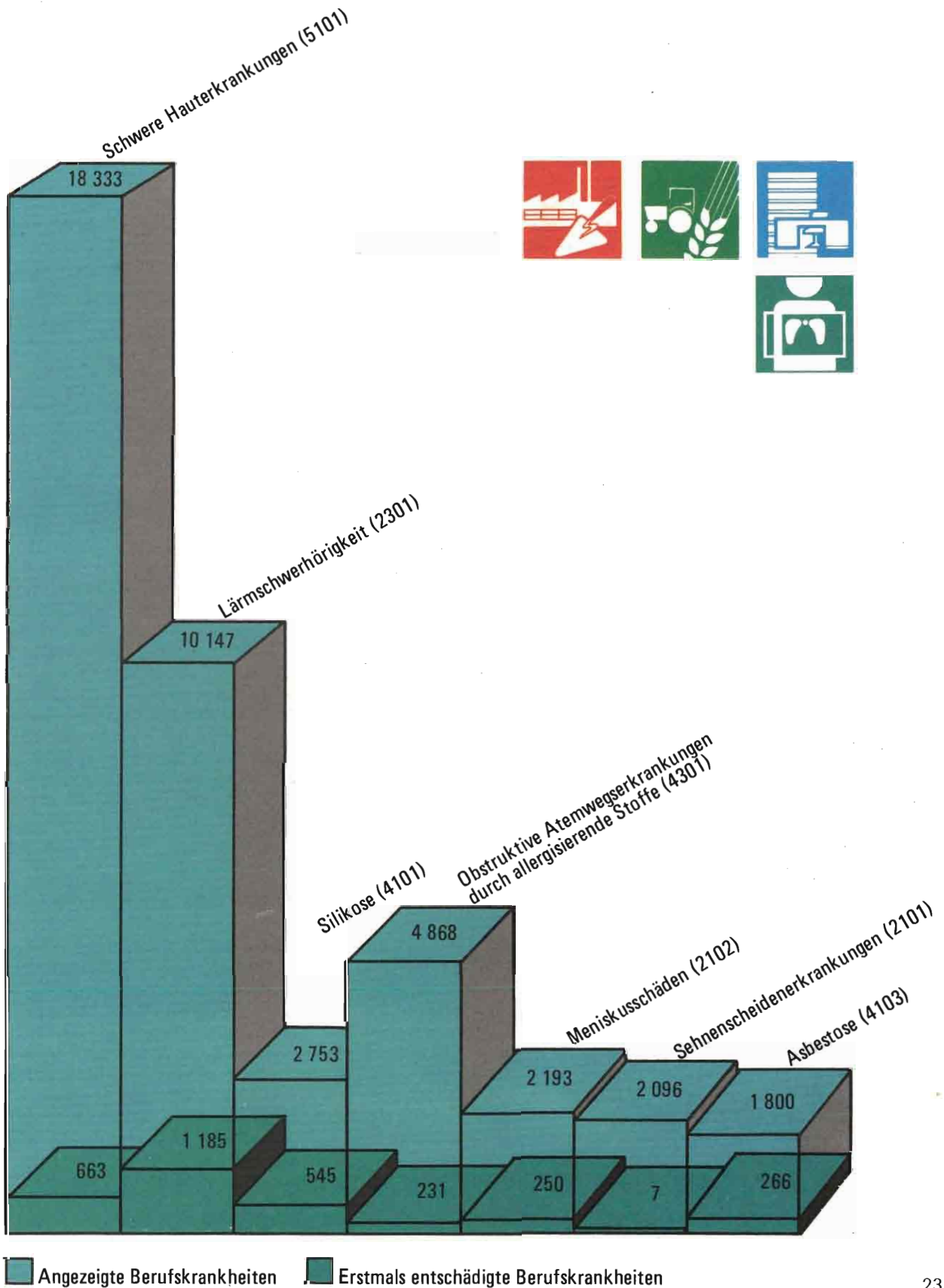


Schaubild 14

Die sieben häufigsten Berufserkrankungen im Jahre 1989



3.2 Anerkannte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten

Wird der durch die Anzeige vorgebrachte Verdacht auf Vorliegen einer Berufskrankheit im darauffolgenden Feststellungsverfahren bestätigt, so wird die Berufskrankheit von der Berufsgenossenschaft anerkannt. Eine Entschädigung erfolgt jedoch nur bei Vorliegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 20 v. H.

Im Jahre 1989 wurden bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 9 051 Berufskrankheitenfälle anerkannt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 1 684 Fälle (23 v. H.) mehr.

An erster Stelle liegt hier mit 3 017 Fällen die Lärmschwerhörigkeit und erst an zweiter Stelle mit 1 986 Fällen die bei den Anzeigen an erster Stelle stehenden Hauterkrankungen. An dritter Stelle stehen mit 953 Fällen die obstruktiven Atemwegserkrankungen. Da-

nach folgen mit 670 anerkannten Fällen die asbestbedingten Erkrankungen. Die Silikosefälle liegen mit 571 Fällen erst an fünfter Stelle.

Die meisten Berufskrankheitenfälle wurden bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (1 514 Fälle, davon 1 203 Hauterkrankungen) anerkannt. An zweiter Stelle folgt die Bergbau-Berufsgenossenschaft (1 057 Fälle, davon 424 Silikosefälle und 233 Fälle von Lärmschwerhörigkeit).

Die Unfallversicherungsträger haben insgesamt im Jahre 1989

4 400 Berufskrankheiten erstmals entschädigt.

Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 352 Fälle (8,7 v. H.) gestiegen (s. Übersicht 2). Die Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten verteilt sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	erstmals entschädigte Berufskrankheiten	Anteil v. H.	Abnahme von 1988 auf 1989 v. H.
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	3 941	90	+ 7,7
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	196	4	+21,7
Eigenunfallversicherungsträger	263	6	+15,9

Von den 4 400 Entschädigungsfällen entfallen 1 185 Fälle (27 v. H.) auf die Lärmschwerhörigkeit. Der Schwerpunkt liegt hier bei den Eisen- und Metallberufsgenossenschaften mit 474 Fällen oder 40 v. H. An zweiter Stelle folgen bereits die asbestbedingten Erkrankungen mit 664 Fällen oder 15 v. H.

Die meisten Berufskrankheiten wurden bei der Bergbau-Berufsgenossenschaft mit 884 Fällen erstmals entschädigt. Der Schwerpunkt liegt hier bei den Silikoseerkrankungen (402 Fälle). Dahinter folgt die Maschinen- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft mit 368 Fällen. Schwerpunkt ist hier die Lärmschwerhörigkeit (195 Fälle). An dritter Stelle liegt die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie mit 342 Fällen und den Schwerpunkten Asbestose (74 Fälle) sowie Lärmschwerhörigkeit (56 Fälle). Fast genauso viele Fälle (305) wurden bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege entschädigt, wobei hier die Hautkrankheit (173 Fälle) gefolgt von den von Tieren auf Menschen übertragenen Krankheiten (114 Fälle) an der Spitze liegen. Diese vier Berufsgenossenschaften entschädigen zusammen 43 v. H. aller erstmals entschädigten Berufskrankheiten.

Bei einer Wertung der Verhältnisse von der Gesamtzahl der angezeigten Berufskrankheiten zu der Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den angezeigten Berufskrankheiten um Verdachtsfälle handelt. Von den angezeigten Fällen wurden 1989 als Berufskrankheit 8 v. H. erstmals entschädigt. Weitere 10 v. H. wurden

zwar als Berufskrankheit anerkannt aber nicht entschädigt, da der Grad der Erwerbsminderung (MdE) von wenigstens 20 v. H. nicht erreicht worden ist. Bei den nicht anerkannten Berufskrankheiten hat sich der Verdacht auf eine Berufskrankheit nicht bestätigt oder die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Berufskrankheit waren nicht erfüllt. Große Unterschiede zwischen der Zahl der Berufskrankheitsanzeigen einerseits und der Zahl der erstmals entschädigten Fälle und der nicht zur Entschädigung gelangten Berufskrankheiten andererseits sind u. a. damit zu erklären, daß der Verdacht einer Berufskrankheit oft vorsorglich angezeigt wird.

3.3 Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang

Berufskrankheiten haben meistens eine lange Latenzzeit. Sie kann wie z. B. bei Asbestkrebserkrankungen bis zu 40 Jahren dauern. Berufskrankheiten, die heute erkannt werden und kurzfristig zum Tode führen oder bereits zum Tode geführt haben, haben ihre Ursachen in einer gefährlichen Einwirkung, die fast immer viele Jahre zurückliegt. Die Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang ist, nachdem sie sich lange Jahre um 200 Fälle bewegt hat, seit 1985 stark gestiegen. Und zwar um 92 Fälle oder 44 v. H. Es handelt sich überwiegend um solche Berufskrankheiten, die bereits längere Zeit bestanden, aber erst so spät erkannt und angezeigt wurden, daß es bis zum Eintritt des Todes nicht mehr zur Zahlung einer Rente gekommen war. Nicht selten wird

die Berufskrankheit erst im Zusammenhang mit der Feststellung der Todesursache erkannt.

Im Jahr 1989 hatten von den erstmals entschädigten Berufskrankheiten 300 Berufskrankheiten einen tödlichen Ausgang.

Hiervon sind 189 Fälle Erkrankungen durch Einwirkungen von Asbeststaub gewesen, und zwar 125 durch ein durch Asbest verursachtes Mesotheliom des Rippenfells und des Bauchfells, 58 durch Asbestose mit Lungenkrebs und 6 Fälle durch Asbestose (Übersicht 14). Damit sind 63 v. H. aller Fälle auf die Einwirkung von Asbest zurückzuführen.

Die nächst größere Berufskrankheitengruppe bilden in weitem Abstand die Silikose- und Silikotuberkulose-Erkrankungen mit 43 Fällen. Es folgen Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen mit 10 Fällen und Adenokarzinome der Nasenhöhlen durch Eichen- oder Buchenholzstäube mit 7 Fällen. 7 Fälle sind auch nach § 551 Abs. 2 Reichsversicherungsordnung entschädigt worden.

In der Übersicht 15 sind für den gewerblichen Bereich neben den erstmals entschädigten Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang auch die an einer Berufskrankheit verstorbenen Rentenbezieher angegeben. Danach war im Jahr 1989 bei 992 verstorbenen Personen, die wegen einer Berufskrankheit eine Rente erhielten, die Berufskrankheit Todesursache oder Mitursache. Insgesamt wurden somit im gewerblichen Bereich 1 281 Todesfälle im Zusammenhang mit einer Berufskrankheit gezählt. Diese Zahl hat trotz der Zunahme der erstmals entschädigten Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang in den letzten Jahren seit nunmehr 9 Jahren eine fallende Tendenz (–40 v. H. gegenüber 1980).

Bei den Berufskrankheiten Silikose, Silikotuberkulose und Asbestose mit einer Erwerbsminderung von 50 v. H. und mehr wird der Tod eines Rentenbeziehers stets als Folge der Berufskrankheit anerkannt, wenn nicht offensichtlich ein anderes Ereignis, z. B. ein Verkehrsunfall, den Tod verursacht hat. In anderen Fällen muß der Zusammenhang des Todes mit der vorausgegangenen Berufskrankheit im Einzelfall festgestellt werden. Dabei ist zu beachten, daß die Berufskrankheit nicht immer alleinige Todesursache zu sein braucht, sondern auch andere Leiden Mitursache für den Eintritt des Todes sein können.

Der Anteil der Verstorbenen, bei denen Silikose und Silikotuberkulose die Todesursache oder Mitursache war, lag im Jahr 1989 bei 60 v. H. Nahezu alle diese Fälle werden von der Bergbau-Berufsgenossenschaft gemeldet. Nach Ermittlungen dieser Berufsgenossenschaft hat das Durchschnittsalter der verstorbenen Silikose-Rentenbezieher im letzten Jahr 77 Jahre betragen. Im Jahre 1974 lag das Durchschnittsalter bei 70 Jahren. Nach Angaben des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug das Durchschnittsalter aller im Jahre 1989 infolge einer Berufskrankheit Verstorbenen 71,5 Jahre.

3.4 Meldungen und Entschädigungen nach § 551 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung

§ 551 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung (RVO) bestimmt, daß die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung im Einzelfall eine Krankheit, auch wenn sie nicht in der Rechtsverordnung (Berufskrankheitenverordnung) bezeichnet ist oder die dort bestimmten Voraussetzungen nicht vorliegen, wie eine Berufskrankheit entschädigen sollen, sofern nach neuen Erkenntnissen die übrigen Voraussetzungen von § 551 Abs. 1 RVO erfüllt sind. Zu den letztgenannten Voraussetzungen gehört, daß die Krankheit durch bestimmte Einwirkungen verursacht wurde und daß bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit diesen Einwirkungen in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind.

Diese Bestimmung bildet zusammen mit der Liste der Berufskrankheiten (Anlage 1 der Berufskrankheitenverordnung) die Grundlage für das duale System der Entschädigung, das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften den Mitgliedstaaten zur Anwendung als beispielgebend empfohlen wurde.

Im Zeitraum der Jahre 1986 bis 1989 wurden den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 6 325 sonstige Erkrankungsfälle gemeldet, die auf Grund der Meldung zunächst keiner bestimmten Berufskrankheit nach der Liste der Berufskrankheiten zugeordnet werden konnten. Bei der späteren Überprüfung dieser Meldungen werden sie dann den einzelnen Berufskrankheiten zugeordnet. Fälle, die nicht zugeordnet werden können, werden dahingehend überprüft, ob § 551 Abs. 2 RVO zur Anwendung kommen kann. Von den o. a. sonstigen Fällen wurden 1 505 Fälle § 551 Abs. 2 RVO zugeordnet. Davon erfüllten 143 Fälle die rechtlichen (d. h. arbeitsmedizinischen und -technischen) Voraussetzungen und wurden daher wie eine Berufskrankheit entschädigt. Im Jahre 1989 wurden auf diese Weise folgende Krankheitsfälle entschädigt:

- 4 Fälle von starker Zahnabration auf Grund einer mechanischen Reibung des in die Mundhöhle eingedungenen Granitstaubs
- 1 Fall einer Nasenscheidewanddurchlöcherung (Septumperforation) durch Einwirkung von Zinksulfat in Tröpfchenform
- 1 Fall eines Kehlkopfkarzinoms auf Grund einer Einwirkung von teerhaltigen Substanzen
- 1 Fall einer Scheidensenkung mit Harninkontinenz durch regelmäßiges schweres Heben
- 1 Fall eines Magenkarzinoms auf Grund einer Einwirkung von Kerobit
- 1 Fall eines Pleuramesothelioms auf Grund einer Einwirkung von Asbest
- 1 Fall eines großzelligen niedrigdifferenzierten Plattenepithelkarzinoms des linken Lungenunterlappens mit Bildung von Knochenmetastasen auf Grund der Einwirkung von polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen.

- 1 Fall eines Bronchialkarzinoms durch das Einatmen von polyzyklischen Kohlenwasserstoffen am Phosphorofen
- 1 Fall eines Peritoneal-Mesothelioms auf Grund einer Einwirkung von Asbest
- 1 Fall von respiratorischer Globalinsoffizienz bei metastasierendem Bronchialkarzinom durch Einwirkung von Dämpfen von heißem Teer-Öl-Bitumen-Gemischen.

Die letzten sechs genannten Erkrankungen sind tödlich verlaufen.

Bei 1 362 gemeldeten Fällen konnte eine Entschädigung nicht gewährt werden, weil entweder der ursächliche Zusammenhang zwischen Arbeitstätigkeit und Erkrankung nicht wahrscheinlich gemacht werden konnte oder die sonstigen Voraussetzungen von § 551 Abs. 1 nicht erfüllt waren.

Die besonderen Umstände und Kombinationen von schädigenden Einwirkungen, die für den Einzelfall jeweils ursächlich waren, lassen generell keine verallgemeinernde Beurteilung zu. Andererseits kann die Häufung von Entschädigungsfällen bei gleichen Krankheitsbildern und -ursachen wichtige Hinweise für die Gewinnung von neuen Erkenntnissen i. S. von § 551 Abs. 2 RVO geben.

Mit der Sammlung, Auswertung und Feststellung solcher Erkenntnisse befaßt sich die Sektion „Arbeitsmedizin“ des Ärztlichen Sachverständigenbeirats beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Auf der Grundlage von Forschungsarbeiten, klinischen Beobachtungen und der kritischen Auswertung nationaler und internationaler Literatur empfiehlt dieses Sachverständigengremium dem Bundesarbeitsminister, gegebenenfalls neue Erkrankungen bei einer Änderung der Berufskrankheitenliste zu berücksichtigen. Siehe hierzu „Änderung der Berufskrankheitenverordnung“ (III 7. „Berufskrankheiten“).

Mit diesen Empfehlungen wird zugleich den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung ermöglicht, bis zu einer Aufnahme dieser Erkrankungen in die Liste der Berufskrankheiten einschlägige Krankheitsfälle nach § 551 Abs. 2 wie eine Berufskrankheit zu entschädigen.

4. Unfälle in Schulen und Kindergärten

Im Jahr 1989 sind den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand

973 218 Unfälle

von Schülern, Studenten und Kindern in Kindergärten angezeigt worden. Gegenüber dem Vorjahr (902 057 Fälle) ist diese Zahl im Jahre 1989 um 21 131 Fälle zurückgegangen (–2,1 v. H.). Die Unfälle teilen sich auf in

	Anzahl	Anteil in v. H.
Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten (Schulunfälle)	884 182	91
Schulwegeunfälle ..	89 036	9

Eine Analyse der 902 057 Schulunfälle im Jahr 1988 gibt folgendes Bild:

Schulart	Schulunfälle		
	Anzahl	Anteil in v. H.	je 1000 Ver- sicherte
Kindergärten	60 835	6,8	45
Vorschulen, Grund-, Haupt- und Gesamt- schulen	455 940	50,5	110
Sonderschulen	26 157	2,9	100
Realschulen	114 170	12,7	132
Gymnasien	178 876	19,8	111
Berufsbildende Schulen	58 123	6,4	25
Hochschulen	7 956	0,9	6
insgesamt	902 057	100,0	75

Der Schwerpunkt bei den Schulunfällen liegt sowohl nach Anzahl als auch in Häufigkeit bei den allgemeinbildenden Schulen. Erst mit weitem Abstand folgen die Kindergärten, dann die berufsbildenden Schulen und die Hochschulen mit den niedrigsten Zahlen.

Das Unfallrisiko ist an den Realschulen mehr als fünf mal größer als an den berufsbildenden Schulen und sogar 22 mal größer als an einer Hochschule.

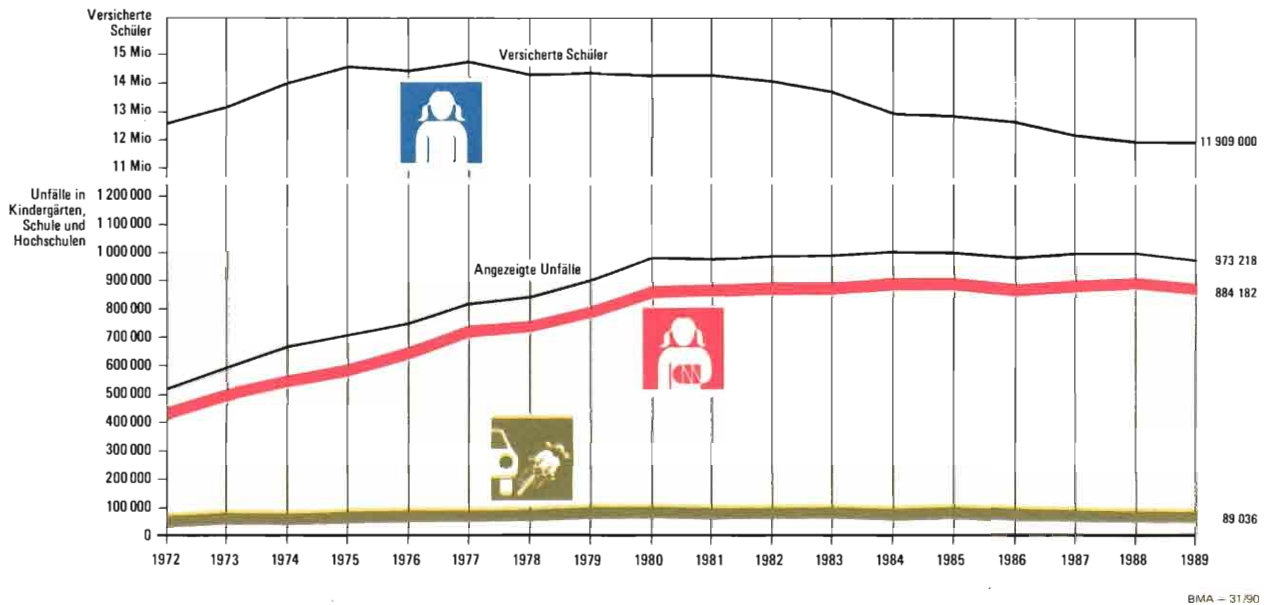
Bei einer Wertung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß eine Karenzzeit bis zur Unfallmeldung in der Schülerunfallversicherung nicht besteht und deshalb die Unfallzahlen der Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten mit den Unfallzahlen im Arbeitsbereich, wo eine Unfallanzeige erst bei einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zu erstatten ist, nicht miteinander verglichen werden können.

Die starke Zunahme der Unfallzahlen in den ersten Jahren ist der Einführungsphase der Schülerunfallversicherung zuzuschreiben. Erst nach und nach wurden die Schulunfälle angezeigt und damit statistisch erfaßt. Ein Grund für den weiteren Anstieg, nachdem die Schülerunfallversicherung Fuß gefaßt hatte, ist wohl auf die große Sensibilisierung der Lehrkräfte im Hinblick auf mögliche Regreßansprüche zurückzuführen. So werden heute Kinder auch mit Bagatellverletzungen, die in früheren Jahren in der Schule versorgt wurden, zum Arzt geschickt und somit über die Unfallversicherung als Schülerunfall gezählt.

Nach dem Jahr 1980 ist der vorher starke Anstieg der Kurve der angezeigten Schulunfälle (Schaubild 15) stark abgeflacht und nach dem Höchststand im Jahr 1984 zu einem Stillstand gekommen. Die Zahl der angezeigten Schulunfälle hat sich seitdem auf einen Wert um 900 000 stabilisiert. Hierbei spielt auch die Abnahme der Versicherten in diesem Zeitraum eine Rolle. Es ist aber zu vermuten, daß es bei den Unfallmeldungen heute zu einer gewissen Konstanz bei der Beurteilung der Unfälle durch die Lehrkräfte gekommen ist. Schulsportunfälle machen etwa die Hälfte

Schaubild 15

Schülerunfallversicherung Versicherte, angezeigte Unfälle, Schulunfälle und Wegeunfälle seit 1971



aller Schulunfälle aus und beeinflussen somit die Gesamtzahl stark. Pausenunfälle, die lange Zeit die häufigste Unfallkategorie waren, sind heute mit etwa 35 v. H. am Unfallgeschehen in der Schule beteiligt.

Die nachstehenden Zahlen der Schulunfälle in allgemeinbildenden Schulen zeigen diese Veränderungen:

Jahr	Pausenunfälle	Sportunfälle	sonstige Schulunfälle
1979	307 000	369 600	93 800
1982	342 400	424 200	86 000
1984	326 600	458 700	93 700
1985	312 800	454 700	101 700
1986	299 400	449 000	100 700
1987	301 500	459 200	103 100
1988	307 800	461 500	103 000

Nach Feststellung des Bundesverbandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ist der große Anteil der Sportunfälle am gesamten Unfallgeschehen in den letzten Jahren im wesentlichen auf vermehrten Sportunterricht und auf eine Verlagerung im Sportunterricht vom Geräteturnen und der Leichtathletik zu Ballspielen begründet, bei denen mehr Unfälle vorkommen.

Im Jahr 1989 wurde in 1 961 Fällen wegen der Folge eines Schulunfalles erstmals eine Rente oder Abfindung gezahlt. Damit wurde die Zahl 2000 erstmals seit dem Jahr 1979 wieder unterschritten.

19 Schulunfälle sind tödlich verlaufen. Mit einer Ausnahme im Jahr 1986, wo 5 tödliche Unfälle gemeldet wurden, schwankt diese Zahl jetzt schon seit ca. 10 Jahren um 20.

Die Zahl der angezeigten Schulwegeunfälle hat kontinuierlich bis zum Jahr 1983 auf 104 230 zugenommen. Mit einer Ausnahme im Jahr 1985 (101.576) ist diese Zahl seit diesem Zeitpunkt deutlich zurückgegangen.

Im Jahre 1989 wurden 884 182 Schulwegeunfälle angezeigt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl um 3 256 Fälle (3,5 v. H.) verringert.

Ein großer Anteil der Wegeunfälle entfällt auf Schüler der Altersgruppen über 16 Jahre. Hier macht sich bemerkbar, daß diese Altersgruppen für den Schulweg selbst geführte Kraftfahrzeuge benutzen können.

69 in der Schülerunfallversicherung Versicherte sind im Jahr 1989 auf dem Weg zum Kindergarten, zur Schule oder zur Hochschule tödlich verunglückt. Das sind 37 Fälle weniger als im Vorjahr (–34,9 v. H.).

5. Heim- und Freizeitunfälle

Unfälle im Heim- und Freizeitbereich ereignen sich bei der Haus- und Gartenarbeit, bei Sport und Spiel, beim Heimwerken oder bei sonstigen Freizeitbeschäftigungen. Im Gegensatz zu Verkehrsunfällen oder zu

Unfällen, die im Zusammenhang mit der Arbeit oder dem Besuch einer Schule oder eines Kindergartens stehen, werden Heim- und Freizeitunfälle, bei denen Personen verletzt werden, amtlich nicht registriert. Angaben über die Anzahl und Art der häuslichen Unfälle gehen aus statistischen Erhebungen und Einzeluntersuchungen sowie aus der amtlichen Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes hervor.

Nach der amtlichen Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 1989 insgesamt 5 580 Unfalltote im häuslichen Bereich und 282 Unfalltote bei Sport und Spiel zu beklagen.

Die meisten tödlichen Unfälle im häuslichen Bereich erleiden alte Menschen. In drei von vier Unfällen waren die tödlich verunglückten Personen 70 Jahre und älter. Frauen waren bei den Unfällen in dieser Altersgruppe mit 72 v. H. überproportional beteiligt.

Stürze sind die Hauptursache der tödlichen Unfälle im häuslichen Bereich. Der Anteil der Sturzunfälle lag bei 82 v. H. Auf Feuer und Flammen sind 8 v. H., auf mechanisches Ersticken 5 v. H. und Ertrinken 1 v. H. der Todesfälle im Haus zurückzuführen.

Die Anzahl der häuslichen Unfälle mit Todesfolge ist von 11 060 Fällen im Jahr 1975 auf 5 401 Todesfälle im Jahr 1987 kontinuierlich gesunken. In den Jahren 1988 (5 430 Fälle) und 1989 (5 580 Fälle) ist ein leichter Anstieg der Zahl der tödlichen Unfälle zu verzeichnen.

Über das Unfallgeschehen im Heim- und Freizeitbereich hat die Infratest-Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz eine Repräsentativbefragung in den Haushalten in den Jahren 1988 und 1989 durchgeführt. Diese Repräsentativbefragung ist der deutsche Beitrag zu einem Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft, ein Informationssystem zur Erfassung von Unfällen durch Konsumgüter zu errichten.

Nach dieser Befragung ereignen sich jährlich etwa 3,5 Mio. Heim- und Freizeitunfälle.

Eine Auswertung der angegebenen Unfalldaten nach verschiedenen Gesichtspunkten gibt folgendes Bild:

Nach dem Geschlecht:

Männer sind häufiger als Frauen in einen Unfall verwickelt (52,3 v. H. Männer, 47,7 v. H. Frauen). Dies ist insbesondere auf den hohen Anteil der Männer bei den Sportunfällen zurückzuführen, wobei der Schwerpunkt hier bei der Altersgruppe von 15 bis 34 Jahren liegt. Bei den Frauen steht der Unfall häufig im Zusammenhang mit der Fortbewegung. Besonders sind hier die Frauen im Rentenalter betroffen.

Nach dem Unfallort:

Unfallträchtigster Ort ist das Wohnhaus. Hier passiert jeder dritte Heim- und Freizeitunfall. Jeder vierte Unfall ereignet sich auf dem Sportgelände. Somit ist in mehr als der Hälfte aller Heim- und Freizeitunfälle das

Sportgelände oder das Haus der Unfallort, wobei das **Schwergewicht der häuslichen Unfälle bei den Frauen** und das der Sportunfälle bei den Männern liegt.

Nach dem Unfalltyp:

Bei der Fortbewegung in der Ebene, auf Stufen und Leitern verunglücken über 35 v.H. aller von einem Unfall Betroffenen. 15 v.H. haben sich beim Hantieren mit Maschinen, Handwerkzeugen oder sonstigen Objekten eine Verletzung zugezogen.

Sportunfälle sind mit einem Anteil von nahezu 30 v. H. am Unfallgeschehen beteiligt. Schwerpunkt ist hier der Fußball mit fast einem Drittel aller Sportunfälle. Auf die Sportarten alpiner Skilauf, Handball, Tennis und Volleyball entfallen zusammen 27 v.H..

An den Spielunfällen, die einen Anteil von 11 v.H. aller Unfälle haben, sind naturgemäß Kinder und Kleinkinder (insgesamt 86,3 v.H.) weitaus am stärksten beteiligt. Ungefähr die Hälfte aller Unfälle ereignet sich innerhalb des Hauses. Überdurchschnittlich oft verunglücken Kleinkinder bis zu zwei Jahren in der Küche.

Nach der Unfallart:

Fast jeder zweite Unfall im Heim- und Freizeitbereich (48 v. H.) ist ein Sturzunfall. Häufiger als ein Sturz aus der Höhe (21 v. H.) ist der Sturz in der Ebene (27 v. H.). In rd. 15 v.H. aller Unfälle ist der Unfall auf die Einwirkung von Menschen, Tieren oder einem schädlichen Stoff zurückzuführen.

Nach der Unfallursache:

In mehr als zwei Drittel aller Unfälle ist ein Verhaltensmangel des Verunglückten bzw. sind psychisch-

physische Faktoren die Unfallursache. Auf einen äußeren Einfluß, z. B. Umgebungseinflüsse, Fehler anderer Personen, bauliche oder technische Mängel sind über 40 % aller Unfälle zurückzuführen. Die Unfallursache liegt somit zum überwiegenden Teil in der Person des Verunglückten begründet. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die befragten Personen zum Teil mehrere Unfallursachen angegeben haben, da ein Unfall nur selten durch eine Unfallursache zu erklären ist.

Unfälle mit Geräten:

Insgesamt sind Geräte in knapp 28 v.H. aller Unfälle in irgendeiner Form in das Unfallgeschehen verwickelt. Dabei kann das Gerät den Unfall selbst verursacht haben oder das Gerät ist, wie es bei einem Sturz von einem technisch einwandfreien Fahrrad der Fall ist, nur „passiv“ am Unfall beteiligt.

Bei den Unfällen mit Beförderungsmitteln, die mit 21 v.H. am Unfallgeschehen beteiligt sind, haben Fahrradunfälle den größten Anteil. Sportgeräte sind ebenfalls in 21 v.H. der Geräteunfälle genannt. Küchengeräte sind dagegen in relativ wenige Unfälle verwickelt.

Technische Mängel an Geräten und Maschinen haben in sehr geringem Maße Heim- und Freizeitunfälle verursacht. Bei nur 2,4 v.H. aller Unfälle haben sie eine Rolle gespielt. Die technischen Mängel treten zu meist bei alten Geräten und Maschinen auf.

Eine weitergehende Untersuchung der Unfälle mit Geräten hat ergeben, daß 1,2 v.H. aller Heim- und Freizeitunfälle auf die nichtbestimmungsgemäße Verwendung von Geräten zurückzuführen sind. In 1 v. H. aller Unfälle wurden Geräte sicherheitswidrig benutzt.

II. Unfallkosten

Die im Wege einer Zusammenfassung der jährlichen Rechnungsergebnisse der Unfallversicherungsträger festgestellten Aufwendungen für die gesamte gesetzliche Unfallversicherung beliefen sich für das Jahr 1989 auf 15.443,3 Mrd. DM. Diese Bruttoaufwands-summe ist überhöht: Zum einen sind darin die gegen-seitigen Zahlungen der Versicherungsträger im Rah-men des Lastenausgleichsverfahrens nach Artikel 3 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes in der Fassung des Finanzänderungsgesetzes 1967 – im Jahr 1989 waren dies rd. 897 Mio. DM – nicht berei-nigt, zum anderen sind darin 313 Mio. DM Konkurs-ausfallgeld enthalten, das nicht zu den Leistungen der Unfallversicherung zählt.

Die um die beiden vorgenannten Beträge bereinigten Gesamtausgaben (Nettoausgaben) betrugen für 1989 somit 14, 234 Mrd. DM. Hinzu kommen die Kosten für die gesetzliche Schülerunfallversicherung, die sich für das Jahr 1989 auf 356 Mio. DM beliefen.

Bei einem Vergleich der Nettoausgaben des Jahres 1989 mit denen des Jahres 1988 (13,658 Mrd. DM) ist

ein Anstieg um 576 Mio. DM oder 4,2 v.H. zu ver-zeichnen; von 1987 (13,22 Mrd. DM) auf 1988 belief sich die Zunahme auf 436 Mio. DM oder 3,3 v.H. (s. Schaubild 16).

Die Erhöhung der Rentenausgaben ist im wesentli-chen durch die Anhebungen der Renten zum 1. Juli 1988 um 3,0 v.H. und zum 1. Juli 1989 um 2,4 v.H. bedingt. Der Rückgang der Zahl der Renten im Jahre 1989 um 0,9 v.H. hat sich demgegenüber kostensen-kend ausgewirkt. In der Erhöhung der Aufwendun-gen für Heilbehandlung schlägt sich, abgesehen von der Mengenentwicklung (Fallzahlen), insbesondere die Kostenentwicklung auf dem Gesundheitssektor nieder (Krankenhauspflegesätze, Arztkosten, Arznei-mittelkosten u. a.).

Auf Unfallverhütung, arbeitsmedizinischen Dienst und Erste Hilfe entfielen im Jahr 1989 4,5 v.H. der Gesamtausgaben. Mit 641 Mio. DM wurde für diese Leistungsarten 6,5 v.H. mehr ausgegeben als im Jahr 1988 (Schaubild 17). Die Ausgaben verteilen sich auf die drei Gruppen der Versicherungsträger wie folgt:

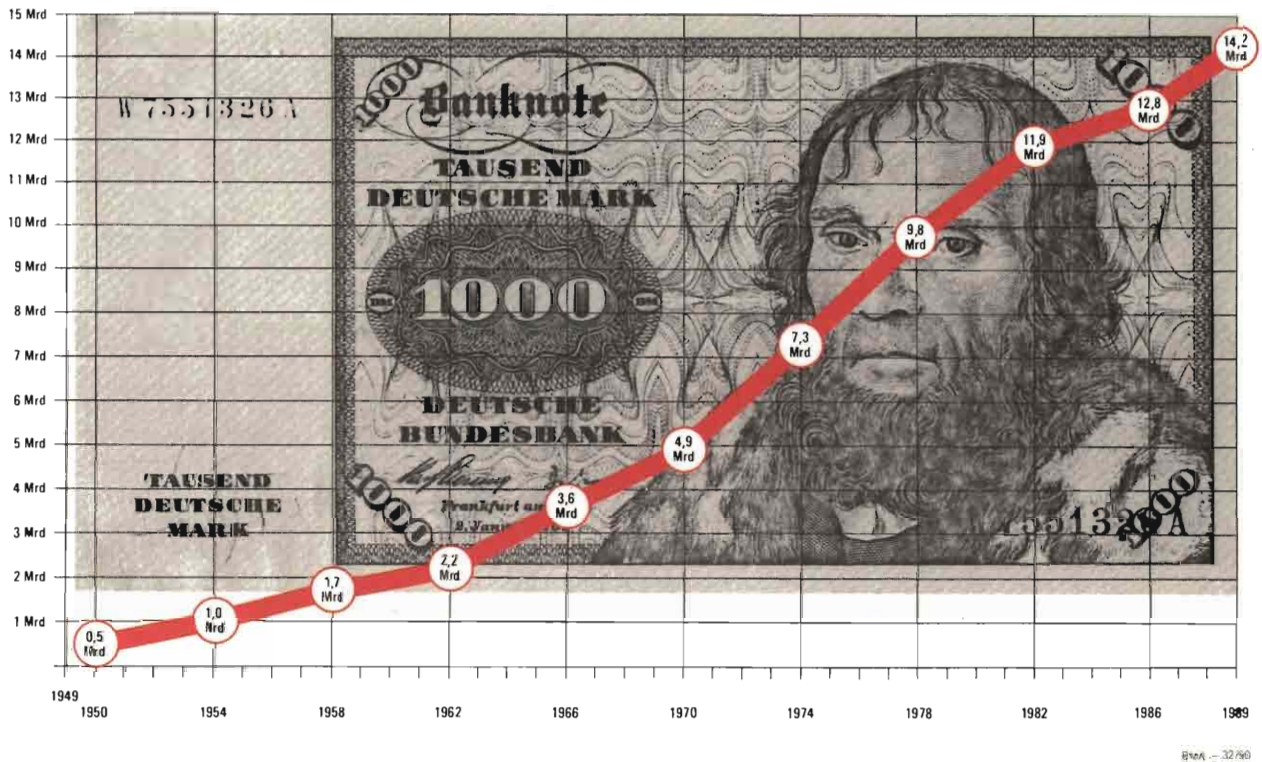
	Ausgaben für Unfallverhütung und Erste Hilfe		Veränderung von 1988 auf 1989 v. H.
	1989	1988	
	(in Mio. DM)		
gewerbliche Berufsgenossenschaften	562,4	528,2	+6,5
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	41,1	39,5	+4,1
Eigenunfallversicherungsträger	37,8	34,7	+8,9
zusammen . .	641,3	602,4	+6,5

Schlüsselt man die Gesamtzahl nach den einzelnen Leistungen auf, ergibt sich folgendes Bild:

Art der Leistung	Ausgaben		Veränderung von 1988 auf 1989 v. H.
	1989	1988	
	(in Mio. DM)		
Kosten der Überwachung und Beratung der Betriebe (Technischer Aufsichtsdienst)	370,4	347,5	+ 6,6
Kosten der Ausbildung (Schulung)	87,9	81,8	+ 7,5
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für Unfallverhütung in den Betrieben	48,7	46,0	+ 5,9
Zahlungen an Verbände für Unfallverhütung .	61,0	56,9	+ 7,2
Kosten für die Herstellung von Unfallverhütungsvorschriften	8,6	7,1	+21,1
Kosten der Ersten Hilfe	6,0	5,7	+ 5,3
Kosten der arbeitsmedizinischen Dienste	58,6	57,3	+ 2,3
zusammen . .	641,3	602,4	+ 6,5

Schaubild 16

Aufwendungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung seit 1949



Von den im Rahmen der Unfallverhütung insgesamt eingesetzten Mitteln wurden in den Jahren 1988 und 1989 jeweils 58 v.H. für den Technischen Aufsichtsdienst zur Überwachung und Beratung der Betriebe sowie für die Ausbildung des technischen Personals und der Sicherheitsbeauftragten aufgewandt. Weitere rd. 8 v.H. erforderten die Aufwendungen für Maßnahmen der Werbung, Aufklärung und Information auf dem Gebiet der Unfallverhütung, für die Verhütung von Berufskrankheiten, für Vorsorgeuntersuchungen, Sehtests, Forschungsvorhaben und Versuchseinrichtungen, für Belohnungen und Anerkennungen, Mitteilungsblätter, Jahresberichte, Fachliteratur und Unterstützung des Deutschen Verkehrssicherheits-

rates, die als „Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für Unfallverhütung in den Betrieben“ ausgewiesen sind.

Für die nach dem Gesetzauftrag von den Ländern, Gemeinden und Städten mit Eigenunfallversicherung durchzuführende Schülerunfallversicherung hatten diese Versicherungsträger im Jahr 1989 rd. 355,8 Mio. DM aufzubringen; das waren 13,3 Mio. DM oder 3,6 v.H. weniger als im Vorjahr. Hiervon beanspruchte die Heilbehandlung allein 78 v.H., nämlich 276,1 Mio. DM. Die anteilige Belastung der Länder, Gemeinden und Städte ist aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen.

	darunter		
	Gesamtaufwendungen	Heilbehandlung	Renten
	in Mio. DM		
Gemeindeunfallversicherungsverbände	270,3	211,1	40,5
Städte mit Eigenunfallversicherung	17,3	14,3	2,2
Ausführungsbehörden für Unfallverhütung der Länder	68,2	50,7	13,3
zusammen . . .	355,8	276,1	56,0

Die Ausgabensteigerung von 1988 auf 1989 bei den drei Versicherungsträgergruppen sind aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

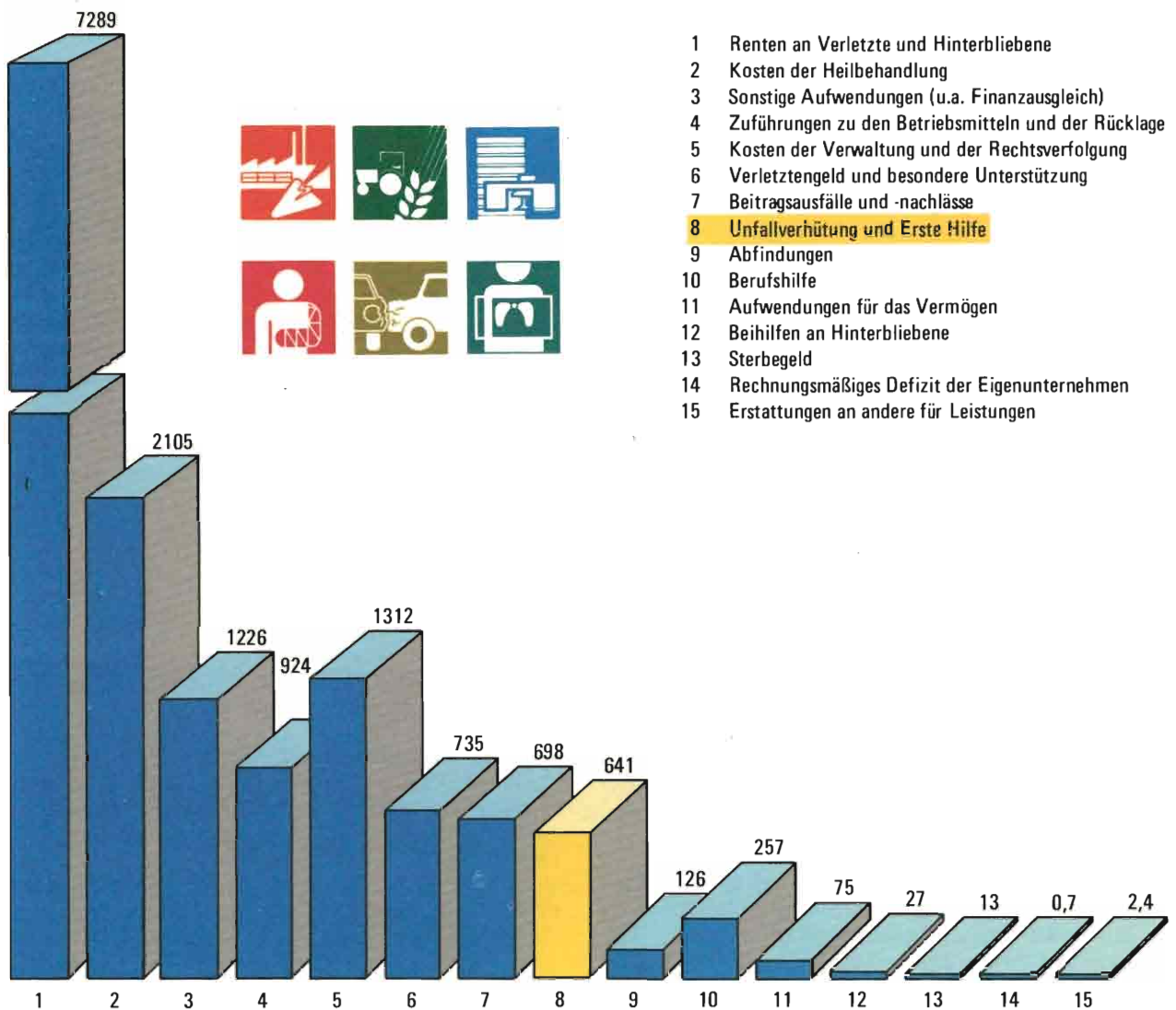
	Ausgaben		Veränderung von 1988 auf 1989 v. H.
	1989	1988	
	(in Mrd. DM)		
gewerbliche Berufsgenossenschaften	11,896	11,351	+4,8
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	1,248	1,249	-0,1
Eigenunfallversicherungsträger	1,090	1,058	+3,0
Nettoaussgaben insgesamt	14,234	13,658	+4,2

Einen Überblick über die Aufwendungen für die wichtigsten Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung und deren Veränderung von 1988 auf 1989 vermittelt die nächste Übersicht:

	Aufwendungen		Veränderung von 1988 auf 1989 v. H.
	1989	1988	
	(in Mrd. DM)		
Renten an Verletzte und Hinterbliebene	7,289	7,158	+1,8
ambulante und stationäre Behandlung	1,677	1,583	+5,9
Verletztengeld	0,734	0,733	+0,1
Unfallverhütung, arbeitsmedizinischer Dienst, Erste Hilfe	0,641	0,602	+6,5

Schaubild 17

**Aufwendungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung nach Kostenarten
in Mio. DM im Jahre 1989**



BMA – 33/90

III. Unfallverhütung

1. Gerätesicherheit

Das Gerätesicherheitsgesetz erfaßt alle Geräte- und Maschinentypen sowie gleichgestellten Einrichtungen, die in der Bundesrepublik Deutschland am Markt angeboten werden. Hersteller und Importeure sind nach dem Gesetz verpflichtet, nur solche technischen Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, von denen für Benutzer und Dritte bei bestimmungsgemäßer Verwendung keine Gefahren ausgehen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auch Händlern untersagt werden, gefährliche Erzeugnisse auf den Markt zu bringen.

Der Rahmen des Gesetzes wird ausgefüllt durch die Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften sowie allgemein anerkannte Regeln der Technik, in denen die sicherheitstechnischen Anforderungen für die einzelnen Geräte, Maschinen und Einrichtungen enthalten sind. Bei der großen Zahl der am Markt angebotenen technischen Erzeugnisse kommen viele Vorschriften und technische Normen in Betracht, die bei der Herstellung der Geräte, Maschinen und Einrichtungen zu beachten sind. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gibt daher als Orientierungshilfe Verzeichnisse zum Gerätesicherheitsgesetz heraus, in denen die zu beachtenden Vorschriften und technischen Normen aufgelistet sind. Diese Verzeichnisse werden laufend an die technische Normung angepaßt. Die neuen überarbeiteten Verzeichnisse sind am 1. Januar 1989 erschienen. Sie umfassen jetzt etwa 1 700 Vorschriften und technische Normen: darunter 120 französische Normen.

Die Überwachung des Gesetzes obliegt in allen Bundesländern den Gewerbeaufsichtsbehörden. Die Anzahl der Kontrollbesichtigungen im Rahmen der Überwachung hat in den Jahren von 1972 bis 1980 ständig zugenommen und sich seither auf etwa 13 500 Kontrollen im Jahresdurchschnitt eingependelt (Schaubild 18).

Das Inverkehrbringen und Ausstellen sicherheitstechnisch mangelhafter Geräte kann von der Gewerbeaufsicht durch Untersagungsverfügung unterbunden werden. Vom Inkrafttreten des Gerätesicherheitsgesetzes im Jahr 1968 bis zum Jahre 1978 sind rd. 1 300 Untersagungsverfügungen erlassen worden, jährlich etwa 130. In den zehn Jahren von 1979 bis 1989 wurden 729 Untersagungsverfügungen erlassen, etwa 70 pro Jahr, wobei insgesamt eine sinkende Tendenz zu erkennen ist. Dieser Rückgang bei etwa gleichbleibender Kontrolldichte läßt den Schluß zu, daß sich das Gerätesicherheitsgesetz durchgesetzt hat und allgemein beachtet wird.

Die fortgesetzten Bemühungen der Aufsichtsdienste und die Verbesserung der Gerätesicherheit schlagen sich auch in den Unfallzahlen nieder. In der gewerblichen Wirtschaft ist der Anteil der Unfälle, die sich an

neuen Geräten, Maschinen und technischen Anlagen infolge vorschriftenwidriger konstruktionstechnischer Mängel ereignen, am Unfallgeschehen insgesamt gering. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte er bei 2 v.H. liegen. Neuere Untersuchungen über Heim- und Freizeitunfälle lassen erkennen, daß sicherheitstechnische Mängel an Geräten nur in 2,4 v.H. dieser Unfälle als Ursache in Frage kommen (s. Abschnitt I.5 Heim- und Freizeitunfälle).

Das Gerätesicherheitsgesetz bietet Herstellern und Einführern die Möglichkeit, ihre technischen Arbeitsmittel durch eine vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bestimmte Prüfstelle einer Baumusterprüfung zu unterziehen. Nach positiver Prüfung dürfen die dem Baumuster nachgefertigten Erzeugnisse mit dem Zeichen „GS = Geprüfte Sicherheit“ versehen werden. Von dieser Möglichkeit, die als freiwillige vorbeugende Kontrolle die Sicherheit der Verbraucher erhöht und den Käufern die Auswahl unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten erleichtert, wird zunehmend Gebrauch gemacht, zumal die Bauartprüfung das geschäftliche Risiko der Hersteller und Importeure minimiert, daß die Vermarktung ihrer Produkte wegen sicherheitstechnischer Mängel untersagt wird. Der Bestand an Geräte- und Maschinentypen mit gültigem GS-Zeichen belief sich am 31. Dezember 1989 auf etwa 115.000.

Die GS-Prüfstellen werden vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch die Gerätesicherheits-Prüfstellenverordnung bestimmt, und ihre Prüfaufgabenbereiche in dem Prüfstellenverzeichnis bekanntgemacht. Die Prüfstellenverordnung ist im März 1990 zuletzt geändert worden; sie umfaßt inzwischen 78 Prüfstellen, darunter fünf französische. Das Prüfstellennetz ist damit inzwischen so ausgebaut, daß praktisch für alle unter das Gerätesicherheitsgesetz fallenden Arbeitseinrichtungen die GS-Prüfung möglich ist.

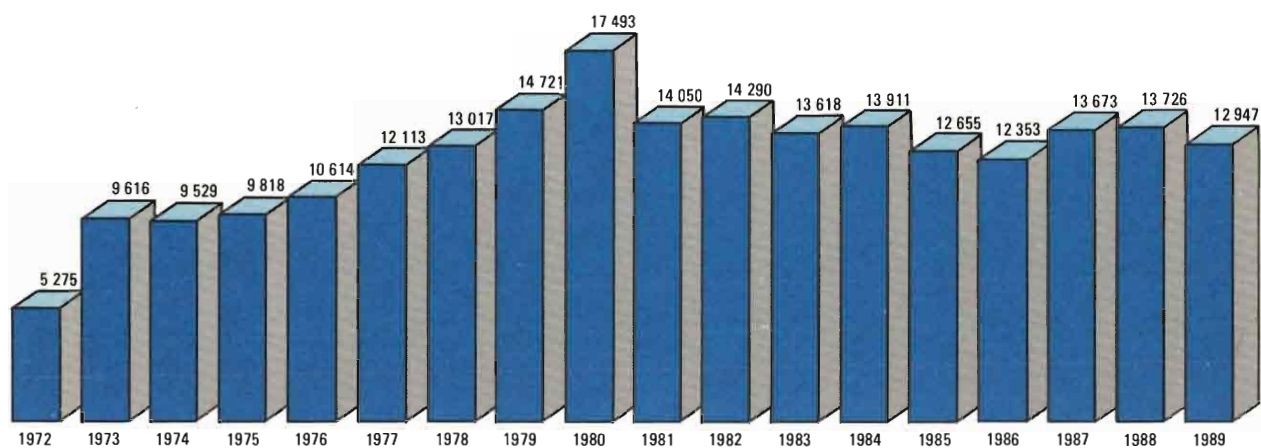
2. Überwachungsbedürftige Anlagen

Überwachungsbedürftig sind Anlagen, von denen für die Benutzer und die Öffentlichkeit besondere Gefahren ausgehen können. Das mit dem Betrieb derartiger Anlagen verbundene Risiko hat den Gesetzgeber veranlaßt, staatliche Sicherheitsvorschriften zu erlassen. Im Jahre 1953 wurde das Recht für diese Anlagen durch Gesetz im § 24 der Gewerbeordnung bundeseinheitlich geregelt.

Überwachungsbedürftige Anlagen sind u. a.

- Dampfkesselanlagen
- Druckbehälteranlagen

Schaubild 18

Entwicklung der Kontrollbesichtigungen nach dem Gerätesicherheitsgesetz

BMA – 35/90

- Aufzugsanlagen
- medizinisch-technische Geräte
- elektrische Anlagen in besonders gefährdeten Räumen
- Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager
- Anlagen zur Abfüllung von verdichteten, verflüssigten oder unter Druck gelösten Gasen
- Anlagen zur Lagerung, Abfüllung und Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten
- Leitungen unter innerem Überdruck für brennbare, ätzende oder giftige Gase, Dämpfe oder Flüssigkeiten.

Für alle aufgeführten Anlagen sind Verordnungen erlassen worden, in denen technische und behördliche Präventivmaßnahmen sowie sicherheitstechnische Grundsatzforderungen festgelegt sind. Im Berichtszeitraum waren aufgrund der technischen Entwicklung und wegen der notwendigen Umsetzung von EG-Richtlinien Änderungen in diesem Sachgebiet erforderlich. Novelliert wurden die

- Verordnung über Druckbehälter, Druckgasbehälter und Füllanlagen
- sowie die
- Aufzugsverordnung.

Im Rahmen der ersten Verordnung zur Änderung der Druckbehälterverordnung vom April 1989 wurden unter anderem drei EG-Richtlinien über Druckgasbehälter in nationales Recht umgesetzt. Dies bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Weg zur europäischen Harmonisierung. Zur Verbesserung des Schutzes der Beschäftigten und Dritter wurden weiterhin erstmals Regelungen über Rohrleitungen in die Verordnung aufgenommen. Im übrigen wurden zahlreiche Einzelvorschriften an die technische Entwicklung angepaßt, insbesondere zur Verbesserung der Sicherheit bei der Verwendung von Flüssiggas.

Die im Jahr 1988 novellierte Aufzugsverordnung sieht für besonders gefährliche Aufzugsarten, nämlich Personen-Umlaufaufzüge (Paternoster) und sogenannte Mühlen-Bremsfahrstühle ein Betriebsverbot, das ab 1995 in Kraft tritt, vor. Ferner wurde durch die Verordnungsänderung EG-Recht in nationales Recht umgesetzt. Weiterhin ermöglicht es die novellierte Verordnung, daß Prüfungen von Aufzugsanlagen in Wohngebäuden nunmehr auch durch freiberufliche Sachverständige erfolgen können.

Zu allen Verordnungen existieren umfangreiche Bestimmungen für Bau und Ausrüstung sowie Betriebsregelungen. Diese sind entweder in Technischen Regeln oder in technischen Normen enthalten. Die Technischen Regeln werden von Technischen Ausschüssen, die beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eingerichtet sind, ermittelt und entsprechend der technischen Entwicklung fortgeschrieben. Soweit zusätzlich technische Normen erforderlich sind, werden hierzu von den technischen Ausschüssen nach § 24 der Gewerbeordnung Vorschläge erarbeitet. Diese werden dann über den Normenausschuß „Überwachungsbedürftige Anlagen“ beim DIN in die

europäische Normung bei CEN/CENELEC eingebracht.

Seit 1986 sind bei den überwachungsbedürftigen Anlagen insgesamt 51 neue und neugefaßte Technische Regeln vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt bekanntgemacht worden, davon technische Regeln für

Dampfkessel	20
Druckbehälter und Druckgasbehälter	19
Aufzugsanlagen	5
Acetylenanlagen	2
brennbare Flüssigkeiten	4
Gashochdruckleitungen	1

Außerdem sind im Berichtszeitraum 191 Technische Regeln geändert oder ergänzt worden.

Die Überwachungspflicht für die genannten Anlagen ist vom Gesetzgeber eingeführt worden, weil der Betrieb dieser Anlagen früher mit einem hohen Risiko für Arbeitnehmer und die Bevölkerung verbunden war. Durch sicherheitstechnische Detailarbeit ist es gelungen, diese Anlagen inzwischen so sicher zu machen, daß sich in diesem Bereich kaum noch Unfälle und Schadensfälle ereignen.

3. Lärm

Lärm ist noch immer eine der wesentlichen Belastungen des arbeitenden Menschen. Er tritt in vielen Bereichen der Arbeitswelt auf und kann zu Gesundheitsschäden führen. Auch heute sind noch ca. 3 Mio. Arbeitnehmer gefährlichem Lärm über 85 dB(A) ausgesetzt.

Vorschriften zum Schutz vor der Lärmbelastung finden sich in der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ und der Arbeitsstättenverordnung. Diese werden durch Regelungen auf Grund der EG-Richtlinien

- über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Lärm am Arbeitsplatz (86/188/EWG)
- zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen (89/392/EWG) und
- Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln bei der Arbeit (89/655/EWG)

ergänzt.

Im Berichtszeitraum, wie auch schon in den Vorjahren, wurde eine Vielzahl von Maßnahmen zum Abbau der Lärmbelastung von der Gewerbeaufsicht, den Berufsgenossenschaften und den beteiligten Instituten durchgeführt.

Maßnahmen zur Vermeidung von Gehörschäden wurden insbesondere auf folgenden Feldern ergriffen:

- Erfassung von Geräuschimmissionen am Arbeitsplatz
- technische Lärminderung
- Gehörprüfung.

Bei der Bewertung des Lärmproblems darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß auch bei Lärmwerten unter 85 dB(A) gesundheitliche Beeinträchtigungen und Gefährdungen auftreten können. So können sich vegetative Reaktionen und Befindlichkeitsstörungen als gesundheitliche Beeinträchtigungen erweisen, z. B. für das Herz-Kreislauf-System.

Von den Berufsgenossenschaften wurden im Berichtszeitraum rd. 650 000 Gehörprüfungen durchgeführt. Darüber hinaus wurden von den Berufsgenossenschaften Schwerpunktsaktionen, vor allem in Mittel- und Kleinbetrieben durchgeführt, um die Bedeutung des technischen Lärmschutzes und des ständigen Gehörschutztragens in Lärmbereichen besonders herauszustellen.

Zur Verbesserung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ und der Lärmvorschriften der Arbeitsstättenverordnung wurden im Rahmen des Forschungsprogramms zur Humanisierung des Arbeitslebens durch den Bundesminister für Forschung und Technologie und den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, die über den Projektträger Humanisierung des Arbeitslebens und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz vergeben wurden. Hierbei sind vor allem Projekte gefördert worden, bei denen die Erforschung und die Entwicklung technischer Maßnahmen im Betrieb zu konkreten Lärmpegelminderungen am Arbeitsplatz führen.

In den Jahren von 1980 bis 1989 wurden mehr als 200 Projekte der Lärmabwehr am Arbeitsplatz mit einem Kostenaufwand von etwa 50 Mio. DM gefördert.

4. Gefährliche Stoffe

Grundlage für das gesamte Recht der gefährlichen Stoffe ist das Chemikaliengesetz aus dem Jahre 1980. Es geht über den Arbeitsschutz hinaus und umfaßt auch den Umweltschutz und den allgemeinen Gesundheitsschutz. Schwerpunkte des Gesetzes sind Prüf-, Anmelde- und Mitteilungspflichten einerseits sowie Beschränkungen und Arbeitsschutzmaßnahmen andererseits. Jeder Besteller oder Importeur, der einen neuen Stoff auf den Markt bringen will, ist verpflichtet, diesen Stoff eigenverantwortlich auf eventuelle gefährliche Eigenschaften zu prüfen und vor dem erstmaligen Inverkehrbringen bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz anzumelden, die insoweit als chemikalienrechtliche Anmeldestelle der Fachaufsicht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unterliegt.

Mit der Novellierung und Neufassung des Chemikaliengesetzes vom 14. März 1990 wurden die Mitteilungs- und Anmeldepflichten der Hersteller, die neue Stoffe und Zubereitungen in den Verkehr bringen, ausgeweitet und die gesetzliche Grundlage zum Erlass von Arbeitsschutzvorschriften auf dem Gebiet der Gefahrstoffe erheblich verbessert.

Gestützt auf das Chemikaliengesetz wurde im August 1986 die Verordnung über gefährliche Stoffe — Gefahrstoffverordnung — erlassen, die die erst im Jahre 1982 erlassene Arbeitsstoffverordnung, 23 Verord-

nungen des Bundes und der Länder über den Umgang mit Giften und die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen, 4 Verordnungen über Ammoniumnitrat und 8 Verordnungen über Heimarbeit ablöst. Mit der Gefahrstoffverordnung wurde eine neue Phase in den Bemühungen eingeleitet, den Schutz der Arbeitnehmer und der Bevölkerung vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen zu verbessern, das Rechtsgebiet neu geordnet, Landesrecht in Bundesrecht übergeführt und durch die Aufhebung von 38 Verordnungen ein Beitrag zur Entbürokratisierung geleistet.

Die Gefahrstoffverordnung besteht im wesentlichen aus zwei Teilen: Vorschriften über das Inverkehrbringen und Vorschriften über den Umgang.

Schwerpunkte beim Inverkehrbringen sind die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung. Gefährliche Stoffe müssen so verpackt sein, daß vom Inhalts nichts ungewollt nach außen gelangen kann und daß eine Verwechslung mit Lebensmitteln ausgeschlossen ist. Ebenso wichtig ist die Kennzeichnung, weil der Verwender im Regelfall nicht weiß, welche Gefahren mit dem Umgang von Stoffen verbunden und welche Vorsichtsmaßnahmen zu beachten sind. Auf den Verpackungen müssen daher der Name des Stoffes und des Herstellers, Gefahrensymbole, Gefahrenkennzeichnung, Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge angegeben sein. Für den Verwender sind diese Angaben häufig die einzigen Informationsquellen. Deshalb verlangt die Verordnung, daß nunmehr alle gefährlichen Stoffe und bestimmte Zubereitungen zu kennzeichnen sind. Zur Verordnung gehört eine Liste von etwa 1 500 eingestufteten Stoffen und Zubereitungen. Die in der Liste nicht enthaltenen Stoffe sind nach einem EG-einheitlichen Leitfaden einzustufen und zu kennzeichnen. Für die Abgabe giftiger und sehr giftiger Stoffe wurde bundeseinheitlich eine Erlaubnispflicht eingeführt.

Die Umgangsvorschriften werden auf alle beruflichen Bereiche, in denen mit Gefahrstoffen umgegangen wird, ausgedehnt, so daß nunmehr auch Soldaten, Beamte, Schüler und Studenten sowie Heimarbeiter erfaßt werden.

Zu den vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz gehören insbesondere die Pflichten des Arbeitgebers,

- an gefährdeten Arbeitsplätzen die Konzentrationen gefährlicher Stoffe in der Luft und im Körper [Maximale Arbeitsplatz-Konzentration (MAK), Biologischer Arbeitsplatz-Toleranzwert (BAT), Technische Richtkonzentration (TRK)] zu ermitteln bzw. zu messen,
- grundsätzlich die am wenigsten gefährlichen Stoffe oder Zubereitungen einzusetzen,
- die Betriebsanlagen technisch so zu gestalten, daß gefährliche Stoffe oder Zubereitungen möglichst nicht freigesetzt werden und erforderlichenfalls persönliche Schutzausrüstungen, wie Atemschutzmasken, zur Verfügung zu stellen,
- die Beschäftigten beim Umgang mit bestimmten Gefahrstoffen gesundheitlich durch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen zu überwachen,

- die Beschäftigten über alle Risiken und Schutzmaßnahmen beim Umgang mit Gefahrstoffen zu unterrichten.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen die krebserzeugenden Gefahrstoffe, die im Anhang II zur Verordnung namentlich aufgelistet sind. Die Aufsichtsbehörden haben damit begonnen, in den Betrieben den Umgang mit diesen Gefahrstoffen zu erfassen. Hier zeigt sich, daß in der chemischen Industrie 3,5 v. H. der Arbeitnehmer mit krebserzeugenden Stoffen umgehen; ein fast gleich hoher Anteil ist im Bereich der Metallverarbeitung zu erwarten. Mit Hilfe der Gefahrstoffverordnung und der Unfallverhütungsvorschrift „Schutzmaßnahmen beim Umgang mit krebserzeugenden Arbeitsstoffen“ werden alle Anstrengungen unternommen, um das Krebsrisiko bei den Arbeitnehmern weiter zu verringern. Die Herstellung bzw. Verwendung einiger krebserzeugender Stoffe wurde bereits verboten; beim Umgang mit anderen werden zusätzliche Schutzmaßnahmen vorgeschrieben.

Das Recht der gefährlichen Stoffe ist im Arbeitsschutz das Sachgebiet, das bisher am stärksten durch EG-Recht beeinflusst wurde. Mit der Gefahrstoffverordnung wurden zunächst 14 EG- Richtlinien, mit der 1. Änderungsverordnung vom Dezember 1987 weitere 2 und mit der 2. Änderungsverordnung vom April 1990 weitere 6 Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt. Damit erhöht sich die Zahl der seit 1971 umgesetzten EG-Richtlinien allein in diesem Sachgebiet auf 36.

Ein Schwerpunkt der 2. Änderungsverordnung besteht in der Umstufung des krebserzeugenden Gefahrstoffes Asbest in die höchste Gefährdungsgruppe I (sehr stark gefährdend) in der Liste der krebserzeugenden Stoffe in Anhang II GefStoffV. Die Umstufung hat zur Folge, daß Arbeitnehmer beim Herstellen und Verwenden von Asbest, asbesthaltigen Zubereitungen und Erzeugnissen dem krebserzeugenden Asbeststaub nicht mehr ausgesetzt sein dürfen. Dieses Expositionsverbot entspricht faktisch einem Herstellungs- und Verwendungsverbot. Für bestimmte Anwendungsbereiche sind aber asbesthaltige Erzeugnisse auch weiterhin noch erforderlich, da bislang keine technisch geeigneten Ersatzprodukte zur Verfügung stehen. Die Verordnung enthält daher zeitlich befristete Übergangsfristen für das Inkrafttreten des Expositionsverbots für bestimmte asbesthaltige Produktgruppen.

5. Gentechnologie/Biotechnologie

Die moderne Nutzung biologischer Agenzien einschließlich ihrer Stoffwechselprodukte bis hin zur gezielten Veränderung des genetischen Materials der Organismen eröffnet weitreichende Möglichkeiten zur Herstellung neuer Arznei-, Nahrungs- und Futtermittel, zur Qualitätsverbesserung von Produkten und bei der Abfallbeseitigung. Bio- und speziell gentechnische Verfahren finden deshalb zunehmend Eingang in die industrielle Produktion. Während herkömmliche biotechnische Verfahren, wie beispielsweise das Verwenden von Bäckerhefe und die Herstellung von Joghurt, Käse, Bier und Wein seit langem auch ohne

spezielle Arbeitsschutzvorschriften sicher angewendet werden, können sich aus dem Umgang durch mit modernem biologischem Verfahren behandelten Organismen neue Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben.

Zum Schutz der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft haben die Unfallversicherungsträger daher die Unfallverhütungsvorschrift „Biotechnologie“ (VBG 102) erarbeitet, die durch Beschlüsse der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten, Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege und der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft für deren Mitgliedsunternehmen verbindlich ist. Die in der VBG 102 enthaltenen allgemeinen Sicherheitsgrundsätze zum Umgang mit biologischen Agenzien werden durch detaillierte Bestimmungen über Ausstattung und organisatorische Maßnahmen im Labor und im Betrieb in Merkblättern ergänzt. Auf EG-Ebene wird derzeit ein Richtlinien-Entwurf zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdungen durch biologische Arbeitsstoffe beraten.

Das am 1. Juli 1990 in der Bundesrepublik in Kraft getretene Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (GenTG) ist geeignet, den rechtlichen Rahmen für die weitere Erforschung, Entwicklung und Nutzung der Gentechnik zu schaffen und vor allem Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren zu schützen und Risiken vorzubeugen. Die Regelungen dieses Gesetzes betreffen gentechnische Arbeiten in Forschungslabors und in der Produktion sowie die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und deren Inverkehrbringen und dienen neben dem allgemeinen Gesundheits- und Umweltschutz dem einheitlichen Schutz aller mit gentechnischen Arbeiten Beschäftigten. Gentechnische Arbeiten werden nach dem Gesetz in vier Sicherheitsstufen eingeteilt. Sie dürfen grundsätzlich nur in gentechnischen Anlagen durchgeführt werden, wobei die Errichtung und der Betrieb einer solchen Anlage sowie die Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten in ihr der Genehmigung bzw. der Anmeldung bedürfen. Die entsprechenden Verfahren für gentechnische Arbeiten und die Genehmigung der Anlage werden von den Ländern unter Beteiligung der zentralen Kommission für die biologische Sicherheit (ZKBS) durchgeführt. Das GenTG schreibt des weiteren die Bestellung von verantwortlichen Projektleitern und Beauftragten für die biologische Sicherheit vor.

In den auf der Grundlage dieses Gesetzes vom Bundeskabinett verabschiedeten Rechtsverordnungen sind detaillierte Regelungen u. a. über die Zuordnung gentechnischer Arbeiten zu den einzelnen Sicherheitsstufen und die einzuhaltenden Labor- und Produktionssicherheitsmaßnahmen, den Inhalt der bei gentechnischen Arbeiten vorzunehmenden Aufzeichnungen, die Bildung und Arbeitsweise der ZKBS sowie das Anmelde- und Genehmigungsverfahren vorgesehen. Die für den Arbeitsschutz besonders wichtige Gentechnik-Sicherheitsverordnung wird auch die arbeitsmedizinische Vorsorge und die Beteiligung der Betriebs- und Personalräte, u. a. bei der Bestellung der Beauftragten für die biologische Sicherheit, regeln.

Das Gentechnikgesetz und die hierauf basierenden Rechtsverordnungen dienen darüber hinaus der bis zum 23. 10. 1991 notwendigen Umsetzung der folgenden, am 23.5.1990 vom Ministerrat verabschiedeten EG-Richtlinien:

- Richtlinie über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenem System sowie
- Richtlinie über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt.

6. Strahlenschutz

Durch Inkrafttreten der neuen Röntgenverordnung vom 1. Januar 1988 wurden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Strahlenschutzes eingeführt, die durch entsprechende Richtlinien konkretisiert sind. Dadurch wurden von gesetzgeberischer Seite die Voraussetzungen zur Verbesserung der Fachkunde und der Kenntnisse bei der Anwendung von Röntgenstrahlen im Strahlenschutz geschaffen und in der Folge Verbesserungen der Verfahren bzw. Techniken mit angeregt. Darüber hinaus sind weitere Vorschriften über qualitätssichernde Maßnahmen mit Sachverständigenprüfungen und technische Standards von Röntgeneinrichtungen erlassen worden.

Für den medizinischen Bereich ist besonders anzumerken, daß das vom Deutschen Bundestag geforderte „Röntgennachweisheft“ eingeführt wurde, um Wiederholungsuntersuchungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß aus medizinischer Anwendung ein Strahlenrisiko für den einzelnen resultiert, welches bei gewissenhafter Indikationsstellung für den einzelnen Patienten gegenüber dem Nutzen für seine Gesundheit in den Hintergrund tritt.

7. Berufskrankheiten

Am 1. April 1988 ist die Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung vom 22. März 1988 in Kraft getreten (BGBl. I S. 400). Damit wurde die Anpassung der Liste der Berufskrankheiten (Anlage 1 BeKV) nach der Berufskrankheiten-Verordnung (BeKV) vom 8. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3329) an neue medizinisch-wissenschaftliche Erkenntnisse vorgenommen. Insgesamt beinhaltet die Neuerung zehn Veränderungen der Liste, darunter vier neue Krankheiten und sechs Erweiterungen und Ergänzungen.

Neue aufgenommene Berufskrankheiten:

- Nr. 1314 Erkrankungen durch para-tertiär-Buthylphenol
- Nr. 4109 Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Nickel oder seine Verbindungen
- Nr. 4110 Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Kokereirohgas

Nr. 4203 Adenokarzinome der Nasenhaupt- und Nasennebenhöhlen durch Stäube von Eichen- oder Buchenholz.

Berufskrankheiten mit Ergänzungen und Erweiterungen:

- Nr. 2102 Meniskusschäden nach mehrjährigen andauernden oder häufig wiederkehrenden, die Kniegelenke überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten
- Nr. 4103 Asbeststaublungenenerkrankung (Asbestose) oder durch Asbeststaub verursachte Erkrankung der Pleura
- Nr. 4104 Lungenkrebs in Verbindung mit Asbeststaublungenenerkrankung (Asbestose) oder mit durch Asbeststaub verursachter Erkrankung der Pleura
- Nr. 4201 Exogen-allergische Alveolitis
- Nr. 4202 Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Rohbaumwoll-, Rohflachs- oder Rohhanfstaub (Byssinose)
- Nr. 4301 Durch allergisierende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen (einschließlich Rhinopathie), die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können.

8. Unfallverhütungsvorschriften

Die Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungsträger sind im Vorschriftensystem der Bundesrepublik eine der wesentlichen Säulen des Arbeitsschutzes. Ihre Bedeutung geht weit über die Unfallversicherung hinaus; sie werden auch bei der Ausfüllung von Gesetzen herangezogen, z. B. bei der Gewerbeordnung und beim Gerätesicherheitsgesetz.

Aufgrund der technischen Entwicklung müssen die Unfallverhütungsvorschriften immer mehr und immer kompliziertere Sachverhalte regeln. Dies erfordert eine ständige Weiterentwicklung der Vorschriftenwerke der Berufsgenossenschaften.

Außerdem werden mit Hilfe von Unfallverhütungsvorschriften (UVV) zum Teil Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft in nationales Recht umgesetzt. Hier sind besonders die UVV „Lärm“ und die UVV „Kraftbetriebene Flurförderzeuge“ zu nennen.

Im Berichtszeitraum wurden von den

- Gewerblichen Berufsgenossenschaften 44 neue Unfallverhütungsvorschriften erlassen und 6 bestehende geändert.
- landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zwei bestehende Unfallverhütungsvorschriften geändert.
- Eigenunfallversicherungsträgern 13 neue Unfallverhütungsvorschriften erlassen und eine bestehende geändert.

Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wurde im Zeitraum von 1986 bis 1989 der Erlass bzw. die Änderung von 934 UVV'en bei den einzelnen Berufsgenossenschaften, den Gemeindeunfallversicherungsverbänden und den Feuerwehrunfallkassen genehmigt.

9. Betrieblicher Arbeitsschutz

Eine Beratung der für die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer verantwortlichen Unternehmer und Führungskräfte auf fachlich hohem Niveau kann zur Lösung betrieblicher Probleme und damit zur Verbesserung des Schutzes der Beschäftigten beitragen. Nachdem die durch Unfallverhütungsvorschriften zum Arbeitssicherheitsgesetz vorgeschriebenen Einsatzzeiten der Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte im gewerblichen Bereich weitgehend erfüllt sind und der Grundgedanke der Prävention in den Betrieb Fuß gefaßt hat, kommt es somit verstärkt darauf an, die Qualität der Beratung durch Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu verbessern und die Voraussetzungen für deren weiteren Ausbau zu schaffen. In der Antwort auf eine Große Anfrage im Bundestag (Drucksache 11/5619) hat die Bundesregierung ihre Aktivitäten erläutert. Hervorzuheben sind

1. die Erarbeitung geeigneter Modelle für die Organisation und Ausübung der Tätigkeit der Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit in Kleinbetrieben,
2. die Verbesserung der Qualifikation von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit,
3. die Erarbeitung von Kriterien für die betriebspezifische Festlegung der erforderlichen Qualifikation der Fachkräfte für Arbeitssicherheit,
4. die Bereitstellung von Material, das Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zur besseren Erfüllung der täglichen betrieblichen Aufgaben befähigt.

Auch Kleinbetriebe sollen verstärkt durch Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit beraten werden, da die arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Probleme dort nicht geringer sind als in mittleren und großen Betrieben. Zur Zeit erfolgt dies lediglich in 9 % der gewerblichen Unternehmen (mit 55 % der Arbeitnehmer) durch Betriebsärzte und in 3 % (mit 58 % der Arbeitnehmer) durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Für Kleinbetriebe in ihrer Eigenschaft als Träger positiver wirtschaftlicher Entwicklung müssen Lösungen gefunden werden, die Schutz bieten, aber keine unzumutbaren Belastungen mit sich bringen. Mit einer schematischen Senkung der Betriebsgrößengrenzen in den Unfallverhütungsvorschriften ist es nicht getan, denn die für mittlere und große Betriebe angemessenen Beratungsformen haben sich nach bisherigen Erkenntnissen für Kleinbetriebe insgesamt nicht bewährt. Ausgehend von einem Modellversuch bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft konnte von einem Arbeitskreis beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung für die sicherheitstechnische Betreuung

ein Modell erarbeitet werden: Es geht von der zentralen Rolle des Unternehmers im Kleinbetrieb aus und sieht dessen Information und Motivierung im Arbeits- und Gesundheitsschutz vor, sowie seine Zugriffsmöglichkeit auf professionelle Beratung durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit im Bedarfsfall.

Dieselbe Personengruppe spricht ein Modellversuch an, der zur Zeit von drei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durchgeführt wird. Ziel ist es, durch eine dezentrale Schulung der Unternehmer und auch der mithelfenden Familienmitglieder die Unfallzahlen in der Forstwirtschaft zu senken. Mit Förderung des Bundesministers für Forschung und Technologie werden Kurse für diese Personengruppe mit Hilfe einer fahrbaren Schuleinheit direkt vor Ort durchgeführt.

Zur betriebsärztlichen Beratung kleiner Betriebe laufen zur Zeit Modellvorhaben bei einigen Berufsgenossenschaften. Erfahrungsaustausch und Auswertung werden vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Berufsgenossenschaften gemeinsam wahrgenommen. Hier geht es darum, geeignete Organisationsmodelle und betriebsbezogene arbeitsmedizinische Programme unter Einbeziehung vorgeschriebener arbeitsmedizinischer Untersuchungen zu erarbeiten.

Die Organisation der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung für Kleinbetriebe bietet auch die Möglichkeit stärkerer interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Um die Information der Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte über Gefährdungen von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitsbedingungen zu verbessern, werden entsprechende Erkenntnisse für diese Zielgruppen aufbereitet:

- Nach dem Ratgeber für die Erfüllung betriebsärztlicher Aufgaben hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auch einen Ratgeber „Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ erarbeitet, der ebenfalls von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz herausgegeben wird.
- Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat zur Unterstützung der Tätigkeit von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit Argumente über positive wirtschaftliche Auswirkungen des Arbeitsschutzes erarbeitet und veröffentlicht. Des weiteren erarbeitet sie Beispielsammlungen zur Gestaltung von Arbeitsplätzen unter Auswertung geeigneter Forschungsergebnisse.

Auch bei der Anwendung des Arbeitssicherheitsgesetzes in der öffentlichen Verwaltung konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Ein Forschungsbericht der Bundesanstalt für Arbeitsschutz „Arbeitsmedizinische Betreuung im öffentlichen Dienst“, der schwerpunktmäßig den kommunalen Bereich behandelt, macht Vorschläge zur Organisation, zur Sicherung der Qualität und zur verstärkten Umsetzung in der Praxis. Der Geltungsbereich der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (GUV 0.5)

wird auf alle Unternehmer — unabhängig von der Unternehmensgröße — ausgedehnt werden.

Dadurch ist auch eine effektivere Organisation der Betreuung möglich. Zur Zeit werden bei den Gemeindeunfallversicherungsverbänden Konzepte entwickelt, wie diese zusätzliche Betreuung realisiert werden kann.

10. Aus- und Fortbildung

Der Schwerpunkt der Aus- und Fortbildung im Bereich des Arbeitsschutzes liegt nach wie vor bei den Fachkräften für Arbeitssicherheit, Betriebsärzten, Sicherheitsbeauftragten, Arbeitgebern und Führungskräften sowie bestimmten Arbeitnehmergruppen. Die Unfallversicherungssträger sind die wichtigsten Träger dieser Ausbildung im Arbeitsschutz. Allein im Jahre 1988 wurden 16 703 Lehrgänge von mehr als 370 000 Teilnehmern besucht.

Nach der bereits vollzogenen Verbesserung der Qualifikationsanforderungen insbesondere durch Fortfall der sogenannten „Kleinen Fachkunde“ im Jahr 1986 müssen Betriebsärzte heute die Gebietsbezeichnung „Arbeitsmedizin“ (4-jährige Weiterbildung) oder die Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“ (zwei-, bzw. dreijährige Weiterbildung) erwerben. Es gibt (Stand: 31.12.1989) 2 045 Ärzte mit der Gebietsbezeichnung, 3 775 Ärzte mit der Zusatzbezeichnung sowie 729 Ärzte in der Weiterbildung zur Zusatzbezeichnung. 1 455 Ärzte haben die Übergangsregelungen (z. B. Nachholen des dreimonatigen theoretischen Kurses in Arbeitsmedizin) in Anspruch genommen.

Auch die Qualifikation der Fachkräfte für Arbeitssicherheit muß verbessert werden, damit sie auch in Zukunft den steigenden betrieblichen Anforderungen an eine umfassende Beratung in Fragen der Arbeitssicherheit gerecht wird. Der Fachausschuß „Aus- und Fortbildung“ des Beirats der Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat nach Analyse der aktuellen Situation und einschlägigen Befragungen ein Konzept mit folgenden Eckpunkten erarbeitet:

- Die Fachausbildung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit soll wie bisher auf einer abgeschlossenen Berufsausbildung und ausreichender Berufserfahrung aufbauen.
- Die Fachausbildung hat entsprechend der unterschiedlichen Berufsausbildung zu erfolgen, also getrennt nach Sicherheitsingenieuren und Sicherheitstechnikern/Sicherheitsmeistern.
- Die Fachausbildung soll aus einem theoretischen (Lehrgang) und aus einem praktischen Teil bestehen. Der theoretische Teil soll nach den Vorschlägen des Fachausschusses für Sicherheitsingenieure 12 Wochen und für Sicherheitstechniker/Sicherheitsmeister 10 Wochen umfassen, der praktische Teil jeweils 12 Wochen.

Dieses Konzept wird zur Zeit von den Unfallversicherungssträgern beraten.

Arbeitsschutz ist eine Führungsaufgabe. Deshalb müssen angehende Führungskräfte bereits während

der Ausbildung für den Arbeitsschutz motiviert und im Arbeitsschutz informiert werden. Der Vorstoß des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (Konzept „Arbeitsschutz im Ingenieurstudium“) hat zu einer breiten fachlichen Diskussion auch mit Hochschullehrern geführt. Jedoch sind die Empfehlungen für die Einbeziehung des Arbeitsschutzes in die Ingenieurstudiengänge, die auch von den Studienreformkommissionen aufgegriffen wurden, bisher noch nicht in wünschenswertem Umfang von den Hochschulen in Studiengängen bzw. Prüfungsordnungen berücksichtigt worden.

11. Aufsichtsdienst

Für die Überwachung im Arbeitsschutz sind die Gewerbeaufsichtsbehörden der Bundesländer und die Technischen Aufsichtsdienste der Unfallversicherungsträger zuständig.

11.1 Gewerbeaufsicht

Im Arbeitsschutz wird die Einhaltung der staatlichen Schutzvorschriften grundsätzlich von den Gewerbeaufsichtsbehörden der Bundesländer überwacht. In früheren Jahren waren diese Behörden fast ausnahmslos nachgeordnete Stellen der Länderarbeitsminister und ausschließlich oder zumindest vorwiegend auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes tätig. Mit dem Umweltschutz wurde der Gewerbeaufsicht in den meisten Bundesländern ein neues Aufgabengebiet übertragen, das immer mehr Kapazitäten beansprucht. Heute wird davon ausgegangen, daß in den Bundesländern, wo die Gewerbeaufsicht auch für den Umweltschutz zuständig ist, etwa die Hälfte der vorhandenen Kapazitäten für dieses Aufgabengebiet eingesetzt wird. Die Dienstaufsicht über die Gewerbeaufsicht sowie bestimmte Fachbereiche wurden aus diesem Grund bereits in mehreren Ländern den Umweltministerien zugeordnet. In diesem Bericht muß dies daher bei der Bewertung einer Reihe von Daten der Gewerbeaufsicht (z. B. Personalstärke, besichtigte Betriebe und Außendiensttätigkeit) berücksichtigt werden.

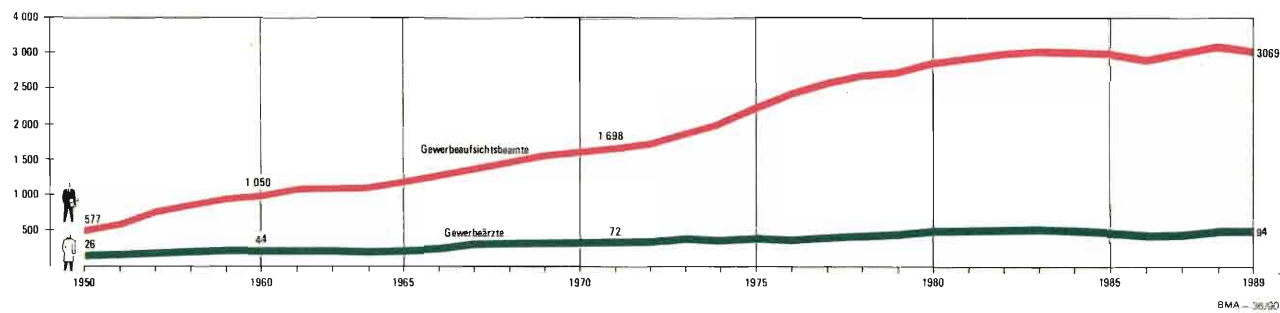
Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist im Berichtszeitraum geringfügig von 3 270 auf 3 337 gestiegen. Im Jahre 1989 waren 3 069 Beamte bei den Gewerbeaufsichtsämtern und 268 bei den Mittelinstanzen und in den Länderministerien beschäftigt. Die Zahl der staatlichen Gewerbeärzte ist im Berichtszeitraum um 7 auf jetzt 94 gestiegen (Schaubild 19). Detaillierte Angaben über die einzelnen Jahre und die Personalentwicklungen in den Bundesländern sind in der Übersicht 16 enthalten.

Die Gewerbeaufsicht der Bundesländer war im Jahre 1989 für rund 1,75 Mio. Betriebe zuständig (Übersicht 17).

Im Jahre 1989 wurden rd. 710 000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt und dabei rd. 375 000 Betriebe besichtigt (Übersicht 17). Bei den Betriebsbesichtigungen wurden rd. 1,2 Mio. Mängel beanstandet (Übersicht 18).

Schaubild 19

Entwicklung des Personalstandes in der Gewerbeaufsicht



An Durchsetzungsmitteln wurden im Jahre 1989 eingesetzt:

Anordnungen	7 469
Verwarnungen	1 900 (ohne Baden-Württemberg)
Bußgeldbescheide	1.276 (ohne Baden-Württemberg)
Strafanzeigen	77.

Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ist in der Übersicht 19 enthalten.

11.2 Unfallversicherungsträger

Die Aufsichtsdienste der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand sind ausschließlich in der Arbeitssicherheit tätig. Neben der Aufsichtstätigkeit arbeiten die Aufsichtsbeamten in starkem Maße in den berufsgenossenschaftlichen Prüfstellen nach dem Gerätesicherheitsgesetz, bei der Erstellung von Unfallverhütungsvorschriften sowie berufsgenossenschaftlichen Folgeregelungen, bei den Normenorganisationen und bei der Aus- und Fortbildung von Sicherheitsfachkräften, Sicherheitsbeauftragten, betrieblichen Führungskräften und bestimmten Arbeitnehmergruppen mit. Im Rahmen der Vollendung des gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaften nimmt auch die Arbeit bei den Europäischen Normenorganisationen CEN bzw. CENELEC immer mehr Kapazitäten in Anspruch.

Der Personalstand bei den Technischen Aufsichtsdiensten der gesetzlichen Unfallversicherungsträger hat sich seit dem Jahr 1985 um 315 erhöht. Am Ende des Berichtszeitraumes betrug die Personalstärke bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 1 470, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 315 und bei den Eigenunfallversicherungsträgern 186. Insgesamt sind bei den gesetzlichen Unfallversicherungsträgern 1 971 technische Aufsichtsbeamte tätig; im Jahr 1985 waren es 1 656. Detaillierte Angaben über die einzelnen Jahre und die Entwicklungen bei den Unfallversicherungsträgern sind in der Übersicht 20 enthalten.

Die technischen Aufsichtsdienste der gewerblichen Berufsgenossenschaften waren im Jahr 1989 für rd. 2 Mio. Betriebe zuständig (Übersicht 21). Es wurden rd. 535 000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt und dabei rd. 300 000 Betriebe besichtigt. Sowohl bei der Zahl der Betriebsbesichtigungen als auch bei der Zahl der besichtigten Betriebe ist eine leicht sinkende Tendenz festzustellen (Übersicht 22).

An Durchsetzungsmitteln wurden eingesetzt

- a) bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften

Bußgeldbescheide gegen Unternehmer	1 537
Bußgeldbescheide gegen Versicherte	635
- b) bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

Bußgeldbescheide gegen Unternehmer	5 105
Bußgeldbescheide gegen Versicherte	8

Im Jahre 1989 wurden von den Technischen Aufsichtsdiensten der Unfallversicherungsträger rd. 170 000 Anordnungen erlassen. Bei dieser Zahl ist zu

berücksichtigen, daß das Durchsetzungsmittel „Anordnung“ bei den einzelnen Unfallversicherungsträgern nicht einheitlich angewandt wird (Übersicht 23).

12. Forschungsprogramm Arbeit und Technik

Wissenschaft und Technik prägen die Arbeitswelt von heute in einem Maße, daß es kaum noch möglich ist, ohne Einsatz fortgeschrittenster wissenschaftlicher Erkenntnisse einen umfassenden Gesundheitsschutz in den Betrieben sicherzustellen. Ganz offensichtlich wird dies im Gefahrstoffbereich; aber die Situation ist im bezug auf andere Belastungs- und Gefährdungsfaktoren kaum anders einzuschätzen. Die Diskussion hierüber hat sich vielfach mit einigen herausgehobenen Arbeitsplätzen oder Problemen befaßt — z. B. mit Bildschirmarbeitsplätzen, radioaktiver Strahlung oder psychomentalen Belastungen. Dies verdeckt aber eher die Tatsache, daß der Arbeits- und Gesundheitsschutz durch eine Fülle weiterer Entwicklung gefordert ist. Die Bundesregierung hat hieraus ihre Konsequenzen gezogen, indem sie der Forschung in diesem Feld beträchtliche Mittel widmet.

Diese Forschung konzentriert sich zum einen auf die Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund, die als nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung den Arbeitsschutz in der Bundesrepublik Deutschland auf verschiedenen Wegen fördert, u. a. durch eigene Forschungsarbeiten und Vergabe von Forschungsaufträgen an Dritte. Die Forschungsplanung der Bundesanstalt wird laufend an die sich ändernden Aufgabenstellungen angepaßt, welche sich nicht zuletzt aus den technischen Entwicklungen in der Arbeitswelt ergeben. Forschung sowie Bemühungen der Bundesanstalt, Forschungsergebnisse in die Praxis einzubringen, verschaffen der Anstalt eine wichtige Funktion für den Ausbau und die Weiterentwicklung des praktischen Arbeitsschutzes.

Eine in diesem Zusammenhang weiter zu erwähnende Maßnahme der Bundesregierung besteht in der im Jahr 1989 erfolgten Einrichtung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms „Arbeit und Technik“, welches das 1974 begonnene Programm „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ abgelöst hat. Das Programm wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sowie dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft getragen; die Durchführung liegt beim Forschungsministerium.

Das Programm Arbeit und Technik steht in der Kontinuität seines Vorgängers. Dies zeigt sich in seinen beiden zentralen Zielsetzungen, die inhaltlich unverändert Bestand haben:

- Schutz der Gesundheit durch Abbau und Abwehr gefährdender Belastungen,
- menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik.

Die Prävention ist als aus Sicht des Arbeitsschutzes wichtiger Schlüsselbegriff prägend für die sozialpoli-

tische Zielorientierung des Programms. Ergänzend dazu stellen die Innovation sowie die Qualifikation weitere Orientierungen dar, die aus Sicht der beiden weiteren am Programm beteiligten Ministerien bedeutsam sind. Die Bundesregierung stellt für dieses Forschungsprogramm gegenwärtig jährlich Fördermittel in Höhe von rd. 100 Mio. DM zur Verfügung.

Da das Programm Arbeit und Technik ein Rahmenprogramm darstellt, werden die Förderziele in besonderen Förderschwerpunkten konkretisiert. Auch diese wurden weitgehend aus dem Humanisierungsprogramm übernommen. Allerdings werden sie nach und nach überprüft, abgeschlossen, überarbeitet oder durch neue Themen ergänzt. Für den Arbeitsschutz wichtige Förderschwerpunkte sind beispielsweise:

- Schutz der Gesundheit beim Einsatz neuer Techniken in der Produktion sowie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Schmiedeindustrie, in der Gießereindustrie, im Bergbau sowie in der Bauwirtschaft,
- Krebsrisiken am Arbeitsplatz,
- Allergische Reaktionen und Erkrankungen,
- Arbeitsbedingungen und Gesundheit,
- Schutz der Gesundheit an Arbeitsplätzen in klimatisierten Räumen,
- Abbau von Belastungen im Hotel- und Gaststättengewerbe,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Pflege und Betreuung von Alten, Kranken und Behinderten.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat u. a. die Aufgabe, die Forschungsergebnisse aus dem Programm durch geeignete Maßnahmen in die Arbeitsschutzpraxis zu transferieren. Diese Maßnahmen reichen von der Information über die Aus- und Fortbildung bis in die Regelsetzung hinein. Ziel solcher Forschungs- und Umsetzungsaktivitäten ist es,

- Beiträge zur Durchführung von Arbeitsschutzmaßnahmen zu entwickeln sowie
- den Arbeitsschutz auf seine zukünftigen Aufgaben vorzubereiten.

13. Wirtschaftlicher Anreiz zur Unfallverhütung

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben nach § 725 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung die Möglichkeit, Zuschläge zum Mitgliedsbeitrag aufzuerlegen oder Nachlässe zu bewilligen; ihre Höhe hat sich nach der Zahl, der Schwere oder den Kosten der Arbeitsunfälle oder nach mehreren dieser Merkmale zu richten. Mit dieser Regelung soll den Mitgliedsunternehmen ein zusätzlicher wirtschaftlicher Anreiz zur Verbesserung der Unfallverhütung gegeben werden.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften nutzen alle diese Möglichkeit, wenden aber unterschiedliche Verfahren an. Es gibt reine Zuschlagsverfahren und

reine Nachlaßverfahren, aber auch Verfahren, die beide Möglichkeiten miteinander kombinieren. Die Verfahren stellen darauf ab, wie sich die Belastung des einzelnen Unternehmens durch Arbeitsunfälle zur Gesamtbelastung des Gewerbezweiges oder aller Mitglieder der Berufsgenossenschaften verhält.

Im Jahre 1989 haben von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 8 ein reines Zuschlagsverfahren und 16 ein reines Nachlaßverfahren durchgeführt; ein kombiniertes Verfahren (Zuschläge und Nachlässe) haben 11 Berufsgenossenschaften angewendet (Schaubild 20).

An Beitragszuschlägen sind im Jahre 1989 insgesamt 182,9 Mio. DM erhoben worden. Dies entspricht 1,7 v. H. des Umlagesolls. Dabei schwanken die Sätze bei den einzelnen Berufsgenossenschaften zwischen 4,8 und 0,1 v. H. der Umlage. Aus diesem Rahmen fallen heraus die Bergbau-Berufsgenossenschaft mit Zuschlägen von 8,1 v. H. des Umlagesolls und die Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaften mit 27,8 v. H. des Umlagesolls. Die Summe der Beitragsnachlässe betrug 530,7 Mio. DM; das sind 4,8 v. H. des Umlagesolls der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Hier bewegen sich die Prozentsätze bei den einzelnen Berufsgenossenschaften zwischen 10,5 und 2,1 v. H. Diese Prozentsätze der Beitragsumverteilung geben nicht das Ausmaß der Be- und Entlastung der einzelnen Mitgliedsunternehmen, sondern lediglich den Durchschnitt der Beitragszuschläge oder -nachlässe, bezogen auf das Beitragsaufkommen aller Mitglieder der Berufsgenossenschaft, wieder. Die Höhe der Zuschläge und Nachlässe sind für die gewerblichen Berufsgenossenschaften in Übersicht 23 des Anhangs ausgewiesen.

14. EG-Richtlinien — Auswirkungen auf den Arbeitsschutz

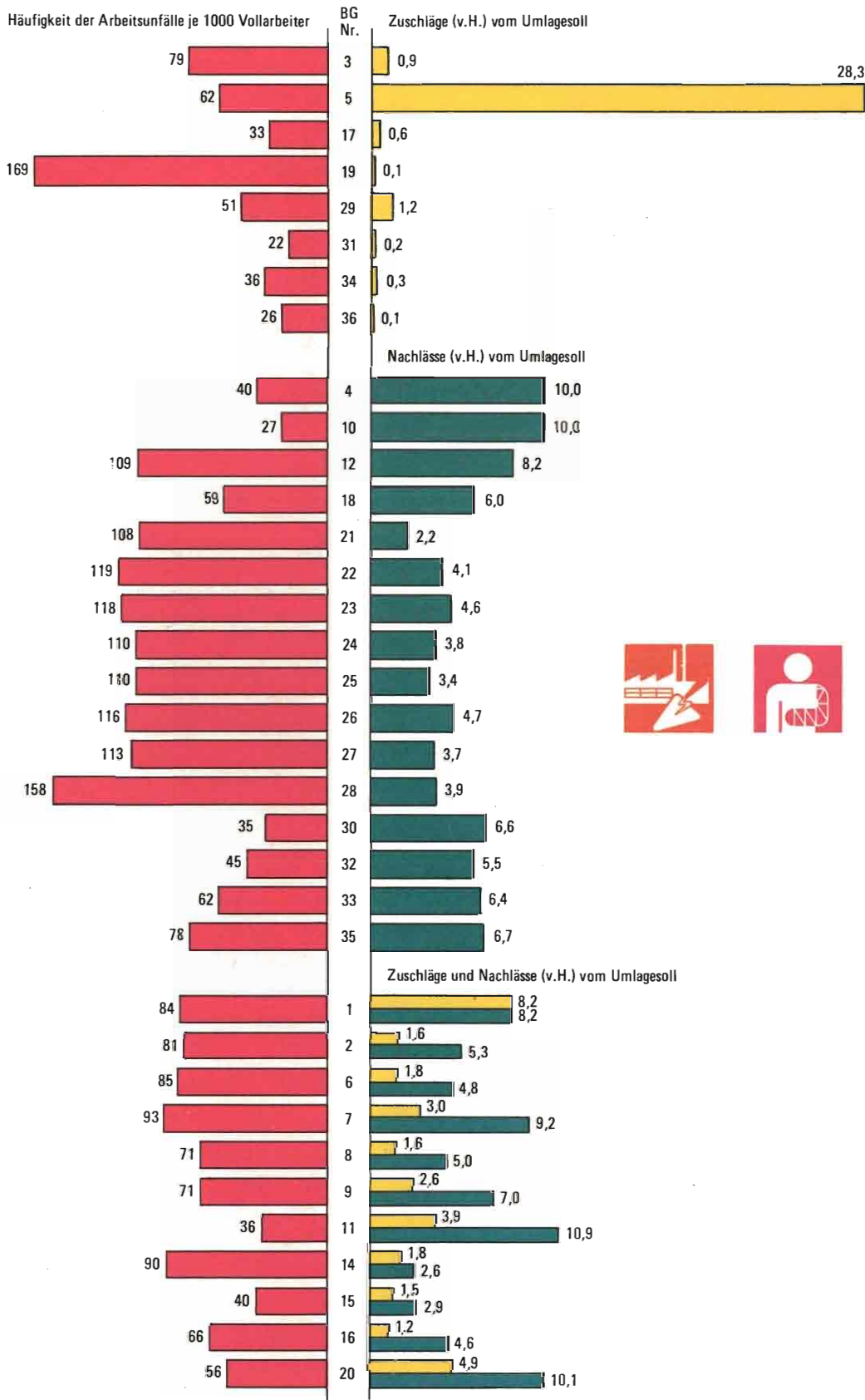
Zum Abbau von Handelshemmnissen bei verkehrsfähigen Produkten hat der Rat im Berichtszeitraum 30 Richtlinien beschlossen, die die Arbeitssicherheit betreffen. Sie regeln Sicherheitsanforderungen und Prüfpflichten bei Maschinen, Geräten und technischen Anlagen sowie die Kennzeichnung und Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung von gefährlichen Stoffen.

Die Richtlinien werden aufgrund des Artikels 100a des EWG-Vertrags erlassen. Es handelt sich um folgende Richtlinien:

- 7. bis 10. Anpassungsrichtlinie zur Richtlinie Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe
- Richtlinie für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von Zubereitungen mit einer Anpassungsrichtlinie
- 2. und 3. Anpassungsrichtlinie zur Richtlinie Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von Anstrichmitteln, Lacken usw.
- eine Änderungs- und eine Anpassungsrichtlinie zur Richtlinie Ammoniumnitrat-Einnährstoffdüngemittel

Schaubild 20

Zuschläge und Nachlässe der gewerblichen Berufsgenossenschaften in v. H.
vom Umlagesoll und Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle
je 1 000 Vollarbeiter im Jahre 1989



- eine Änderungsrichtlinie zur Richtlinie Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe sowie 4. Einzelrichtlinie (Karzinogene) hierzu
- 1. und 2. Änderungsrichtlinie zur Richtlinie über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten
- Richtlinie zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest
- Richtlinie für die Anwendung der Grundsätze der guten Laborpraxis sowie 1. Anpassungsrichtlinie hierzu
- zwei Änderungsrichtlinien zur Richtlinie Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen
- Richtlinie über kraftbetriebene Flurförderzeuge mit einer Anpassungsrichtlinie
- Richtlinie über die Begrenzung des Geräuschemissionspegels von Hydraulikbaggern, Seilbaggern, Planiermaschinen, Ladern und Baggerladern
- Richtlinie über den zulässigen Schalleistungspegel von Turmdrehkränen
- Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Lärm am Arbeitsplatz
- Richtlinie über die Zapfwellen und ihre Schutzvorrichtungen an land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen
- Richtlinie über vor dem Führersitz angebrachte Umsturzschutzvorrichtungen an land- oder forstwirtschaftlichen Schmalspurzugmaschinen
- Richtlinie über bestimmte Bauteile und Merkmale an land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen.

- Richtlinie für einfache Druckbehälter
- Richtlinie über die Sicherheit von Maschinen
- Richtlinie über Anforderungen an Persönliche Schutzausrüstungen

Diese Richtlinien sind im wesentlichen bis auf die drei zuletzt aufgeführten Richtlinien in nationales Recht umgesetzt worden durch eine Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz sowie durch die Gefahrstoffverordnung, Straßenverkehrszulassungsordnung und durch Unfallverhütungsvorschriften.

Durch die Einheitliche Europäische Akte ist mit dem neuen Artikel 118a des EWG-Vertrags die Möglichkeit geschaffen worden, Mindestvorschriften zur Verbesserung der Arbeitsumwelt zu erlassen. Diese Regelung trägt mit bei zur Ausfüllung der im EWG-Vertrag angelegten sozialen Dimension des Binnenmarktes. Die bisher vom Rat beschlossenen Richtlinien beziehen sich auf Regelungen für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz:

- Richtlinie über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (Rahmenrichtlinie) mit Richtlinien über Sicherheit und Gesundheitsschutz
 - in Arbeitsstätten
 - bei der Benutzung von Maschinen
 - bei der Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen
 - für das Heben und Tragen schwerer Lasten
 - bei der Arbeit an Bildschirmgeräten

Diese Richtlinien sind im wesentlichen bis zum Jahr 1993 in nationales Recht umzusetzen. Hierzu sind grundlegende gesetzliche Regelungen erforderlich.

Übersichten

Inhaltsverzeichnis

Übersicht	Seite
I Unfälle (absolute Zahlen)	
1 Angezeigte Unfälle	48
2 Erstmals entschädigte Unfälle	49
3 Tödliche Unfälle	50
4 Unfälle in Schulen und Kindergärten	51
II Unfälle (Häufigkeiten)	
5 Vollarbeiter, Versicherte Arbeitsstunden	52
6 Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter	53
7 Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 Mio. Arbeitsstunden	54
8 Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter	55
9 Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 Mio. Arbeitsstunden	56
10 Angezeigte Wegeunfälle je 1 000 Versicherte	57
11 Erstmals entschädigte Wegeunfälle je 1 000 Versicherte	57
III Berufskrankheiten	
12 Berufskrankheiten-Gesamtzahlen	58
13 Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten	59
14 Erstmals entschädigte Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang	62
15 Todesfälle durch Berufskrankheiten insgesamt	63
IV Gewerbeaufsichtsverwaltung	
16 Personalstand	64
17 Zu beaufsichtigende Betriebe sowie Besichtigungstätigkeit	66
18 Beanstandungen	66
19 Durchsetzungsmaßnahmen	67
V Gesetzliche Unfallversicherung	
20 Personalstand des Technischen Aufsichtsdienstes	68
21 Unternehmen und Versicherte bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften	69
22 Aufsichtstätigkeit des Technischen Aufsichtsdienstes	70
23 Beitragszuschläge und Nachlässe der gewerblichen Berufsgenossenschaften	72
24 Durchsetzungsmaßnahmen	73
25 Sicherheitsbeauftragte	73
26 Schulungskurse	74
VI Kosten, Renten	
27 Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherungsträger	76
28 Aufwendungen für Unfallverhütung und Erste Hilfe	77
29 Renten an Verletzte, Erkrankte und Hinterbliebene	78
VII Gesamtüberblick	
30 Zusammenstellung der Zahlen des Berichtsjahres	79

Tabellen zu den Schaubildern

Tabelle	
1 Arbeitsunfälle	86
2 Arbeitsunfälle der gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie Häufigkeit je 1 Mio. Arbeitsstunden	87
3 Wegeunfälle	88
4 Berufskrankheiten	89
5 Die häufigsten Berufskrankheiten	90
6 Unfallversicherung in Schulen und Kindergärten	91

Übersicht 1

Angezeigte Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle)
in den Jahren 1987 bis 1989

	1989	1988	1987	Veränderung von			
				1988 auf 1989		1987 auf 1988	
				absolut	v.H.	absolut	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Angezeigte Arbeitsunfälle	1 601 847	1 578 995	1 568 813	+22 852	+1,4	+10 182	+ 0,6
davon:							
Gewerbliche							
Berufsgenossenschaften	1 262 374	1 234 634	1 211 517	+27 740	+2,2	+23 117	+ 1,9
Landwirtschaftliche							
Berufsgenossenschaften	171 568	175 537	184 249	- 3 969	-2,3	- 8 712	- 4,7
Eigenunfallversicherung	167 905	168 824	173 047	- 919	-0,5	- 4 223	- 2,4
Angezeigte Wegeunfälle	173 285	174 202	185 538	- 917	-0,5	-11 336	- 6,1
davon:							
Gewerbliche							
Berufsgenossenschaften	140 872	141 914	149 677	- 1 042	-0,7	- 7 763	- 5,2
Landwirtschaftliche							
Berufsgenossenschaften	2 158	2 202	1 927	- 44	-2,0	+ 275	+14,3
Eigenunfallversicherung	30 255	30 086	33 934	+ 169	+ 0,6	-3848	-11,3
Angezeigte Arbeits- und Wege-							
unfälle insgesamt	1 775 132	1 753 197	1 754 351	+21 935	+1,3	- 1 154	- 0,1
davon:							
Gewerbliche							
Berufsgenossenschaften	1 403 246	1 376 548	1 361 194	+26 698	+1,9	+15 354	+ 1,1
Landwirtschaftliche							
Berufsgenossenschaften	173 726	177 739	186 176	- 4 013	-2,3	- 8 437	- 4,5
Eigenunfallversicherung	198 160	198 910	206 981	- 750	-0,4	- 8 071	- 3,9

Erstmals entschädigte Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle)
in den Jahren 1987 bis 1989

	1989	1988	1987	Veränderung von			
				1988 auf 1989		1987 auf 1988	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle	43 707	46 192	47 337	-2485	- 5,4	-1145	- 2,4
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	30 840	32 256	32 537	-1416	- 4,4	- 281	- 0,9
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	10 003	10 558	11 453	- 555	- 5,3	- 895	- 7,8
Eigenunfallversicherung	2 864	3 378	3 347	- 514	-15,2	+ 31	+ 0,9
Erstmals entschädigte Wegeunfälle	8 716	9 724	10 765	-1008	-10,4	+ 1 041	- 9,7
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	7 431	8 189	9 024	- 758	- 9,3	- 835	- 9,3
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	156	183	191	- 27	-14,8	- 8	- 4,2
Eigenunfallversicherung	1 129	1 352	1 550	- 223	-16,5	- 198	-12,8
Erstmals entschädigte Arbeits- und Wegeunfälle insgesamt	52 423	55 916	58 102	-3493	- 6,2	-2186	- 3,8
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	38 271	40 445	41 561	-2174	- 5,4	-1116	- 2,7
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	10 159	10 741	11 644	- 582	- 5,4	- 903	- 7,8
Eigenunfallversicherung	3 993	4 730	4 897	- 737	-15,6	- 167	- 3,4

Übersicht 3

Tödliche Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle)
in den Jahren 1987 bis 1989

	1989	1988	1987	Veränderung von			
				1988 auf 1989		1987 auf 1988	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Erstmals entschädigte tödliche Arbeitsunfälle	1 515	1 605	1 524	– 90	– 5,6	+ 81	+ 5,3
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 098	1 130	1 057	– 32	– 2,8	+ 73	+ 6,9
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	330	363	356	– 33	– 9,1	+ 7	+ 2,0
Eigenunfallversicherung	87	112	111	– 25	–22,3	+ 1	+ 0,9
Erstmals entschädigte tödliche Wegeunfälle	742	755	725	– 13	– 1,7	+ 30	+ 4,1
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	664	646	637	+ 18	+ 2,8	+ 9	+ 1,4
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	14	25	19	– 11	–44,0	+ 6	+31,6
Eigenunfallversicherung	64	84	69	– 20	–23,8	+ 15	+21,7
Erstmals entschädigte tödliche Arbeitsunfälle, und Wegeunfälle insgesamt	2 257	2 360	2 249	–103	– 4,4	+111	+ 4,9
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 762	1 776	1 694	– 14	– 0,8	+ 82	+ 4,8
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	344	388	375	– 44	–11,3	+ 13	+ 3,5
Eigenunfallversicherung	151	196	180	– 45	–23,0	+ 16	+ 8,9

Unfälle (Schul- und Wegeunfälle) der Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten
— Eigenunfallversicherungsträger —
in den Jahren 1987 bis 1989

	1989	1988	1987	Veränderung von			
				1988 auf 1989		1987 auf 1988	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
Angezeigte Unfälle	973 218	994 349	991 947	-21 131	- 2,1	+2 402	+0,2
davon:							
Schulunfälle	884 182	902 057	897 810	-17 875	- 2,0	+4 247	+0,5
Wegeunfälle	89 036	92 292	94 137	- 3 256	- 3,5	-1 845	-2,0
Erstmals entschädigte Unfälle	2 995	3 461	3 520	- 466	-13,5	- 59	-1,7
davon:							
Schulunfälle	1 961	2 272	2 267	- 311	-13,7	+ 5	+0,2
Wegeunfälle	1 034	1 189	1 253	- 155	-13,0	- 64	-5,1
Tödliche Unfälle	88	125	133	- 37	-29,6	- 8	-6,0
davon:							
Schulunfälle	19	19	21	+ 0	+ 0,0	- 2	-9,5
Wegeunfälle	69	106	112	- 37	-34,9	- 6	-5,4

Übersicht 5

Vollarbeiter, Versicherte, Arbeitsstunden
in den Jahren 1987 bis 1989
in 1000

	1989	1988	1987	Veränderung von	
				1988 auf 1989 v.H.	1987 auf 1988 v.H.
1	2	3	4	5	6
Vollarbeiter					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	24454,4	23867,8	23312,1	+2,5	+2,4
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	1830,6	1873,6	1917,7	-2,3	-2,3
Eigenunfallversicherung	3475,0	3426,4	3423,8	+1,4	+0,1
insgesamt	29760,0	29167,8	28653,6	+2,0	+1,8
Versicherte					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	30026,8	29238,9	27908,8	+2,7	+4,8
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	4017,8	4054,1	4101,0	-0,9	-1,1
Eigenunfallversicherung	6257,1	6427,7	6841,8	-2,7	-6,1
insgesamt	40301,7	39720,7	38851,6	+1,5	+2,2
Arbeitsstunden					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	39371662	38665768	37765675	+1,8	+2,4

**Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter
in den Jahren 1987 bis 1989**

Nr. der BG		1989	1988	1987
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	84	73	83
2	Steinbruchs-BG	81	79	82
3	BG der keramischen und Glasindustrie	79	79	79
4	BG der Gas- und Wasserwerke	40	42	42
5	Hütten- und Walzwerks-BG	62	63	61
6	Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-BG	85	85	86
7	Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG	93	92	93
8	Süddeutsche Eisen- und Stahl-BG	71	71	72
9	Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-BG	71	68	69
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	27	26	26
11	BG der chemischen Industrie	36	35	35
12	Holz-BG	109	112	113
14	Papiermacher-BG	90	110	117
15	BG Druck und Papierverarbeitung	40	41	42
16	Lederindustrie-BG	66	80	79
17	Textil- und Bekleidungs-BG	33	33	34
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	59	61	61
19	Fleischerei-BG	169	174	179
20	Zucker-BG	56	58	60
21	Bau-BG Hamburg	108	105	107
22	Bau-BG Hannover	119	116	111
23	Bau-BG Wuppertal	118	118	116
24	Bau-BG Frankfurt am Main	110	107	105
25	Südwestliche Bau-BG	110	108	112
26	Württembergische Bau-BG	116	116	116
27	Bayerische Bau-BG	113	117	109
28	Tiefbau-BG	158	155	156
29	Großhandels- und Lagerei-BG	51	51	51
30	BG für den Einzelhandel	35	37	36
31	Verwaltungs-BG	22	21	20
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen ...	45	45	46
33	BG für Fahrzeughaltungen	62	66	68
34	See-BG	35	34	35
35	Binnenschifffahrts-BG	78	85	85
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege .	26	27	23
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		52	52	52
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		94	94	96
Eigenunfallversicherung		48	49	51
Versicherungsträger insgesamt		54	54	55

Übersicht 7

Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 Mio. Arbeitsstunden
in den Jahren 1987 bis 1989

Nr. der BG		1989	1988	1987
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	52	45	51
2	Steinbruchs-BG	50	48	50
3	BG der keramischen und Glas-Industrie	49	49	49
4	BG der Gas- und Wasserwerke	25	26	26
5	Hütten- und Walzwerks-BG	39	39	38
6	Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-BG	53	52	53
7	Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG	58	57	57
8	Süddeutsche Eisen- und Stahl-BG	44	44	45
9	Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-BG	44	42	43
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	17	16	16
11	BG der chemischen Industrie	22	21	22
12	Holz-BG	68	69	70
14	Papiermacher-BG	56	68	72
15	BG Druck und Papierverarbeitung	25	25	26
16	Lederindustrie-BG	41	49	49
17	Textil- und Bekleidungs-BG	21	20	21
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	37	38	38
19	Fleischerei-BG	105	108	110
20	Zucker-BG	35	36	37
21	Bau-BG-Hamburg	67	65	66
22	Bau-BG Hannover	74	72	68
23	Bau-BG Wuppertal	73	73	72
24	Bau-BG Frankfurt am Main	68	66	65
25	Südwestliche Bau-BG	68	67	69
26	Württembergische Bau-BG	72	71	71
27	Bayerische Bau-BG	70	72	67
28	Tiefbau-BG	98	96	97
29	Großhandels- und Lagerei-BG	32	31	32
30	BG für den Einzelhandel	22	23	22
31	Verwaltungs-BG	13	13	12
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen ...	28	28	28
33	BG für Fahrzeughaltungen	38	41	42
34	See-BG	22	21	22
35	Binnenschifffahrts-BG	49	53	53
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege .	16	17	14
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		32	32	32

**Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter
in den Jahren 1987 bis 1989**

Nr. der BG		1989	1988	1987
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	7,8	9,0	8,6
2	Steinbruchs-BG	3,0	3,4	3,2
3	BG der keramischen und Glasindustrie	1,9	1,9	2,0
4	BG der Gas- und Wasserwerke	1,1	1,1	1,1
5	Hütten- und Walzwerks-BG	2,4	2,6	2,8
6	Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-BG	2,7	3,0	3,2
7	Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG	1,3	1,4	1,4
8	Süddeutsche Eisen- und Stahl-BG	1,0	1,1	1,1
9	Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-BG	0,7	0,9	0,9
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	0,7	0,7	0,7
11	BG der chemischen Industrie	0,9	1,1	1,1
12	Holz-BG	2,3	2,5	2,6
14	Papiermacher-BG	2,3	2,5	2,6
15	BG Druck und Papierverarbeitung	1,0	1,0	1,2
16	Lederindustrie-BG	1,4	1,3	1,1
17	Textil- und Bekleidungs-BG	0,8	0,8	0,8
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	1,1	1,2	1,2
19	Fleischerei-BG	2,1	2,7	2,7
20	Zucker-BG	2,2	2,8	2,5
21	Bau-BG Hamburg	2,9	3,3	3,1
22	Bau-BG Hannover	3,2	3,5	3,1
23	Bau-BG Wuppertal	3,9	4,2	4,2
24	Bau-BG Frankfurt am Main	2,7	3,4	3,4
25	Südwestliche Bau-BG	3,0	3,4	3,4
26	Württembergische Bau-BG	3,5	3,8	3,2
27	Bayerische Bau-BG	3,6	3,2	3,2
28	Tiefbau-BG	4,2	4,4	4,9
29	Großhandels- und Lagerei-BG	1,4	1,5	1,6
30	BG für den Einzelhandel	0,9	0,9	1,1
31	Verwaltungs-BG	0,4	0,4	0,4
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen ...	0,9	0,9	0,9
33	BG für Fahrzeughaltungen	2,3	2,5	2,7
34	See-BG	3,1	3,5	3,6
35	Binnenschifffahrts-BG	4,1	2,6	3,2
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege .	0,5	0,6	0,4
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		1,3	1,4	1,4
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		5,5	5,6	6,0
Eigenunfallversicherung		0,8	1,0	1,0
Versicherungsträger insgesamt		1,5	1,6	1,7

Übersicht 9

**Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 Mio. Arbeitsstunden
in den Jahren 1987 bis 1989**

Nr. der BG		1989	1988	1987
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	4,8	5,5	5,3
2	Steinbruchs-BG	1,9	2,1	2,0
3	BG der keramischen und Glasindustrie	1,2	1,2	1,3
4	BG der Gas- und Wasserwerke	0,7	0,7	0,7
5	Hütten- und Walzwerks-BG	1,5	1,6	1,7
6	Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-BG	1,7	1,9	1,9
7	Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG	0,8	0,9	0,9
8	Süddeutsche Eisen- und Stahl-BG	0,6	0,7	0,7
9	Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-BG	0,4	0,5	0,5
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	0,4	0,5	0,5
11	BG der chemischen Industrie	0,6	0,7	0,7
12	Holz-BG	1,5	1,5	1,6
14	Papiermacher-BG	1,4	1,5	1,6
15	BG Druck und Papierverarbeitung	0,6	0,6	0,8
16	Lederindustrie-BG	0,9	0,8	0,7
17	Textil- und Bekleidungs-BG	0,5	0,5	0,5
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	0,7	0,7	0,8
19	Fleischerei-BG	1,3	1,6	1,6
20	Zucker-BG	1,4	1,7	1,5
21	Bau-BG Hamburg	1,8	2,0	1,9
22	Bau-BG Hannover	2,0	2,2	1,9
23	Bau-BG Wuppertal	2,5	2,6	2,6
24	Bau-BG Frankfurt am Main	1,7	2,1	2,1
25	Südwestliche Bau-BG	1,9	2,1	2,1
26	Württembergische Bau-BG	2,2	2,3	2,0
27	Bayerische Bau-BG	2,2	2,0	2,0
28	Tiefbau-BG	2,6	2,7	3,0
29	Großhandels- und Lagerei-BG	0,9	0,9	1,0
30	BG für den Einzelhandel	0,6	0,6	0,7
31	Verwaltungs-BG	0,2	0,2	0,3
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen ...	0,5	0,5	0,6
33	BG für Fahrzeughaltungen	1,4	1,5	1,6
34	See-BG	1,9	2,2	2,2
35	Binnenschifffahrts-BG	2,5	1,6	2,0
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege .	0,3	0,3	0,3
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		0,8	0,8	0,9

Übersicht 10

Angezeigte Wegeunfälle je 1 000 Versicherte
in den Jahren 1987 bis 1989

gesetzliche Unfallversicherung	1989	1988	1987
1	2	3	4
Versicherungsträger insgesamt	4,30	4,39	4,78
davon:			
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	4,69	4,85	5,36
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	0,54	0,54	0,47
Eigenunfallversicherung	4,84	4,68	4,96

Übersicht 11

Erstmals entschädigte Wegeunfälle je 1 000 Versicherte
in den Jahren 1987 bis 1989

gesetzliche Unfallversicherung	1989	1988	1987
1	2	3	4
Versicherungsträger insgesamt	0,22	0,24	0,28
davon:			
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	0,25	0,28	0,32
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	0,04	0,05	0,05
Eigenunfallversicherung	0,18	0,21	0,23

Übersicht 12

Berufskrankheiten — Gesamtzahlen
in den Jahren 1987 bis 1989

	1989	1988	1987	Veränderung von			
				1988 auf 1989		1987 auf 1988	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit	54 467	51 747	47 265	+ 2 720	+ 5,3	+ 4 482	+ 9,5
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	48 975	46 280	42 625	+ 2 695	+ 5,8	+ 3 655	+ 8,6
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	1 775	1 835	1 574	- 60	- 3,3	+ 261	+ 16,6
Eigenunfallversicherung	3 717	3 632	3 066	+ 85	+ 2,3	+ 566	+ 18,5
Erstmals entschädigte Berufskrankheiten	4 400	4 048	3 760	+ 352	+ 8,7	+ 288	+ 7,7
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	3 941	3 660	3 321	+ 281	+ 7,7	+ 339	+ 10,2
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	196	161	186	+ 35	+ 21,7	- 25	- 13,4
Eigenunfallversicherung	263	227	253	+ 36	+ 15,9	- 26	- 10,3
Erstmals entschädigte Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang	300	285	275	+ 15	+ 5,3	+ 10	+ 3,6
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	289	278	262	+ 11	+ 4,0	+ 16	+ 6,1
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	4	2	1	+ 2	+ 100,0	+ 1	+ 100,0
Eigenunfallversicherung	7	5	12	- 2	+ 40,0	- 7	- 58,3

**Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten
in den Jahren 1987 bis 1989**

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals ent- schädigte Fälle		
		1989	1988	1987	1989	1988	1987
1	Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten						
11	Metalle und Metalloide						
1101	Erkrankungen durch <i>Blei</i> oder seine Verbindungen	151	116	158	2	10	2
1102	Erkrankungen durch <i>Quecksilber</i> oder seine Verbindungen	38	46	27	2	0	0
1103	Erkrankungen durch <i>Chrom</i> oder seine Verbindungen	84	69	97	9	10	13
1104	Erkrankungen durch <i>Cadmium</i> oder seine Verbindungen	10	34	9	0	2	2
1105	Erkrankungen durch <i>Mangan</i> oder seine Verbindungen	2	1	3	0	0	0
1106	Erkrankungen durch <i>Thallium</i> oder seine Verbindungen	0	1	0	0	0	0
1107	Erkrankungen durch <i>Vanadium</i> oder seine Verbindungen	3	1	2	0	0	0
1108	Erkrankungen durch <i>Arsen</i> oder seine Verbindungen	39	45	36	19	12	16
1109	Erkrankungen durch <i>Phosphor</i> oder seine anorganischen Ver- bindungen	9	10	8	0	0	0
1110	Erkrankungen durch <i>Beryllium</i> oder seine Verbindungen	1	3	2	0	0	1
12	Erstickungsgase						
1201	Erkrankungen durch <i>Kohlenmonoxyd</i>	136	153	189	0	3	3
1202	Erkrankungen durch <i>Schwefelwasserstoff</i>	32	31	23	1	2	2
13	Lösemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) und sonstige chemische Stoffe						
1301	Schleimhautveränderungen, Krebs oder andere Neubildun- gen der Harnwege durch aromatische <i>Amine</i>	105	106	81	39	29	30
1302	Erkrankungen durch <i>Halogenkohlenwasserstoffe</i>	613	540	432	18	10	11
1303	Erkrankungen durch <i>Benzol</i> oder seine Homologe	212	171	185	20	13	12
1304	Erkrankungen durch Nitro- oder Aminoverbindungen des <i>Benzols</i> oder seiner Homologe oder ihrer Abkömmlinge	121	112	115	0	1	2
1305	Erkrankungen durch <i>Schwefelkohlenstoff</i>	4	4	6	0	0	0
1306	Erkrankungen durch Methylalkohol (<i>Methanol</i>)	43	21	25	0	0	0
1307	Erkrankungen durch organische Phosphorverbindungen	22	29	29	0	0	2
1308	Erkrankungen durch <i>Fluor</i> oder seine Verbindungen	71	88	112	2	0	5
1309	Erkrankungen durch <i>Salpetersäureester</i>	11	5	9	0	0	0
1310	Erkrankungen durch halogenierte Alkyl-, Aryl- oder Alkyl- aryloxide	139	166	190	5	3	4
1311	Erkrankungen durch halogenierte Alkyl-, Aryl- oder Alkyl- arylsulfide	1	5	2	0	0	0
1312	Erkrankungen der Zähne durch <i>Säuren</i>	819	1132	932	0	0	0
1313	Hornhautschädigungen des Auges durch <i>Benzochinon</i>	1	2	2	0	0	0
1314 ¹⁾	Erkrankungen durch paratertiär-Buthylphenol	3	2	7	0	0	—
2	Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten						
21	Mechanische Einwirkungen						
2101	Erkrankungen der <i>Sehnenscheiden</i> oder des Sehnengleitge- webes, sowie der Sehnen- oder Muskelansätze, die zur Un- terlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufle- ben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	2096	1724	1735	7	5	7

¹⁾ Neu aufgenommen mit Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung vom 22. März 1988, die am 1. April 1988 in Kraft getreten ist.

noch Übersicht 13

noch Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten
in den Jahren 1987 bis 1989

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals ent- schädigte Fälle		
		1989	1988	1987	1989	1988	1987
2102 ²⁾	Meniskusschäden nach mehrjährigen andauernden oder häufig wiederkehrenden, die Kniegelenke überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten	2 193	1 884	965	250	269	244
2103	Erkrankungen durch Erschütterung bei Arbeit mit Druckluftwerkzeugen oder gleichartig wirkenden Werkzeugen oder Maschinen	631	651	727	121	160	156
2104	Vibrationsbedingte Durchblutungsstörungen an den Händen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	69	74	76	18	10	6
2105	Chronische Erkrankungen der Schleimbeutel durch ständigen Druck	662	517	435	6	5	2
2106	Drucklähmungen der Nerven	75	40	45	2	3	3
2107	Abrißbrüche der Wirbelfortsätze	48	39	34	0	0	0
22	Druckluft						
2201	Erkrankungen durch Arbeit in Druckluft	33	61	33	4	0	3
23	Lärm						
2301	Lärmschwerhörigkeit	10 147	10 826	10 516	1 185	1 052	1 023
24	Strahlen						
2401	Grauer Star durch Wärmestrahlung	15	15	16	5	2	3
2402	Erkrankungen durch ionisierende Strahlen	72	55	461	6	1	4
3	Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten						
3101	Infektionskrankheiten, wenn der Versicherte im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium tätig oder durch eine andere Tätigkeit der Infektionsgefahr in ähnlichem Maße besonders ausgesetzt war	1 501	1 491	1 431	227	218	218
3102	Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten	770	927	839	32	19	18
3103	Wurmkrankheit der Bergleute, verursacht durch Ankylostoma duodenale oder Strongyloides stercoralis	2	3	4	0	0	0
3104	Tropenkrankheiten, Fleckfieber	485	481	550	21	13	16
4	Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und Bauchfells						
41	Erkrankungen durch anorganische Stäube						
4101	Quarzstaublungenenerkrankung (Silikose)	2 753	2 709	2 888	545	599	606
4102	Quarzstaublungenenerkrankung in Verbindung mit aktiver Lungentuberkulose (Siliko-Tuberkulose)	109	115	109	68	81	77
4103 ²⁾	Asbeststaublungenenerkrankungen (Asbestose) oder durch Asbeststaub verursachte Erkrankung der Pleura	1 800	1 454	1 106	266	234	175
4104 ²⁾	Lungenkrebs in Verbindung mit Asbeststaublungenenerkrankungen (Asbestose) oder mit durch Asbeststaub verursachter Erkrankung der Pleura	495	383	232	125	100	53

²⁾ Erweitert bzw. ergänzt mit Verordnung (s. 1).

noch Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten
in den Jahren 1987 bis 1989

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals ent- schädigte Fälle		
		1989	1988	1987	1989	1988	1987
4105	Durch Asbest verursachtes Mesotheliom des Rippenfells und des Bauchfells	405	435	326	273	228	198
4106	Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lungen durch Aluminium oder seine Verbindungen	29	29	22	2	1	3
4107	Erkrankungen an Lungenfibrose durch Metallstäube bei der Herstellung oder Verarbeitung von Hartmetallen	62	67	47	4	0	7
4108	Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Thomasmehl (Thomasphosphat)	4	4	3	0	0	0
4109 ¹⁾	Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Nickel oder seine Verbindungen	11	7	—	2	0	—
4110 ¹⁾	Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Kokereigase	34	25	—	14	1	—
42	Erkrankungen durch organische Stäube						
4109 ²⁾	Exogen-allergische Alveolitis	283	267	219	82	74	92
4202 ²⁾	Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Rohbaumwoll-, Rohflachs- oder Rohhanfstaub (Byssinose)	16	11	27	1	1	3
4203 ¹⁾	Adenkarzinome der nasenhaupt- und Nasennebenhöhlen durch Stäube von Eiceehn- oder Buchenholz	37	46	—	17	12	—
43	Obstruktive Atemwegserkrankungen						
4301 ²⁾	Durch allergisierende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen (einschließlich Rhinopathie), die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	4868	4476	3936	231	241	219
4302	Durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	1563	1394	1136	84	61	41
5	Hautkrankheiten						
5101	Schwere oder wiederholt rückfällige Hauterkrankungen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	18444	16737	15499	663	508	408
5102	Hautkrebs oder zur Krebsbildung neigende Hautveränderungen durch Ruß, Rohparaffin, Teer, Anthrazen, Pech oder ähnliche Stoffe	39	22	41	7	10	8
6	Krankheiten sonstiger Ursache						
6101	Augenzittern der Bergleute	11	1	8	0	0	0
	Berufskrankheiten insgesamt	52321	49863	45744	4385	4003	3698
	Fälle nach § 551 Abs. 2 RVO	0	0	0	15	45	62
	Sonstige Anzeigen	2146	1884	1521	0	0	0
	Insgesamt	54467	51747	47265	4400	4048	3760

¹⁾ Neu aufgenommen mit Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung vom 22. März 1988, die am 1. April 1988 in Kraft getreten ist.

²⁾ Erweitert bzw. ergänzt mit Verordnung (s. ¹⁾).

Übersicht 14

Erstmals entschädigte Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang
in den Jahren 1987 bis 1989

1	1989	1988	1987	Veränderung von	
				1988 auf 1989 absolut	1987 auf 1988 absolut
2	3	4	5	6	
Versicherungsträger insgesamt	300	285	275	+15	+10
davon:					
Gewerbliche Berufsgenossen-					
schaften	289	278	262	+11	+16
Landwirtschaftliche Berufsgenossen-					
schaften	4	2	1	+ 2	+ 1
Eigenunfallversicherung	7	5	12	+ 2	- 7
Bkh Nr.					
darunter: Berufskrankheiten mit der höchsten Zahl an Todesfällen					
11 03 Erkrankungen durch Chrom oder					
seine Verbindungen	2	5	4	- 3	+ 1
11 08 Erkrankungen durch Arsen oder					
seine Verbindungen	10	5	4	+ 5	+ 1
13 01 Schleimhautveränderungen, Krebs					
oder andere Neubildungen der Harn-	5	5	4		+ 1
wege durch aromatische Amine					
13 02 Erkrankungen durch Halogenkohlen-					
wasserstoffe	5	6	5	- 1	+ 1
13 03 Erkrankungen durch Benzol oder					
seine Homologe	6	4	4	+ 2	
31 01 Infektionskrankheiten	1	2	5	- 1	- 3
41 01 Quarzstaublungenerkrankung					
(Silikose)	26	37	49	-11	-12
41 02 Quarzstaublungenerkrankung in					
Verbindung mit aktiver Lungentuber-	17	17	17		
kulose (Siliko-Tuberkulose)					
41 03 Asbeststaublungenerkrankung					
(Asbestose) oder durch Asbeststaub	6	11	9	- 5	+ 2
verursachte Erkrankung der Pleura .					
41 04 Lungenkrebs in Verbindung mit As-					
beststaublungenerkrankung (As-	58	59	27	- 1	+32
bestose) oder mit durch Asbeststaub					
verursachter Erkrankung der Pleura					
41 05 Durch Asbest verursachtes Meso-					
thelium des Rippenfells und des	125	101	117	+24	-16
Bauchfells					
42 03 ¹⁾ Adenokarzinom der Nasenhaupt-					
oder Nasennebenhöhlen durch	7	6	-	+ 1	-
Stäube von Eichen- oder Buchenholz					
43 01 Durch allergisierende Stoffe verur-					
sachte obstruktive Atemwegserkran-	3	5	5	- 2	0
kungen (einschließlich Rhinopathie),					
die zur Unterlassung aller Tätigkeiten					
gezwungen haben, die für die Entste-					
hung, die Verschlimmerung oder das					
Wiederaufleben der Krankheit ur-					
sächlich waren oder sein können...					

¹⁾ Neu aufgenommen mit Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung vom 22. März 1988, die am 1. April 1988 in Kraft getreten ist.

Todesfälle durch Berufskrankheiten
(gewerbliche Wirtschaft)

Jahr	Berufskrank- heitenrentner zu Jahresbeginn	Verstorbene Berufskrankheitenrentner		erstmal entschädigte tödliche Berufs- krankheiten	Todesfälle durch Berufs- krankheiten insgesamt
		insgesamt	BK-Todesursache oder Mitursache		
1976	71 587	3 369	1 747	147	1 894
1977	73 921	3 222	1 666	163	1 829
1978	73 797	3 289	1 961	148	2 109
1979	75 105	3 836	1 788	159	1 947
1980	74 130	3 688	1 932	174	2 106
1981	74 987	3 796	1 656	201	1 857
1982	75 675	3 539	1 783	189	1 972
1983	76 026	3 768	1 557	174	1 731
1984	75 653	3 610	1 556	209	1 765
1985	74 829	2 738	1 296	192	1 488
1986	74 094	3 488	1 297	251	1 548
1987	73 206	3 319	1 193	262	1 455
1988	71 983	3 243	1 085	278	1 363
1989	71 736	3 160	992	289	1 281

Übersicht 16

**Personalstand der Gewerbeaufsicht
in den Jahren 1987 bis 1989 nach Ländern**

	Jahr	Ortsinstanz (Gewerbeaufsichtsbehörde)				Mittelinstanz		
		Gewerbeaufsichtsbeamte mit Aufsichtstätigkeit				Gewerbeaufsichtsbeamte		
		höherer	gehobener	mittlerer	insgesamt	höherer	gehobener	insgesamt
		Dienst				Dienst		
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Personal insgesamt	1989	511	1 298	1 260	3 069	59	62	121
	1988	517	1 320	1 278	3 115	66	58	124
	1987	494	1 251	1 264	3 009	62	56	118
davon in:								
Schleswig-Holstein	1989	19	71	28	118	—	—	—
	1988	18	65	28	111	—	—	—
	1987	17	58	30	105	—	—	—
Hamburg	1989	16	58	21	95	—	—	—
	1988	14	56	19	89	—	—	—
	1987	15	58	19	92	—	—	—
Niedersachsen	1989	60	168	99	327	13	10	23
	1988	49	147	98	294	13	6	19
	1987	45	121	101	267	12	6	18
Bremen	1989	6	18	22	46	—	—	—
	1988	6	19	23	48	—	—	—
	1987	6	16	23	45	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	1989	141	413	684	1 238	24	42	66
	1988	137	424	678	1 239	27	38	65
	1987	134	407	666	1 207	27	38	65
Hessen	1989	30	69	28	127	2	4	6
	1988	56	127	51	235	7	8	15
	1987	54	125	52	231	8	7	15
Rheinland-Pfalz	1989	22	51	52	125	10	4	14
	1988	22	52	53	127	8	4	12
	1987	19	49	53	121	7	4	11
Baden-Württemberg	1989	114	197	99	410	10	2	12
	1988	111	184	98	393	11	2	13
	1987	101	170	99	370	8	1	9
Bayern	1989	81	180	186	450	—	—	—
	1988	82	175	188	445	—	—	—
	1987	83	180	180	443	—	—	—
Saarland	1989	7	24	20	51	—	—	—
	1988	8	23	20	51	—	—	—
	1987	6	23	19	48	—	—	—
Berlin (West)	1989	12	49	21	82	—	—	—
	1988	14	48	22	84	—	—	—
	1987	14	44	22	80	—	—	—

b, keine Einzelangabe

Oberste Aufsichtsbehörden				Personal insgesamt		Gewerbeaufsichtsbeamte in der Ausbildung			
Gewerbeaufsichtsbehörde									
höherer	geho- bener	mitt- lerer	ins- gesamt	Gewerbe- aufsichts- beamte	Ärzte	höherer	geho- bener	mittlerer	ins- gesamt
Dienst						Dienst			
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
79	66	2	147	3 337	94	86	181	71	338
73	65	1	139	3 378	92	82	127	74	283
75	62	1	138	3 265	89	67	136	88	344
11	14	1	26	144	2	4	9	1	14
9	14	—	23	134	2	—	11	—	11
9	14	—	23	128	1	1	20	—	21
—	—	—	—	95	4	2	13	—	15
—	—	—	—	89	4	2	5	4	11
—	—	—	—	92	4	2	—	7	9
3	4	—	7	357	6	16	28	8	52
3	3	—	6	319	6	18	27	—	45
3	3	—	6	293	6	20	37	5	62
1	—	—	1	47	2	—	2	4	6
1	—	—	1	49	2	—	1	1	2
1	—	—	1	46	2	—	3	4	7
7	9	—	16	1 320	25	44	72	55	171
6	9	—	15	1 319	22	34	21	49	104
5	9	—	14	1 286	24	19	25	50	94
5	2	—	7	140	8	6	9	3	18
9	5	—	14	264	6	13	20	5	38
9	5	—	14	260	5	12	18	5	35
6	4	—	10	149	5	—	—	—	—
6	4	—	10	149	5	—	—	—	—
6	4	—	10	142	4	5	5	1	11
27	14	—	41	463	14	— ¹⁾	— ¹⁾	— ¹⁾	53
21	14	—	35	441	14	— ¹⁾	— ¹⁾	— ¹⁾	54
20	13	—	33	412	12	— ¹⁾	— ¹⁾	— ¹⁾	53
14	13	1	28	478	16	11	37	—	48
14	10	1	25	470	19	12	33	—	45
13	10	1	24	467	19	6	16	14	36
—	—	—	—	51	—	1	—	—	1
—	—	—	—	51	—	1	2	1	4
5	3	—	8	56	—	2	3	1	6
5	6	—	11	93	12	2	11	—	13
4	6	—	10	94	12	2	7	—	9
4	4	—	8	88	12	—	9	1	10

Übersicht 17

Zu beaufsichtigende Betriebe sowie Besichtigungstätigkeit
für die Jahre 1988 und 1989

	Betriebe mit . . . Arbeitnehmern				
	1 bis 19	20 bis 199	200 bis 999	1 000 und mehr	insgesamt
	1	2	3	4	5
Zahl der Betriebe					
1989	1 602 881	131 355	11 600	1 572	1 747 408
1988	1 610 165	130 806	11 697	1 561	1 754 229
Zahl der Arbeitnehmer					
1989	5 835 976	6 587 118	4 449 536	3 658 871	20 531 501
1988	5 808 578	6 575 302	4 483 738	3 736 544	20 604 160
Zahl der besichtigten Betriebe					
1989	222 384	44 811	7 454	1 217	257 866
1988	240 748	48 401	7 742	1 408	298 299
Gesamtzahl der Besichtigungen					
1989	310 499	94 030	27 127	9 865	709 459 ¹⁾
1988	329 612	96 507	28 040	10 574	695 208 ¹⁾

¹⁾ In der Gesamtzahl der Besichtigungen sind im Jahre 1989 auch ca. 270 000 Besichtigungen (1988: 230 000) enthalten, die nicht in der Betriebsstatistik erfaßt sind. Es handelt sich um Besichtigungen von Baustellen, überwachungsbedürftigen Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.

Übersicht 18

Beanstandungen der Gewerbeaufsicht
in 1989

	Festgestellte Beanstandungen insgesamt	davon Beanstandungen auf Grund von		
		Unfallverhütung und Gesundheitsschutz	Sozialer Arbeitsschutz	Arbeitsschutz in der Seeschifffahrt
1	2	3	4	5
Beanstandungen insgesamt	1 163 711	1 002 607	158 372	2 732
davon in:				
Schleswig-Holstein	17 094	15 811	1 281	2
Hamburg	20 873	17 998	920	1 955
Niedersachsen	95 132	80 719	13 639	774
Bremen	6 277	5 884	392	1
Nordrhein-Westfalen	377 074	328 436	48 638	—
Hessen	26 716	20 660	6 056	—
Rheinland-Pfalz	52 257	48 191	4 066	—
Baden-Württemberg	123 777	111 053	12 724	—
Bayern	386 446	333 465	52 981	—
Saarland	19 633	16 618	2 415	—
Berlin (West)	39 095	23 772	15 323	—

Durchsetzungsmaßnahmen der Gewerbeaufsicht¹⁾
in den Jahren 1987 bis 1989

	Jahr	Zahl der				
		Anordnungen	Verwarnungen	Bußgeldbescheide	Strafanzeigen	gerichtlichen Strafen
1	2	3	4	5	6	7
Anordnungen, Verwarnungen, Bußgeldbescheide, Strafanzeigen insgesamt	1989	7 469	1 900³⁾	1 276³⁾	77	104⁴⁾
	1988	6 804	1 909 ³⁾	903 ³⁾	67	51 ⁴⁾
	1987	7 218	823 ³⁾	959 ³⁾	177	52 ⁴⁾
davon in:						
Schleswig-Holstein	1989	57	5	21	0	0
	1988	55	15	20	3	0
	1987	63	20	24	0	0
Hamburg	1989	587	25	152	3	0
	1988	650	17	23	1	0
	1987	495	26	23	0	0
Niedersachsen	1989	593	139	155	21	38
	1988	514	83	144	11	18
	1987	739	155	191	7	6
Bremen	1989	25	22	59	0	1
	1988	46	5	2	2	0
	1987	58	19	30	5	2
Nordrhein-Westfalen	1989	1 023	238	288	27	24
	1988	1 211	304	365	20	19
	1987	1 399	265	261	23	8
Hessen	1989	201	88	135	7	7
	1988	260	65	84	3	9
	1987	272	64	125	128	23
Rheinland-Pfalz	1989	554	34	108	2	—²⁾
	1988	408	25	56	4	—²⁾
	1987	407	33	49	2	—²⁾
Baden-Württemberg	1989	192	—²⁾	—²⁾	10	0
	1988	205	—²⁾	—²⁾	4	2
	1987	229	—²⁾	—²⁾	3	2
Bayern	1989	3 862	443	320	3	7
	1988	3 088	165	168	7	0
	1987	3 214	141	200	8	5
Saarland	1989	19	1	0	0	10
	1988	16	4	4	0	0
	1987	29	2	4	0	0
Berlin (West)	1989	356	905	38	4	17
	1988	351	1 226	37	12	3
	1987	313	103	52	1	6

¹⁾ Auf den Gebieten „Unfallverhütung und Gesundheitsschutz“ sowie „Arbeitsschutz in der Seefahrt“

²⁾ Daten werden nicht erhoben

³⁾ ohne Baden-Württemberg

⁴⁾ ohne Rheinland-Pfalz

Übersicht 20

Personalstand des Technischen Aufsichtsdienstes
in den Jahren 1987 bis 1989

	Gewerbliche Berufsgenossen- schaften			Landwirtschaft- liche Berufs- genossenschaften			Eigenunfall- versicherung 1)			insgesamt		
	1989	1988	1987	1989	1988	1987	1989	1988	1987	1989	1988	1987
1	2			3			4			5		
Zahl der im technischen Dienst Beschäftigten des Versicherungsträgers (einschließlich Büro- und Schreibpersonal)												
insgesamt	2 813	2 717	2 603	403	393	387	306	293	265	3 522	3 403	3 255
davon:												
Technisches Aufsichts- personal mit Besichti- gungstätigkeit	1 470	1 431	1 358	315	308	297	186	175	171	1 971	1 914	1 826

1) Von den Trägern der Eigenunfallversicherung sind nur Gemeindeunfallversicherungsverbände zur Überwachung der Unternehmen verpflichtet.

Unternehmen und Vollarbeiter bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften
in den Jahren 1987 bis 1989

Zahl der Unternehmen und Zahl der Versicherten in Unternehmen	1989	1988	1987
1	2	3	4
Unternehmen insgesamt	2 019 802	1 974 932	1 933 684
Vollarbeiter¹⁾ insgesamt	23 460 967	22 891 227	22 392 046
davon mit:			
1 bis 19 Vollarbeiter			
Unternehmen	1 876 395	1 837 125	1 799 738
Vollarbeiter	6 392 681	6 261 722	6 145 355
20 bis 199 Vollarbeiter			
Unternehmen	130 381	125 504	121 949
Vollarbeiter	6 471 534	6 215 823	6 037 286
200 bis 999 Vollarbeiter			
Unternehmen	11 106	10 405	10 152
Vollarbeiter	4 309 234	4 132 011	4 032 516
1 000 und mehr Vollarbeiter			
Unternehmen	1 920	1 898	1 845
Vollarbeiter	6 287 513	6 281 661	6 176 906

¹⁾ Nur abhängig Beschäftigte und Unternehmer

Übersicht 22

Aufsichtstätigkeit der Technischen Aufsichtsdienste
in den Jahren 1987 bis 1989

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften		
	1989	1988	1987
1	2	3	4
Zahl der von den technischen Aufsichtsbeamten vorgenommenen Besichtigungen insgesamt	535 366	552 559	549 558
davon:			
in Unternehmen mit:			
1 bis 19 Vollarbeiter	331 404	339 940	352 941
20 bis 199 Vollarbeiter	148 283	156 271	143 809
200 bis 999 Vollarbeiter	41 900	42 131	40 151
1 000 und mehr Vollarbeiter	13 779	14 217	12 657
in Kindergärten, Schulen und Hochschulen			
Zahl der besichtigten Unternehmen insgesamt	301 544	312 016	318 969
davon:			
in Unternehmen mit:			
1 bis 19 Vollarbeiter	239 461	248 849	257 875
20 bis 199 Vollarbeiter	52 418	53 698	52 417
200 bis 999 Vollarbeiter	7 868	7 716	7 136
1 000 und mehr Vollarbeiter	1 797	1 753	1 541
in Kindergärten, Schulen und Hochschulen			
Zahl der untersuchten Unfälle einschließlich der Teilnahme an Unfalluntersuchungen nach § 1562 RVO	100 506	106 254	111 031

1) Im Bereich der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wird eine Aufteilung nach Größe der Unternehmen nicht vorgenommen.
4) Eine Aufteilung nach Betriebsgrößen ist nicht für alle Besichtigungen möglich.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ¹⁾			Eigenunfallversicherung ²⁾			insgesamt		
1989	1988	1987	1989	1988	1987	1989	1988	1987
5	6	7	8	9	10	11	12	13
279 307	288 319	284 556	18 534	19 590	20 173	833 207	860 468	854 287
			997	1 191	995			
			3 675	3 842	2 464			
			2 011	2 251	2 086			
			4 345	4 295	5 718			
			7 506	8 011	4 816			
183 549	194 243	195 581	8 697	9 211	6 221	493 790	515 470	520 771
			463	592	492			
			1 071	1 177	1 036			
			517	539	512			
			443	441	463			
			6 203	6 462	3 694			
16 975	16 131	16 423	3 473	3 429	3 411	120 954	125 814	130 865

Übersicht 23

**Beitragszuschläge und Beitragsnachlässe nach § 725 Abs. 2 RVO
bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1989¹⁾**

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Beitragszuschläge			Beitragsnachlässe		
		Anzahl der Fälle	Beitrag in DM	v. H. vom Um- lagesoll	Anzahl der Fälle	Betrag in DM	v. H. vom Um- lagesoll
		1	2	3	4	5	6
1	Bergbau-BG	69	43 524 541	8,14	478	43 524 541	8,14
2	Steinbruchs-BG	639	3 315 750	1,57	3 549	11 014 168	5,23
3	BG der keramischen und Glas- Industrie	315	1 558 049	0,87	0	0	—
4	BG der Gas- und Wasserwerke	0	0	—	3 304	5 271 409	9,73
5	Hütten- und Walzwerks-BG .	134	57 563 858	27,83	0	0	—
6	Maschinenbau- und Klein- eisenindustrie-BG	3 932	13 563 660	1 75	23 146	36 130 040	4,66
7	Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG	2 194	12 905 717	2,87	15 570	40 375 675	8,98
8	Süddeutsche Eisen- und Stahl- BG	6 019	12 615 927	1,58	41 200	38 004 798	4,77
9	Süddeutsche Edel- und Un- edelmetall-BG	566	2 618 177	2,51	4 263	6 953 788	6 67
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	0	0	—	52 946	73 313 226	9,46
11	BG der chemischen Industrie	1 718	20 300 749	3,72	6 887	57 290 899	10,49
12	Holz-BG	0	0	—	36 401	31 572 465	8,08
14	Papiermacher-BG	90	1 112 418	1,78	188	1 585 348	2,54
15	BG Druck und Papierverarbei- tung	2 760	2 366 730	1,45	22 603	4 505 086	2,76
16	Lederindustrie-BG	657	569 544	1,15	7 914	2 230 195	4,50
17	Textil- und Bekleidungs-BG .	20 497	1 075 729	0,54	0	0	—
18	BG Nahrungsmittel und Gast- stätten	0	0	—	208 384	33 263 380	5,88
19	Fleischerei-BG	706	74 698	0,07	0	0	—
20	Zucker-BG	12	534 108	4,76	32	1 113 922	9,93
21	Bau-BG-Hamburg	0	0	—	9 949	2 339 146	2,13
22	Bau-BG Hannover	0	0	—	25 434	12 458 076	4,04
23	Bau-BG Wuppertal	0	0	—	33 385	22 599 640	4,56
24	Bau-BG Frankfurt am Main ..	0	0	—	13 238	7 150 589	3,77
25	Südwestliche Bau-BG	0	0	—	13 859	6 025 187	3,34
26	Württembergische Bau-BG ..	0	0	—	12 208	7 229 669	4,62
27	Bayerische Bau-BG	0	0	—	23 363	13 110 764	3,59
28	Tiefbau-BG	0	0	—	6 487	15 834 837	3,87
29	Großhandels- und Lagerei-BG	9 222	7 189 137	1,16	0	0	—
30	BG für den Einzelhandel	0	0	—	175 052	24 498 471	6,35
31	Verwaltungs-BG	1 786	1 519 370	0,21	0	0	—
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	0	0	—	343	2 981 851	5,30
33	BG für Fahrzeughaltungen ..	0	0	—	89 481	27 572 253	6,28
34	See-BG	1 124	177 953	0,26	0	0	—
35	Binnenschifffahrts-BG	0	0	—	2 039	2 709 573	6,70
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	8 409	379 874	0,11	0	0	—
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		60 849	182 965 989	1,65	831 703	530 658 996	4,79

¹⁾ Die Angaben der einzelnen Berufsgenossenschaften können nicht miteinander verglichen werden.

**Durchsetzungsmaßnahmen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
in den Jahren 1987 bis 1989**

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften			Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften			Eigenunfall- versicherung		
	1989	1988	1987	1989	1988	1987	1989	1988	1987
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bußgeldbescheide gegen Mitglieder (Unternehmer) nach §§ 710 Abs. 1, 717 a Abs. 1 RVO . . .	1 537	1 428	1 317	5 105	4 404	5 638	—	1	1
Bußgeldbescheide gegen Versicherte nach §§ 710 Abs. 1, 717 a Abs. 1 RVO	635	765	768	8	16	14	3	—	2
Anordnungen: nach § 712 Abs. 1 Satz 2 RVO	48 723	48 740	54 438	98 613	77 880	88 766	13 655	3 612	1 970
nach § 714 Abs. 1 Satz 5 RVO	5 078	3 793	3 123	2 318	2 474	2 575	103	80	58
Beanstandungen	715 041	689 197	688 555	1 683 836	1 270 997	1 042 725	57 567	38 505	29 354

**Sicherheitsbeauftragte
in den Jahren 1987 bis 1989**

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Unternehmen mit Sicherheitsbeauftragten			Sicherheitsbeauftragte		
	1989	1988	1987	1989	1988	1987
1	2	3	4	5	6	7
Versicherungsträger insgesamt	183 292	175 085	173 405	366 755	357 890	357 605
davon:						
Gewerbliche Berufsgenossenschaften . . .	143 407	137 807	133 946	267 064	264 035	262 713
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	2 071	2 060	2 028	3 433	3 572	3 514
Eigenunfallversicherung	37 814	35 218	37 431	96 258	90 283	91 378
— davon in Kindergärten, Schulen und Hochschulen	31 899	29 310	31 507	43 704	38 423	37 103

Übersicht 26

Schulungskurse

1989

	Dauer der Schulungskurse			insgesamt
	bis 1 Tag	2 bis 3 Tage	mehr als 3 Tage	
1	2	3	4	5
Gewerbliche Berufsgenossenschaften				
Zahl der Kurse zusammen	7 073	2 610	3 584	13 267
Teilnehmer zusammen	185 651	57 511	60 765	303 927
davon:				
Kurse für Unternehmer und Führungskräfte				
Zahl der Kurse	753	445	110	1 308
Teilnehmer	20 060	9 281	2 793	32 134
Kurse für Sicherheitsbeauftragte				
Zahl der Kurse	427	715	410	1 552
Teilnehmer	9 924	15 834	10 212	35 970
Kurse für Sicherheitsfachkräfte nach ASiG				
Zahl der Kurse	188	123	619	930
Teilnehmer	3 911	2 662	12 215	18 788
Kurse für sonstige Betriebsangehörige				
Zahl der Kurse	5 705	1 327	2 445	9 477
Teilnehmer	151 756	29 734	35 545	217 035
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften				
Zahl der Kurse zusammen	2 361	232	26	2 619
Teilnehmer zusammen	49 001	4 075	432	53 508
davon:				
Kurse für Unternehmer und Führungskräfte				
Zahl der Kurse	520	177	6	703
Teilnehmer	11 692	3 171	157	15 020
Kurse für Sicherheitsbeauftragte				
Zahl der Kurse	61	5		66
Teilnehmer	962	99		1 061
Kurse für Sicherheitsfachkräfte nach ASiG				
Zahl der Kurse	8	3	2	13
Teilnehmer	156	13	25	194
Kurse für sonstige Betriebsangehörige				
Zahl der Kurse	1 772	47	18	1 837
Teilnehmer	36 191	792	250	37 233

noch Übersicht 26

noch Schulungskurse

1989

	Dauer der Schulungskurse			insgesamt
	bis 1 Tag	2 bis 3 Tage	mehr als 3 Tage	
1	2	3	4	5
Eigenunfallversicherung				
Zahl der Kurse zusammen	989	639	129	1 757
Teilnehmer zusammen	23 881	11 834	1 869	37 584
davon:				
Kurse für Unternehmer und Führungskräfte				
Zahl der Kurse	93	84	7	184
Teilnehmer	2 571	1 599	129	4 299
Kurse für Sicherheitsbeauftragte				
Zahl der Kurse	152	147	1	300
Teilnehmer	3 332	3 181	2	6 515
Kurse für Sicherheitsfachkräfte nach ASiG				
Zahl der Kurse	75	63	39	177
Teilnehmer	883	787	243	1 913
Kurse für sonstige Betriebsangehörige				
Zahl der Kurse	257	110	16	283
Teilnehmer	7 271	1 842	232	9 345
Kurse der Schülerunfallversicherung				
Zahl der Kurse	412	235	66	713
Teilnehmer	9 824	4 425	1 263	15 512

Übersicht 27

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherungsträger
in den Jahren 1988 und 1989

Pos.-Nr. des Konten- rahmens	Aufwendungen (Ausgaben)	DM		Veränderungen von 1988 auf 1989	
		1989	1988	absolut	v. H.
	1	2	3	4	5
40	Ambulante Heilbehandlung	656 210 565	557 049 322	99 161 243	17,8
45	Zahnersatz	16 923 051	14 176 149	2 746 902	19,4
46	Stationäre Behandlung	1 020 977 151	1 025 949 482	- 4 972 331	- 0,5
47	Verletztengeld und besondere Unterstützung ..	735 221 218	734 549 242	671 976	0,1
48	Sonstige Heilbehandlungskosten und ergänzende Leistungen zur Heilbehandlung	411 007 225	372 632 545	38 374 680	10,3
49	Berufshilfe und ergänzende Leistun- gen zur Berufshilfe	257 412 188	220 932 198	36 479 990	16,5
50	Renten an Verletzte und Hinterblie- bene	7 289 161 872	7 158 400 127	130 761 745	1,8
51	Beihilfen an Hinterbliebene	26 523 542	26 704 847	- 181 305	0,7
52	Abfindungen an Verletzte und Hin- terbliebene	126 224 292	124 004 266	2 220 026	1,8
53	Unterbringung in Alters- und Pfl- geheimen	920 872	1 122 901	- 202 029	-18,0
54	Erstattungen an andere für Leistun- gen	2 373 692	3 099 119	- 725 427	-23,4
57	Sterbegeld	12 928 048	13 334 175	- 406 127	- 3,0
58	Mehrleistungen	15 469 046	14 779 729	689 317	4,7
59	Unfallverhütung und Erste Hilfe ..	641 325 579	602 425 754	38 899 825	6,5
60 bis 62	Aufwendungen für das Vermögen	74 974 959	56 472 893	18 502 066	32,8
63	Rechnungsmäßiges Defizit der eigenen Unternehmen	673 756	1 574 830	- 901 074	-57,2
64	Beitragsausfälle ¹⁾	204 566 252	216 397 378	-11 831 126	- 5,5
65	Beitragsnachlässe	477 428 624	455 281 868	22 146 756	4,9
67	Zuführungen zu den Betriebsmitteln und der Rücklage	924 173 868	776 219 855	147 954 013	19,1
69	Sonstige Aufwendungen ²⁾	1 236 366 276	1 307 075 020	-70 708 744	- 5,4
70/71	Persönlicher Verwaltungsaufwand	860 437 318	834 099 133	26 338 185	3,2
72/73	Sächlicher Verwaltungsaufwand	238 837 548	223 561 841	15 275 707	6,8
74	Laufende Aufwendungen für die Selbstverwaltung	9 481 065	8 874 808	606 257	6,8
75	Vergütungen an andere für Verwal- tungsarbeiten (ohne Unfallverhü- tung)	79 711 500	69 134 118	10 577 382	15,3
76	Kosten der Rechtsverfolgung	6 120 388	5 737 258	383 130	6,7
77	Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschä- digungen	115 569 636	111 531 312	4 038 324	3,6
78	Vergütungen für die Auszahlung von Renten	2 223 445	2 201 405	22 040	1,0
79	Vergütungen an andere für den Bei- tragseinzug	40 799	38 056	2 743	7,2
690	abzüglich Lastenausgleich	897 090 013	898 525 255	- 1 435 242	- 0,2
691	abzüglich Konkursausfallgeld	312 675 574	381 244 142	-68 568 568	-18,0
	Nettoaufwendungen insgesamt ..	14 233 518 188	13 657 590 234	575 927 954	4,2

¹⁾ Hierbei handelt es sich um Beträge, die durch die Umlage des Vorjahres nicht aufgebracht wurden und deshalb zur Ermittlung der Umlage des Berichtsjahres als Aufwendungen erneut eingesetzt werden müssen.

²⁾ In dieser Position ist der Betrag aus dem Lastenausgleich der Versicherungsträger untereinander (z. B. gemäß Artikel 3 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes) enthalten; wegen der den Versicherungsträgern vorgeschriebenen Bruttobuchung ist die Gesamtsumme der Aufwendungen um diesen Betrag erhöht. Um die Nettoaufwendungen zu erhalten, muß die Summe des Finanzausgleichs abgesetzt werden; ferner ist in der Position 69 noch das Konkursausfallgeld enthalten.

Aufwendungen für Unfallverhütung und Erste Hilfe

in den Jahren 1988 und 1989

in DM

(Kontengruppe 59)

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften		Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		Eigenunfall- versicherung		Versicherungsträger insgesamt	
	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988
Kosten für die Herstellung von Unfallverhütungsvorschriften (§§ 708 bis 711 RVO) (Kontenart 590)	7 797 585	6 238 624	94 182	70 720	757 744	835 456	8 649 511	7 144 800
Kosten der Überwachung und Beratung der Unternehmen (§§ 712 bis 717 und § 719 RVO) (Kontenart 591)	310 162 689	290 796 887	34 902 418	33 270 608	25 370 606	23 462 949	370 435 713	347 530 444
Kosten der Ausbildung (Kontenart 592)	81 703 226	76 108 085	1 573 494	1 840 670	4 619 212	3 850 922	87 895 932	81 799 677
Zahlungen an Verbände für Unfallverhütung (Kontenart 593)	52 229 787	48 577 290	3 953 047	3 753 879	4 858 313	4 598 492	61 041 147	56 929 661
Kosten der arbeitsmedizinischen Dienste (Kontenart 594)	58 567 254	57 234 831			50 214	44 019	58 617 468	57 278 850
Sonstige Kosten der Unfallverhütung (Kontenart 595)	46 719 460	44 244 028	477 427	464 607	1 506 694	1 310 045	48 703 581	46 018 680
Kosten der Ersten Hilfe (§ 721 RVO) (Kontenart 598)	5 220 462	5 016 428	68 087	88 209	693 678	619 005	5 982 227	5 723 642
Kosten insgesamt (Kontengruppe 59) . . .	562 400 463	528 216 173	41 068 655	39 488 693	37 856 461	34 720 888	641 325 579	602 425 754

Übersicht 29

Renten
in den Jahren 1987 bis 1989

	31. De- zember 1989	31. De- zember 1988	31. De- zember 1987	Veränderung von	
				1988 auf 1989 in v. H.	1987 auf 1988 in v. H.
1	2	3	4	5	6
Renten an Verletzte und Erkrankte					
Versicherungsträger	772 218	775 722	778 322	−0,5	−0,3
davon:					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	559 706	560 330	560 455	−0,1	0,0
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	153 069	155 498	157 639	−1,6	−1,4
Eigenunfallversicherung	59 443	59 894	60 228	−0,8	−0,6
Renten an Hinterbliebene					
Versicherungsträger	157 925	162 949	168 376	−3,1	−3,2
davon:					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	128 928	132 676	136 925	−2,8	−3,1
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	15 839	16 615	17 270	−4,7	−3,8
Eigenunfallversicherung	13 158	13 658	14 181	−3,7	−3,7

Zusammenstellung

**Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989**

1989

Nr. der BG.	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Angezeigte Arbeitsunfälle			Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle				
		absolut	auf 1 Mio. geleistete Arbeits- stunden	je 1000 Voll- arbeiter	absolut	auf 1 Mio. geleistete Arbeits- stunden	je 1000 Voll- arbeiter	darunter tödliche Arbeits- unfälle	auf 1 Mio. geleistete Arbeits- stunden
		1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bergbau-BG	14 943	52,18	84,02	1 379	4,82	7,75	34	0,12
02	Steinbruchs-BG	10 895	50,47	81,26	408	1,89	3,04	25	0,12
03	BG d. keram. und Glas-Ind. . . .	16 302	49,14	79,12	390	1,18	1,89	6	0,02
04	BG d. Gas- und Wasserwerke . .	4 269	24,71	39,79	114	0,66	1,06	5	0,03
05	Hütten- und Walzwerks-BG . .	9 991	38,54	62,05	392	1,51	2,43	12	0,05
06	Maschb.- und Kl'eisenind.-BG	86 413	52,70	84,84	2 785	1,70	2,73	43	0,03
07	Nordw. Eisen- und Stahl-BG . .	55 492	57,57	92,69	789	0,82	1,32	45	0,05
08	Südd. Eisen- und Stahl-BG . .	114 144	44,19	71,15	1 662	0,64	1,04	59	0,02
09	Südd. Edel- und Unedelm.-BG	17 337	44,13	71,04	164	0,42	0,67	5	0,01
10	BG d. Feinm. und Elektrotechn.	60 609	16,76	26,99	1 481	0,41	0,66	53	0,01
11	BG der chem. Industrie	34 846	22,17	35,70	910	0,58	0,93	29	0,02
12	Holz-BG	56 651	67,58	108,80	1 217	1,45	2,34	21	0,03
14	Papiermacher-BG	6 642	55,66	89,61	172	1,44	2,32	5	0,04
15	BG Druck und Papierverab. . . .	22 281	24,78	39,90	563	0,63	1,01	13	0,01
16	Lederindustrie-BG	7 486	41,28	66,45	155	0,85	1,38	1	0,01
17	Textil- und Bekleidungs-BG . .	20 849	20,78	33,45	503	0,50	0,81	10	0,01
18	BG Nahrungsm. und Gastst. . .	91 463	36,74	59,14	1 714	0,69	1,11	45	0,02
19	Fleischerei-BG	40 220	105,07	169,16	510	1,33	2,14	11	0,03
20	Zucker-BG	636	34,86	56,13	25	1,37	2,21	0	0,00
21	Bau-BG Hamburg	11 576	67,27	108,31	312	1,81	2,92	10	0,06
22	Bau-BG Hannover	36 885	73,95	119,06	980	1,96	3,16	30	0,06
23	Bau-BG Wuppertal	49 687	73,44	118,23	1 660	2,45	3,95	70	0,10
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	18 760	68,30	109,96	465	1,69	2,73	19	0,07
25	Südw. Bau-BG	20 740	68,02	109,51	577	1,89	3,05	15	0,05
26	Württ. Bau-BG	20 818	72,16	116,18	622	2,16	3,47	29	0,10
27	Bayer. Bau-BG	38 612	70,21	113,03	1 225	2,23	3,59	51	0,09
28	Tiefbau-BG	40 792	97,90	157,62	1 099	2,64	4,25	51	0,12
29	Großhandels- und Lagerei-BG	73 933	31,69	51,02	2 073	0,89	1,43	104	0,04
30	BG f. d. Einzelhandel	53 569	22,02	35,46	1 381	0,57	0,91	32	0,01
31	Verwaltungs-BG	118 586	13,36	21,51	2 020	0,23	0,37	84	0,01
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	5 056	28,15	45,31	97	0,54	0,87	2	0,01
33	BG f. Fahrzeughaltungen	50 329	38,38	61,79	1 869	1,43	2,29	129	0,10
34	See-BG	1 219	22,05	35,50	105	1,90	3,06	20	0,36
35	Binnenschifffahrts-BG	1 692	48,73	78,46	88	2,53	4,08	16	0,46
36	BG f. Gesundh. und Wohlpfl. .	48 651	16,20	26,09	934	0,31	0,50	14	0,00
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		1 262 374	32,06	51,62	30 840	0,78	1,26	1 098	0,03
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		171 568	—	93,72	10 003	—	5,46	330	—
Eigenunfallversicherung		167 905	29,95	48,32	2 864	0,51	0,82	87	0,02

noch Übersicht 30

1989

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Angezeigte Wegeunfälle		Erstmals entschädigte Wegeunfälle		
		absolut	je 1 000 Versicherte	absolut	je 1 000 Versicherte	darunter tödliche Wege- unfälle
		9	10	11	12	13
01	Bergbau-BG	1 089	5,5	99	0,5	6
02	Steinbruchs-BG	554	3,5	50	0,3	9
03	BG d. keram. und Glas-Ind.	1 244	5,0	79	0,3	5
04	BG d. Gas- und Wasserwerke ...	514	4,1	36	0,3	4
05	Hütten- und Walzwerks-BG	1 006	4,9	66	0,3	3
06	Maschb.- und Kl'eisenind.-BG ...	6 597	6,1	443	0,4	50
07	Nordw. Eisen- und Stahl-BG	4 891	7,8	227	0,4	34
08	Südd. Eisen- und Stahl-BG	9 768	5,8	545	0,3	55
09	Südd. Edel- und Unedelm.-BG ..	1 391	5,6	67	0,3	8
10	BG d. Feinm. und Elektrotechn. .	10 360	4,5	649	0,3	54
11	BG der chem. Industrie	5 543	5,4	282	0,3	20
12	Holz-BG	2 543	4,7	168	0,3	18
14	Papiermacher-BG	441	5,4	31	0,4	1
15	BG Druck und Papierverab.	3 158	4,4	149	0,2	9
16	Lederindustrie-BG	830	6,2	45	0,3	4
17	Textil- und Bekleidungs-BG	3 731	5,9	254	0,4	21
18	BG Nahrungsm. und Gastst.	9 153	3,8	486	0,2	55
19	Fleischerei-BG	2 236	9,4	131	0,5	17
20	Zucker-BG	51	3,6	6	0,4	1
21	Bau-BG Hamburg	744	4,8	40	0,3	4
22	Bau-BG Hannover	2 298	5,3	111	0,3	11
23	Bau-BG Wuppertal	3 233	5,4	196	0,3	15
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	897	3,8	50	0,2	8
25	Südw. Bau-BG	1 056	4,2	45	0,2	5
26	Württ. Bau-BG	761	3,3	46	0,2	10
27	Bayer. Bau-BG	1 863	4,1	125	0,3	33
28	Tiefbau-BG	1 744	5,6	118	0,4	19
29	Großhandels- und Lagerei-BG ...	8 736	6,0	434	0,3	30
30	BG f. d. Einzelhandel	10 504	5,5	760	0,4	48
31	Verwaltungs-BG	24 972	2,9	813	0,1	42
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	839	6,4	42	0,3	2
33	BG f. Fahrzeughaltungen	2 670	3,3	152	0,2	23
34	See-BG	108	2,6	7	0,2	0
35	Binnenschiffahrts-BG	77	3,0	5	0,2	0
36	BG f. Gesundh. und Wohlf.	15 270	8,2	674	0,4	40
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		140 872	4,7	7 431	0,2	664
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		2 158	0,5	156	0,0	14
Eigenunfallversicherung		30 255	4,8	1 129	0,2	64

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989

1989

Nr der BG.	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Anzeigen auf Verdacht einer Berufs- krankheit	Erstmals entschädigte Berufskrankheiten		Voll- arbeiter	Ver- sicherte	Unter- nehmen
			insgesamt	davon mit tödlichem Ausgang			
		14	15	16	17	18	19
1	Bergbau BG	4 365	884	49	177 859	196 404	203
2	Steinbruchs-BG	699	110	5	134 071	157 816	4 633
3	BG d. keram. und Glas-Ind. . .	810	73	11	206 051	251 114	6 385
4	BG d. Gas- und Wasserwerke .	79	14	1	107 294	126 566	4 645
5	Hütten- und Walzwerks-BG . .	514	66	10	161 022	206 830	154
6	Maschb.- und Kl'eisenind.-BG	3 448	368	26	1 018 496	1 078 138	27 741
7	Nordw. Eisen- und Stahl-BG . .	1 889	226	37	598 689	627 280	18 457
8	Südd. Eisen- und Stahl-BG . . .	3 477	266	12	1 604 340	1 672 146	48 420
9	Südd. Edel- und Unedelm.-BG	494	43	1	244 029	249 411	5 081
10	BG d. Feinm. und Elektrotechn.	3 126	219	15	2 245 836	2 306 489	64 740
11	BG der chem. Industrie	2 568	342	51	976 045	1 034 144	9 638
12	Holz-BG	1 026	115	8	520 693	542 176	43 450
14	Papiermacher-BG	143	10	2	74 121	81 305	278
15	BG Druck und Papierverab. . .	536	15	0	558 402	720 373	26 545
16	Lederindustrie-BG	230	8	1	112 648	132 898	11 788
17	Textil- und Bekleidungs-BG . .	1 155	84	4	623 304	636 894	80 905
18	BG Nahrungsm. und Gastst. . .	5 365	125	5	1 546 440	2 395 318	285 876
19	Fleischerei-BG	730	5	0	237 765	238 468	28 248
20	Zucker BG	24	2	2	11 330	14 230	73
21	Bau-BG Hamburg	354	25	3	106 883	155 494	16 380
22	Bau-BG Hannover	943	70	7	309 809	431 005	40 378
23	Bau-BG Wuppertal	1 359	110	6	420 254	597 854	54 841
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	580	38	6	170 606	238 883	20 574
25	Südw. Bau-BG	488	47	3	189 395	253 112	25 526
26	Württ. Bau-BG	440	18	0	179 190	231 173	25 004
27	Bayer. Bau-BG	1 273	83	3	341 601	456 850	41 680
28	Tiefbau-BG	784	84	1	258 795	309 306	9 344
29	Großhandels- und Lagerei-BG	941	74	8	1 449 031	1 449 827	101 481
30	BG f. d. Einzelhandel	1 624	37	0	1 510 685	1 899 681	264 030
31	Verwaltungs-BG	1 046	39	3	5 513 000	8 470 509	353 596
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	80	8	2	111 577	130 148	1 323
33	BG f. Fahrzeughaltungen	471	10	2	814 508	801 727	107 803
34	See-BG	62	13	4	34 341	42 103	3 335
35	Binnenschiffahrts-BG	37	5	0	21 564	25 614	2 704
36	BG f. Gesundh. und Wohlpfl. .	7 815	305	1	1 864 774	1 865 530	284 544
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		48 975	3 941	289	24 454 448	30 026 816	2 019 802
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		1 775	196	4	1 830 642	4 017 819	1 700 881
Eigenunfallversicherung		3 717	263	7	3 474 996	6 257 136	14 248

noch Übersicht 30

1989

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989

Nr der BG.	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Geleistete Arbeitsstunden	Gesamt- ausgaben in DM	darunter (Spalte 21) Kosten für Erste Hilfe und Unfall- verhütung in DM
		20	21	22
1	Bergbau-BG	286 352 565	1 488 201 522	21 695 399
2	Steinbruchs-BG	215 854 637	229 284 795	9 256 765
3	BG d. keram. und Glas-Ind.	331 741 519	188 307 571	12 206 460
4	BG d. Gas- und Wasserwerke ...	172 742 622	56 447 812	4 488 909
5	Hütten- und Walzwerks-BG	259 244 777	209 880 640	8 066 206
6	Maschb.- und Kl'eisenind.-BG ...	1 639 778 452	832 784 592	35 531 737
7	Nordw. Eisen- und Stahl-BG	963 889 164	502 365 405	24 472 146
8	Südd. Eisen- und Stahl-BG	2 582 986 968	885 603 896	33 729 871
9	Südd. Edel- und Unedelm.-BG ..	392 887 096	114 761 473	5 525 336
10	BG d. Feinm. und Elektrotechn. .	3 615 795 960	831 523 191	34 400 969
11	BG der chem. Industrie	1 571 432 746	580 396 530	40 961 953
12	Holz-BG	838 315 894	426 680 286	20 193 937
14	Papiermacher-BG	119 334 051	66 056 555	3 729 443
15	BG Druck und Papierverarb.	899 027 416	178 030 132	9 462 406
16	Lederindustrie-BG	181 363 286	53 668 720	3 233 412
17	Textil- und Bekleidungs-BG	1 003 519 581	220 634 741	8 232 459
18	BG Nahrungsm. und Gastst.	2 489 768 400	629 153 892	26 444 490
19	Fleischerei-BG	382 801 650	126 900 277	3 792 441
20	Zucker-BG	18 242 073	13 094 154	617 951
21	Bau-BG Hamburg	172 080 903	123 576 984	7 477 957
22	Bau-BG Hannover	498 792 665	344 515 701	20 702 712
23	Bau-BG Wuppertal	676 609 529	541 641 530	29 353 419
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	274 676 014	203 917 673	13 989 706
25	Südw. Bau-BG	304 926 364	201 254 051	10 188 090
26	Württ. Bau-BG	288 496 387	179 223 676	10 957 528
27	Bayer Bau-BG	549 976 885	395 546 445	23 448 075
28	Tiefbau-BG	416 659 902	446 859 608	30 762 557
29	Großhandels- und Lagerei-BG ...	2 332 939 910	693 956 627	23 660 718
30	BG f. d. Einzelhandel	2 432 202 850	425 780 076	13 260 006
31	Verwaltungs BG	8 875 930 000	821 068 619	32 631 229
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	179 640 288	59 713 417	3 461 279
33	BG f. Fahrzeughaltungen	1 311 357 225	518 806 741	11 108 313
34	See-BG	55 289 010	78 403 497	7 629 828
35	Binnenschifffahrts-BG	34 718 803	43 952 220	4 113 542
36	BG f. Gesundh. und Wohlpfl.	3 002 286 140	393 961 733	13 613 214
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		39 371 661 732	13 105 954 782	562 400 463
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		—	1 247 420 805	41 068 655
Eigenunfallversicherung		5 606 632 960	1 089 908 188	37 856 461

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989

noch Übersicht 30

1989

Nr. der BG.	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Tech- nisches Auf- sichts- perso- nal ¹⁾	Besich- tigte Unter- nehmen	Besichti- gungen in den Unter- nehmen	Unter- suchte Unfälle	Bußgeldbescheide gegen	
						Mitglieder (Unter- nehmer)	Ver- sicherte
		23	24	25	26	27	28
01	Bergbau-BG	26	148	995	531	0	0
02	Steinbruchs-BG	33	4 617	8 197	3 467	6	1
03	BG der keram. und Glas-Industrie	25	2 509	3 226	2 282	0	0
04	BG der Gas- und Wasserwerke ..	15	459	575	59	0	0
05	Hütten- und Walzwerks-BG	14	154	921	3 328	0	0
06	Maschb. u. Kleineisenindustrie-BG	122	14 315	18 832	8 723	31	0
07	Nordw. Eisen- und Stahl-BG	70	10 296	18 057	2 978	11	0
08	Südd. Eisen- und Stahl-BG	95	9 945	10 517	6 584	15	0
09	Südd. Edel- und Unedelmetall-BG	19	1 045	1 472	2 267	0	0
10	BG der Feinm. und Elektrotechnik	78	26 305	34 979	11 948	18	6
11	BG der chemischen Industrie	71	3 384	5 204	7 111	10	3
12	Holz-BG	83	19 876	21 576	5 410	220	5
14	Papiermacher-BG	12	258	533	1 280	0	0
15	BG Druck und Papierverarbeitung	27	3 688	4 107	1 434	54	7
16	Lederindustrie-BG	12	1 238	1 442	1 033	0	0
17	Textil- und Bekleidungs-BG	24	6 681	6 681	7 714	64	2
18	BG Nahrungsmittel u. Gaststätten	77	30 089	31 775	9 265	44	0
19	Fleischerei-BG	15	3 990	4 727	256	48	118
20	Zucker-BG	3	52	96	15	0	0
21	Bau-BG Hamburg	18	2 875	12 897	1 026	10	50
22	Bau-BG Hannover	49	7 759	32 542	892	43	19
23	Bau-BG Wuppertal	67	10 901	46 786	2 066	388	112
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	30	8 407	16 848	632	237	73
25	Südwestliche Bau-BG	29	8 281	19 940	1 185	33	12
26	Württembergische Bau-BG	30	6 748	20 839	1 676	63	21
27	Bayerische Bau-BG	58	15 520	42 579	2 122	92	93
28	Tiefbau-BG	60	4 834	34 051	4 930	19	19
29	Großhandels- und Lagerei-BG ...	81	25 881	50 138	3 818	60	37
30	BG für den Einzelhandel	45	50 006	51 771	1 670	49	0
31	Verwaltungs-BG	72	9 009	13 287	2 225	0	0
32	BG d. Straßen-, U- u. Eisenbahnen	12	339	445	1 026	0	0
33	BG für Fahrzeughaltungen	35	6 650	7 197	617	15	50
34	See-BG	17	2 001	8 005	42	7	7
35	Binnenschifffahrts-BG	13	1 196	2 041	112	0	0
36	BG f. Gesundheitsdienst u. Wohlpfl.	33	2 088	2 088	782	0	0
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		1 470	301 544	535 366	100 506	1 537	635
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		315	183 549	279 307	16 975	5 105	8
Eigenunfallversicherung ²⁾		186	8 697	18 534	3 473	0	3

¹⁾ Hier ist das Personal aufgeführt, das Betriebsbesichtigungen oder dgl. durchführt.²⁾ Inclusive Schülerunfallversicherung

noch Übersicht 30

1989

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1989

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Unter- nehmen mit Sicher- heits- beauf- tragten	Sicher- heits- beauf- tragte	Schu- lungs- kurse	In Kursen geschulte Personen	In Erster Hilfe unter- wiesene Personen
		29	30	31	32	33
01	Bergbau-BG	153	4 838	413	12 396	190
02	Steinbruchs-BG	1 322	3 206	198	3 776	2 836
03	BG der keram. und Glas-Industrie .	1 306	2 550	108	4 019	2 359
04	BG der Gas- und Wasserwerke . . .	541	3 246	44	1 392	7 943
05	Hütten- und Walzwerks-BG	140	6 046	144	2 928	5 753
06	Maschb. u. Kleineisenindustrie-BG	7 365	18 800	395	9 007	13 128
07	Nordw. Eisen- und Stahl-BG	3 522	14 800	302	5 698	8 304
08	Südd. Eisen- und Stahl-BG	8 571	26 733	379	10 080	17 856
09	Südd. Edel- und Unedelmetall-BG .	1 445	3 804	117	3 338	3 573
10	BG der Feinm. und Elektrotechnik .	10 236	38 179	1 517	33 801	51 646
11	BG der chemischen Industrie	3 602	23 401	339	8 993	22 829
12	Holz-BG	4 340	6 375	1 822	21 579	1 634
14	Papiermacher-BG	222	2 281	51	1 040	1 628
15	BG Druck und Papierverarbeitung .	3 944	6 041	85	1 517	3 841
16	Lederindustrie-BG	739	1 002	80	1 854	900
17	Textil- und Bekleidungs-BG	5 063	5 345	122	2 931	2 344
18	BG Nahrungsmittel u. Gaststätten .	12 682	10 931	162	3 828	5 387
19	Fleischerei-BG	1 559	1 508	56	1 135	529
20	Zucker-BG	58	331	4	100	490
21	Bau-BG Hamburg	918	629	313	6 014	337
22	Bau-BG Hannover	2 701	1 842	1 082	25 820	666
23	Bau-BG Wuppertal	3 437	4 228	931	23 803	2 553
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	1 450	1 416	190	5 687	860
25	Südwestliche Bau-BG	1 516	1 298	384	9 469	426
26	Württembergische Bau-BG	1 314	1 490	312	6 976	881
27	Bayerische Bau-BG	2 865	3 669	841	20 061	2 034
28	Tiefbau-BG	2 436	4 372	1 422	46 818	3 885
29	Großhandels- und Lagerei-BG	13 515	18 972	172	4 177	6 628
30	BG für den Einzelhandel	6 053	7 901	372	9 841	8 908
31	Verwaltungs-BG	24 395	15 848	565	8 530	16 785
32	BG d. Straßen-, U- u. Eisenbahnen	302	4 096	35	872	4 127
33	BG für Fahrzeughaltungen	5 472	6 120	42	910	2 894
34	See-BG	256	3 371	170	2 267	263
35	Binnenschifffahrts-BG	170	309	7	115	967
36	BG f. Gesundheitsdienst u. Wehlpfl.	9 797	12 086	91	2 155	14 623
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		143 407	267 064	13 267	303 927	220 069
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		2 071	3 433	2 619	53 508	2 396
Eigenunfallversicherung ¹⁾		37 814	96 258	1 039	22 072	45 559

¹⁾ Inklusive Schülerunfallversicherung

Tabellen zu den Schaubildern

Tabelle 1

**Entwicklung der Arbeitsunfälle
ab 1949**

Jahr	Voll- arbeiter in 1 000 ¹⁾	Arbeits- unfälle	Angezeigte Arbeits- unfälle je 1 000 Vollarbeiter	Erstmals entschä- digte Arbeits- unfälle	Erstmals entschä- digte Arbeits- unfälle je 1 000 Vollarbeiter	Tödliche Arbeits- unfälle	davon			Tödliche Arbeits- unfälle je 1 000 Vollarbeiter
							gewerbliche Berufs- genossen- schaften	landwirt- schaftliche Berufs- genossen- schaften	Eigen- unfall- versiche- rungsträger	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1949	18 033	1 099 811	61	84 916	4,7	6 966	3 836	2 407	723	0,39
1950	19 183	1 258 220	66	98 963	5,2	6 429	3 564	2 222	643	0,34
1951	19 989	1 453 734	73	105 635	5,3	6 098	3 466	2 184	448	0,31
1952	20 209	1 653 107	82	107 411	5,3	5 890	3 384	2 122	384	0,29
1953	21 304	1 854 127	87	115 411	5,4	6 374	3 704	2 264	406	0,30
1954	21 779	1 992 424	91	106 457	4,9	6 020	3 640	2 031	349	0,28
1955	22 575	2 179 834	97	105 006	4,7	6 017	3 665	2 063	316	0,27
1956	22 133	2 305 144	100	107 538	4,9	5 844	3 622	1 920	302	0,26
1957	23 133	2 341 506	101	100 241	4,3	5 375	3 377	1 795	203	0,23
1958	23 523	2 491 428	106	100 458	4,3	5 235	3 230	1 816	189	0,22
1959	24 123	2 555 432	106	97 767	4,1	5 134	3 124	1 874	136	0,21
1960	24 883	2 711 078	109	94 881	3,8	4 893	3 021	1 681	191	0,20
1961	24 324	2 870 765	118	95 406	3,9	4 920	3 130	1 584	206	0,20
1962	24 440	2 722 415	111	99 694	4,1	5 446	3 567	1 658	221	0,22
1963	24 345	2 618 544	108	92 328	3,8	4 831	2 873	1 651	307	0,20
1964	24 859	2 694 962	108	87 345	3,5	4 941	3 086	1 580	275	0,20
1965	24 951	2 655 363	106	88 895	3,6	4 784	3 018	1 511	255	0,19
1966	25 028	2 542 299	102	86 750	3,5	4 849	3 094	1 528	227	0,19
1967	24 129	2 181 464	90	81 077	3,4	4 524	2 920	1 402	202	0,19
1968	24 327	2 263 841	93	75 701	3,1	4 290	2 693	1 315	282	0,18
1969	25 599	2 359 956	92	76 384	3,0	4 289	2 622	1 391	276	0,17
1970	25 218	2 391 757	95	77 935	3,1	4 263	2 696	1 321	245	0,17
1971	24 828	2 337 926	94	76 833	3,1	4 589	2 992	1 348	248	0,18
1972	24 668	2 237 366	91	72 030	2,9	4 082	2 706	1 133	243	0,17
1973	24 965	2 281 268	91	68 887	2,8	4 011	2 691	1 085	235	0,16
1974	24 228	1 989 315	82	67 825	2,8	3 644	2 449	967	228	0,15
1975	23 301	1 760 713	76	61 590	2,6	3 137	2 069	871	197	0,13
1976	24 458	1 828 743	75	59 278	2,4	3 154	2 049	895	210	0,13
1977	24 340	1 809 810	74	58 933	2,4	2 970	1 989	802	179	0,12
1978	24 668	1 817 510	74	56 408	2,3	2 825	1 927	716	182	0,11
1979	25 237	1 901 602	75	59 371	2,4	2 822	1 996	633	193	0,11
1980	25 597	1 917 211	75	57 873	2,3	2 597	1 807	612	178	0,10
1981	25 448	1 763 167	69	57 501	2,3	2 450	1 689	563	198	0,10
1982	24 967	1 593 446	64	55 362	2,2	2 196	1 492	520	184	0,09
1983	24 555	1 510 924	62	51 341	2,1	2 069	1 406	498	165	0,08
1984	25 072	1 517 008	61	50 284	2,0	1 918	1 319	460	139	0,08
1985	25 616	1 536 090	60	49 681	1,9	1 795	1 204	445	146	0,07
1986	28 532	1 581 423	55	48 883	1,7	1 576	1 069	349	118	0,06
1987	28 654	1 568 813	55	47 337	1,7	1 524	1 057	356	111	0,05
1988	29 168	1 578 995	54	46 192	1,6	1 605	1 130	363	112	0,06
1989	29 760	1 601 847	54	43 707	1,5	1 515	1 098	330	87	0,05

¹⁾ Die Zahl der Vollarbeiter für die Jahre 1949 und 1950 ist vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aus der Zahl der Versicherten geschätzt.

Tabelle 2

Arbeitsunfälle der gewerblichen Berufsgenossenschaften
— absolute Zahlen und Häufigkeit je 1 000 000 Arbeitsstunden —

Seit 1969

Jahr	Zahl der Arbeitsstunden in 1 000	Angezeigte Arbeitsunfälle		Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle		Tödliche Arbeitsunfälle	
		absolut	je 1 Mio. Arbeitsstunden	absolut	je 1 Mio. Arbeitsstunden	absolut	je 1 Mio. Arbeitsstunden
1	2	3	4	5	6	7	8
1969	36 368 423	1 969 909	54	48 902	1,3	2 622	0,07
1970	37 495 990	2 010 395	54	51 496	1,4	2 696	0,07
1971	37 637 554	1 959 759	52	51 499	1,4	2 992	0,08
1972	37 442 968	1 868 546	50	49 326	1,3	2 706	0,07
1973	37 797 009	1 854 677	49	47 267	1,3	2 691	0,07
1974	36 634 146	1 627 880	44	46 238	1,3	2 449	0,07
1975	34 472 600	1 406 998	41	42 025	1,2	2 069	0,06
1976	34 814 938	1 471 240	42	39 459	1,1	2 049	0,06
1977	35 102 864	1 456 301	41	40 009	1,1	1 989	0,06
1978	35 467 072	1 454 617	41	38 827	1,1	1 927	0,05
1979	36 319 442	1 524 928	42	40 796	1,1	1 996	0,05
1980	36 682 750	1 541 214	42	40 051	1,1	1 807	0,05
1981	36 359 545	1 397 976	38	40 056	1,1	1 689	0,05
1982	35 480 094	1 228 317	35	39 478	1,1	1 492	0,04
1983	34 623 402	1 144 814	33	35 119	1,0	1 406	0,04
1984	35 592 835	1 153 321	32	34 749	1,0	1 319	0,04
1985	36 334 319	1 166 468	32	34 431	0,9	1 204	0,03
1986	37 613 758	1 212 064	32	33 737	0,9	1 069	0,03
1987	37 765 675	1 211 517	32	32 537	0,9	1 057	0,03
1988	38 665 768	1 234 634	32	32 256	0,8	1 130	0,03
1989	39 371 662	1 262 374	32	30 840	0,8	1 098	0,03

Tabelle 3

Angezeigte und erstmals entschädigte Wegeunfälle sowie Häufigkeiten
je 1 000 Versicherte seit 1949

Jahr	Versicherte ¹⁾ in 1 000	Angezeigte Wegeunfälle		Erstmals entschädigte Wegeunfälle		Tödliche Wegeunfälle	
		absolut	je 1 000 Versicherte	absolut	je 1 000 Versicherte	absolut	je 1 Mio. Versicherte
1	2	3	4	5	6	7	8
1949	23 690	56 286	2,38	4 470	0,19	683	28,83
1950	25 198	86 582	3,44	6 795	0,27	809	32,11
1951	27 593	107 509	3,90	9 413	0,34	1 122	40,66
1952	29 181	140 088	4,80	10 999	0,38	1 101	37,73
1953	29 738	178 998	6,02	14 567	0,49	1 322	44,45
1954	30 519	193 816	6,35	16 101	0,53	1 539	50,43
1955	31 946	244 925	7,67	18 064	0,57	1 843	57,69
1956	32 508	256 711	7,90	19 743	0,61	1 841	56,63
1957	32 424	240 451	7,42	19 423	0,60	1 836	56,62
1958	32 596	267 615	8,21	19 153	0,59	1 586	48,66
1959	32 870	273 678	8,33	18 463	0,56	1 594	48,49
1960	32 864	283 605	8,63	18 360	0,56	1 716	52,22
1961	33 371	283 665	8,50	19 152	0,57	1 891	56,67
1962	31 384	271 208	8,64	19 203	0,61	1 763	56,18
1963	33 304	288 164	8,65	19 007	0,57	1 576	47,32
1964	32 568	267 971	8,23	17 450	0,54	1 813	55,67
1965	32 606	255 297	7,83	17 086	0,52	1 809	55,48
1966	32 493	239 942	7,38	17 785	0,55	1 923	59,18
1967	31 763	209 512	6,60	15 946	0,50	1 853	58,34
1968	32 128	223 799	6,97	15 544	0,48	1 684	52,42
1969	32 194	243 916	7,58	15 713	0,49	1 740	54,05
1970	32 550	255 480	7,85	17 584	0,54	1 852	56,90
1971	30 764	221 592	7,20	16 056	0,52	1 879	61,08
1972	30 588	213 468	6,98	14 652	0,48	1 825	59,66
1973	31 989	228 542	7,14	13 843	0,43	1 695	52,99
1974	31 290	186 827	5,97	12 894	0,41	1 374	43,91
1975	31 690	171 520	5,41	11 896	0,38	1 400	44,18
1976	30 945	188 179	6,08	11 745	0,38	1 373	44,37
1977	31 034	186 432	6,01	12 166	0,39	1 305	42,05
1978	31 363	194 291	6,19	12 171	0,39	1 357	43,27
1979	31 964	233 674	7,31	14 807	0,46	1 261	39,45
1980	32 854	195 595	5,95	12 253	0,37	1 197	36,43
1981	32 759	197 613	6,03	12 726	0,39	1 187	36,23
1982	32 921	176 316	5,36	13 333	0,40	1 043	31,68
1983	33 174	162 794	4,91	11 209	0,34	1 020	30,75
1984	34 380	158 151	4,60	11 351	0,33	978	28,45
1985	35 079	178 538	5,09	11 168	0,32	831	23,69
1986	37 734	169 590	4,49	10 721	0,28	767	20,33
1987	38 852	185 538	4,78	10 765	0,28	725	18,66
1988	39 721	174 202	4,39	9 724	0,24	755	19,01
1989	40 302	173 285	4,30	8 716	0,22	742	18,41

¹⁾ Der Rückgang der Versichertenzahl 1971 gegenüber 1970 ist darauf zurückzuführen, daß die Berufsschüler auf Grund des Gesetzes über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. März 1971 bei der Schülerunfallversicherung ausgewiesen werden.

²⁾ In diesen Zahlen der Spalte 2 sind Doppeltversicherte mit einem Anteil von ca. 10 % enthalten.

Tabelle 4

Berufskrankheiten
ab 1949

Jahr	Vollarbeiter in 1 000 ³⁾	Versicherte ¹⁾²⁾ in 1 000	Berufskrankheit(en)		
			Anzeigen auf Verdacht einer ...	erstmal entschädigte ...	erstmal entschädigte ... mit tödlichem Ausgang
1	2	3	4	5	6
1949	18 033	23 690	37 414	8 361	513
1951	19 989	27 593	34 624	9 306	457
1953	21 304	29 738	53 456	14 521	491
1955	22 575	31 946	51 348	8 952	373
1957	23 133	32 424	33 759	7 960	307
1959	24 123	32 870	32 851	7 942	256
1961	24 324	33 371	33 184	7 306	261
1963	24 345	33 304	27 947	6 779	279
1964	24 859	32 568	28 042	6 284	278
1965	24 951	32 606	27 467	6 464	272
1966	25 028	32 493	26 061	6 152	234
1967	24 129	31 763	26 280	5 836	220
1968	24 327	32 128	25 793	5 316	224
1969	25 599	32 194	27 427	5 464	218
1970	25 218	32 550	25 960	5 173	168
1971	24 828	30 764	27 200	5 374	219
1972	24 668	30 588	30 273	5 488	195
1973	24 965	31 989	32 827	5 580	179
1974	24 228	31 290	36 124	6 072	201
1975	23 301	31 690	38 296	6 104	187
1976	24 458	30 945	43 197	6 474	161
1977	24 340	31 034	48 189	7 581	179
1978	24 668	31 363	45 484	7 248	169
1979	25 237	31 964	45 471	6 446	179
1980	25 597	32 854	45 114	6 235	204
1981	25 448	32 759	42 654	6 120	219
1982	24 967	32 921	37 366	5 652	207
1983	24 555	33 174	35 354	4 792	188
1984	25 072	34 380	35 413	4 407	229
1985	25 616	35 079	37 457	3 971	208
1986	28 532	37 734	44 708	3 779	264
1987	28 654	38 852	47 265	3 760	275
1988	29 168	39 721	51 747	4 048	285
1989	29 760	40 302	54 467	4 400	300

¹⁾ Der Rückgang der Versichertenzahl von 1971 gegenüber 1970 ist darauf zurückzuführen, daß die Berufsschüler auf Grund des Gesetzes über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. März 1971 bei der Schülerunfallversicherung ausgewiesen werden.

²⁾ In den Zahlen der Spalte 2 sind Doppelversicherte mit einem Anteil von ca. 10% enthalten.

³⁾ Die Zahl der Vollarbeiter für das Jahr 1949 ist vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aus der Zahl der Versicherten geschätzt.

Tabelle 5

Die vier häufigsten Berufskrankheiten
(angezeigte und erstmals entschädigte Fälle) seit 1949

Jahr	Nr. 2102 Meniskus- schäden		Nr. 2301 Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit		Nr. 4101 Quarzstaublungen- erkrankungen (Silikose)		Nr. 5101 Hauterkrankungen	
	ange- zeigte	erstmal s entschädigte	ange- zeigte	erstmal s entschädigte	ange- zeigte	erstmal s entschädigte	ange- zeigte	erstmal s entschädigte
	Fälle		Fälle		Fälle		Fälle	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1949	—	—	26	7	23 689	5 184	1 784	104
1951	—	—	83	12	19 281	5 263	3 689	267
1953	1 385	227	140	32	28 041	10 385	4 966	359
1955	1 226	417	109	13	22 560	4 947	6 123	416
1957	1 272	632	135	22	8 822	4 323	5 047	410
1959	1 978	1 147	129	16	6 599	3 976	6 197	462
1961	2 284	1 299	274	22	6 229	3 238	6 420	519
1963	2 136	1 266	444	78	5 618	2 817	7 068	494
1964	2 308	1 361	526	100	5 343	2 450	7 618	456
1965	2 442	1 369	722	124	5 285	2 415	7 719	492
1966	2 214	1 541	903	165	5 399	2 070	6 965	500
1967	1 964	1 379	1 123	173	5 206	1 870	6 647	460
1968	2 070	1 050	1 192	324	4 996	1 525	6 910	435
1969	2 279	1 093	1 833	524	5 814	1 396	6 997	518
1970	1 774	866	2 007	622	5 244	1 300	6 642	543
1971	1 675	829	3 163	715	4 964	1 314	6 852	500
1972	1 584	731	4 607	979	5 482	1 272	7 597	513
1973	1 781	619	6 337	1 145	5 241	1 337	8 327	476
1974	1 712	746	9 890	1 589	5 726	1 208	7 756	501
1975	1 636	624	12 418	2 028	6 324	1 092	7 778	390
1976	1 598	672	13 789	2 452	4 901	976	8 820	361
1977	1 552	546	20 592	3 514	4 418	1 054	10 001	378
1978	1 325	684	18 121	3 286	4 071	1 002	10 259	399
1979	1 231	521	17 664	2 635	3 738	940	11 144	460
1980	1 170	450	16 256	2 639	3 820	1 003	12 028	423
1981	1 002	476	14 164	2 408	3 491	930	12 120	506
1982	922	371	10 791	2 087	3 233	1 009	10 945	507
1983	913	340	9 640	1 512	3 207	842	10 170	455
1984	883	274	8 617	1 268	3 268	782	10 890	441
1985	891	250	8 828	1 180	3 146	631	11 602	460
1986	943	241	10 039	992	3 119	653	13 737	462
1987	965	244	10 516	1 023	2 888	606	15 499	408
1988	1 884	269	10 826	1 052	2 709	599	16 737	508
1989	2 193	250	10 147	1 185	2 753	545	18 333	663

Tabelle 6

Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kindern in Kindergärten
Versicherte, Unfälle, Berufskrankheiten sowie Aufwendungen seit 1972

Jahr	Versi- cherte in 1 000	angezeigte		Anzeigen auf Verdacht einer Berufs- krankheit	Erstmals entschädigte			Tödliche		Aufwen- dungen in 1 000 DM ¹⁾
		Schul- unfälle	Wege- unfälle		Schul- unfälle	Wege- unfälle	Berufs- krank- heiten	Schul- unfälle	Wege- unfälle	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1972	12 600	452 662	72 498	14	759	782	2	43	314	72 380
1973	13 170	517 964	79 917	44	1 374	1 248	2	34	291	99 880
1974	14 000	567 319	79 903	9	1 602	1 408	0	40	276	139 900
1975	14 595	599 808	85 316	19	1 706	1 585	4	33	308	175 593
1976	14 487	665 710	89 316	12	1 828	1 632	6	24	295	202 000
1977	14 800	731 813	92 808	22	2 028	1 871	1	38	289	225 000
1978	14 318	751 187	96 818	54	1 987	1 753	4	19	309	251 200
1979	14 400	801 705	107 138	72	2 171	1 859	11	30	207	279 200
1980	14 366	874 725	107 406	66	2 154	1 670	11	25	184	318 000
1981	14 344	879 358	102 448	86	2 250	1 572	12	19	160	350 000
1982	14 068	886 643	102 770	102	2 019	1 512	10	26	170	382 000
1983	13 714	889 848	104 238	73	2 096	1 552	3	20	191	402 306
1984	12 998	908 811	99 856	98	2 129	1 529	9	21	141	420 471
1985	12 747	904 653	101 576	92	2 258	1 523	3	18	164	427 652
1986	12 612	881 969	94 423	85	2 193	1 345	3	5	119	361 641
1987	12 137	897 810	94 137	90	2 267	1 253	3	21	112	366 310
1988	11 985	902 057	92 292	73	2 272	1 189	2	19	106	369 191
1989	11 909	884 182	89 036	96	1 961	1 034	3	19	69	355 806

¹⁾ Ab 1986 ohne Vermögensaufwendungen und sonstige Ausgaben

Verzeichnis der Arbeitsschutzvorschriften des Bundes

(Stand: 1. Oktober 1990)

Inhaltsverzeichnis	Seite	
A. Grundlegende und ermächtigende Gesetze . . .	1	
B. Vorschriften des Bundes	2	
1. Acetylen	2	
2. Arbeiten im Freien	2	
3. Arbeitsstätten	2	
4. Arbeitszeit	3	
5. Aufzugsanlagen	4	
6. Aufsichtsbehörden	4	
7. Bergbau	5	
8. Beschäftigungsverbote oder -beschränkungen für Frauen	5	
9. Berufskrankheiten	5	
10. Brennbare Flüssigkeiten	5	
11. Dampfkesselanlagen	7	
12. Druckbehälter, Druckgasbehälter und Füllanlagen	9	
13. Druckluft	14	
14. Elektrische Anlagen	14	
15. Film	14	
16. Gas	14	
17. Gefahrstoffe	16	
18. Gerätesicherheit	17	
19. Jugendarbeitsschutz	18	
20. Ladenschluß	18	
21. Mutterschutz	18	
22. Seeschifffahrt und Binnenschifffahrt	18	
23. Sonn- und Feiertagsarbeit	18	
24. Sprengstoff	18	
25. Strahlenschutz	19	
26. Unterkunft auf Baustellen	19	
		geändert durch Gesetz vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265)
		7. Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885) geändert durch § 70 des Gesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965)
		8. Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560)
		9. Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) i. d. F. vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1297)
		10. Arbeitszeitordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 10. März 1975 (BGBl. I S. 685)
		11. Gesetz über den Ladenschluß in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382)
		12. Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382)
		13. Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 1976 (BGBl. I S. 1801)
		14. Fahrpersonalgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 640)
		15. Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1988 (BGBl. I S. 1793), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2436), § 15a
A. Grundlegende und ermächtigende Gesetze		
1. Gewerbeordnung (GewO) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 28. Juni 1990 (BGBl. I S. 1221) §§ 24, 24a — d, 105a — j, 120a — f, 139b, g und h		
2. Reichsversicherungsordnung (RVO) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 820-1, veröffentlichten Fassung §§ 546, 708-722		
3. Bundesberggesetz (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2450) 61, 65 — 74		
4. Heimarbeitsgesetz vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191), zuletzt geändert am 13. Juli 1988 (BGBl. I S. 1034)		
5. Seemannsgesetz vom 26. Juli 1957 (BGBl. III 9513-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2590)		
6. Gesetz über technische Arbeitsmittel (Gerätesicherheitsgesetz) vom 24. Juni 1968 (BGBl. I S. 717), zuletzt		
		geändert durch Gesetz vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265)
		7. Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885) geändert durch § 70 des Gesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965)
		8. Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560)
		9. Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) i. d. F. vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1297)
		10. Arbeitszeitordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 10. März 1975 (BGBl. I S. 685)
		11. Gesetz über den Ladenschluß in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382)
		12. Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382)
		13. Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 1976 (BGBl. I S. 1801)
		14. Fahrpersonalgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 640)
		15. Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1988 (BGBl. I S. 1793), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2436), § 15a
		16. Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz — ChemG —) vom 16. September 1980 (BGBl. I S. 1718), neugefaßt am 14. März 1990 (BGBl. I S. 521)
		17. Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (Gentechnikgesetz — GenTG) vom 20. Juni 1990 (BGBl. I S. 1080)
		18. Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814), Neufassung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert am 14. März 1990 (BGBl. I S. 478)
		19. Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz — SprengG —) in der Fassung vom 17. April 1986 (BGBl. I S. 577)
		20. Gesetz über Sicherheitskinefilme (Sicherheitsfilmgesetz) vom 11. Juni 1957 (BGBl. I S. 604) zuletzt geändert am 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265)

B. Vorschriften des Bundes**1. Acetylen**

- 1.1 Verordnung über Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager (Acetylenverordnung — AcetV —) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 220), geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2441)
- 1.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Acetylenverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)
- 1.3 Technische Regeln für Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager (TRAC), aufgestellt vom Deutschen Acetylenausschuß (DACA), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;

TRAC 001

„Allgemeines, Aufbau und Anwendung der TRAC“, Ausgabe September 1975 (ArbSch. 9/1975 S. 359), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 201

„Acetylenentwickler“, Ausgabe September 1973 (ArbSch. 10/1973 S. 417), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 202

„Acetylenkühler, -trockner und -reiniger“ Ausgabe Februar 1976 (ArbSch. 9/1976 S. 324), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 203

„Acetylenverdichter“, Ausgabe Mai 1974 (ArbSch. 5/1974 S. 150), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 204

„Acetylenleitungen“, Ausgabe Mai 1978 (BARbBl. 1/1979 S. 77), zuletzt geändert BARbBl. 10/1988 S. 44

TRAC 205

„Acetylenpeicher“, Ausgabe September 1973 (ArbSch. 10/1973 S. 417), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 206

„Acetylenflaschenbatterieanlagen“, Ausgabe Oktober 1988 (BARbBl. 10/1988 S. 45)

TRAC 207

„Sicherheitseinrichtungen“, Ausgabe Mai 1978 (BARbBl. 1/1979 S. 77), zuletzt geändert BARbBl. 7-8/1979 S. 76

TRAC 208

„Acetyleneinzelflaschenanlagen“, Ausgabe Oktober 1988 (BARbBl. 10/1988 S. 49)

TRAC 209

„Anlagen zur Herstellung und Abfüllung von unter Druck gelöstem Acetylen (Acetylenwerke, Dissousgaswerke)“, Ausgabe November 1982 (BARbBl. 11/1982 S. 39)

TRAC 301

„Calciumcarbidlager“, Ausgabe Juni 1971 (ArbSch. 7-8/1971 S. 227), zuletzt geändert BARbBl. 10/1988 S. 44)

TRAC 302

„Kalkschlammgruben“, Ausgabe Mai 1978 (BARbBl. 1/1979 S. 77), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 401

„Richtlinie für die Prüfungen von Acetylenanlagen durch Sachverständige (Prüfrichtlinie)“, Ausgabe Mai 1978 (BARbBl. 1/1979 S. 77), zuletzt geändert BARbBl. 11/1982 S. 48

TRAC 402

„Richtlinie für die Prüfung von Acetylenflaschenbatterieanlagen durch Sachkundige (Sachkundigen-Prüfrichtlinie)“, Ausgabe November 1982 (BARbBl. 11/1982 S. 39)

TRAC 410

„Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Acetylenanlagen“, Ausgabe Juli 1980 (BARbBl. 7-8/1980 S. 123)

2. Arbeiten im Freien

- 2.1 Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März (Arbeitsschutz-VO für Winterbaustellen) vom 1. August 1968 (BGBl. I S. 901), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20.3.1975 (BGBl. I S. 729)

3. Arbeitsstätten

- 3.1 Verordnung über Arbeitsstätten (ArbStättV) vom 20. März 1975 (BGBl. I S. 729) zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. August 1983 (BGBl. I S. 1057)

- 3.2 Arbeitsstätten-Richtlinien (ASR)
Bekanntmachungen des BMA, veröffentlicht im Bundesarbeitsblatt;

ASR 5

„Lüftung“

Ausgabe Oktober 1979 (BARbBl. 10/1979 S. 103), berichtigt BARbBl. 12/1984 S. 85

ASR 6/1,3

„Raumtemperaturen“

Ausgabe April 1976 (ArbSch. 4/1976 S. 1130), berichtigt ArbSch. 5/1977 S. 98 und BARbBl. 12/1984 S. 85

ASR 7/1

„Sichtverbindung nach außen“

Ausgabe April 1976 (ArbSch. 4/1976 S. 130)

ASR 7/3

„Künstliche Beleuchtung“

Ausgabe Juni 1979 (BARbBl. 7/1979 S. 62), berichtigt BARbBl. 3/1981 S. 68

ASR 7/4

„Sicherheitsbeleuchtung“

Ausgabe März 1981 (BARbBl. 3/1981 S. 68), berichtigt BARbBl. 9/1988 S. 46

ASR 8/1

„Fußböden“

Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 5/1977 S. 98), berichtigt BARbBl. 3/1981 S. 68, BARbBl. 12/1984 S. 85 und BARbBl. 9/1988 S. 46

ASR 8/4

„Lichtdurchlässige Wände“

Ausgabe Februar 1977 (ArbSch. 2/1977 S. 50), berichtigt BARbBl. 3/1981 S. 68

ASR 8/5

„Nicht durchtrittssichere Dächer“

Ausgabe Februar 1977 (ArbSch. 2/1977 S. 52), berichtigt BARbBl. 3/1981 S. 68

ASR 10/1

„Türen, Tore“

Ausgabe September 1985 (BARbBl. 9/1985 S. 79), berichtigt BARbBl. 9/1988 S. 46

- ASR 10/5 „Glastüren, Türen mit Glaseinsatz“
Ausgabe April 1976 (ArbSch. 4/1976 S. 132), berichtigt ArbSch. 9/1976 S. 318 und BArbBl. 3/1981 S. 68
- ASR 10/6 „Schutz gegen Ausheben, Herausfallen und Herabfallen von Türen und Toren“
Ausgabe Oktober 1979 (BArbBl. 10/1979 S. 103), berichtigt BArbBl. 12/1984 S. 85
- ASR 11/1-5 „Kraftbetätigte Türen und Tore“
Ausgabe September 1985 (BArbBl. 9/1985 S. 81)
- ASR 12/1-3 „Schutz gegen Absturz und herabfallende Gegenstände“
Ausgabe Oktober 1986 (BArbBl. 10/86 S. 71)
- ASR 13/1,2 „Feuerlöscheinrichtungen“
Ausgabe Mai 1979 (BArbBl. 5/1979 S. 62), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68, 12/1984 S. 85 und BArbBl. 9/1988 S. 46
- ASR 17/1,2 „Verkehrswege“
Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 34), berichtigt BArbBl. 9/1988 S. 46
- ASR 18/1-3 „Fahrtreppen und Fahrsteige“
Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 5/1977 S. 99), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68
- ASR 20 „Steigeisengänge“
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 5/1976 S. 176)
- ASR 25/1 „Sitzgelegenheiten“
Ausgabe Oktober 1985 (BArbBl. 12/1985 S. 106), berichtigt BArbBl. 9/1988 S. 46
- ASR 29/1-4 „Pausenräume“
Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 6/1977 S. 141), berichtigt ArbSch. 10/1977 S. 282, BArbBl. 12/1984 S. 85 und BArbBl. 9/1988 S. 46
- ASR 31 „Liegeräume“
Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 6/1977 S. 142)
- ASR 34/1-5 „Umkleideräume“
Ausgabe Juni 1976 (ArbSch. 6/1976 S. 215), berichtigt BArbBl. 7-8/1979 S. 65, 3/1981 S. 68 und BArbBl. 9/1988 S. 46
- ASR 35/1-4 „Waschräume“
Ausgabe September 1976 (ArbSch. 9/1976 S. 320), berichtigt ArbSch. 10/1977 S. 282, BArbBl. 7-8/1979 S. 65, 3/1981 S. 68 und BArbBl. 9/1988 S. 47
- ASR 35/5 „Waschgelegenheiten außerhalb von erforderlichen Waschräumen“
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 5/1976 S. 178), berichtigt ArbSch. 9/1976 S. 318 und 10/1977 S. 282
- ASR 37/1 „Toilettenräume“
Ausgabe September 1976 (ArbSch. 9/1976 S. 322), berichtigt ArbSch. 5/1977 S. 98, 10/1977 S. 282 und BArbBl. 7-8/1979 S. 65
- ASR 38/2 „Sanitätsräume“
Ausgabe Oktober 1986 (BArbBl. 10/1986 S. 62)
- ASR 39/1,3 „Mittel und Einrichtungen zur Ersten Hilfe“
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 5/1976 S. 180), berichtigt ArbSch. 5/1977 S. 98, BArbBl. 3/1981 S. 68 und BArbBl. 9/1988 S. 47

- ASR 41/3 „Künstliche Beleuchtung für Arbeitsplätze und Verkehrswege im Freien“
Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 68)

- ASR 45/1-6 „Tagesunterkünfte auf Baustellen“
Ausgabe November 1977 (ArbSch. 11/1977 S. 333), berichtigt BArbBl. 12/1964 S. 85 und BArbBl. 9/1988 S. 47

- ASR 47/1-3,5 „Waschräume für Baustellen“
Ausgabe November 1977 (ArbSch. 11/1977 S. 334)

- ASR 48/1,2 „Toiletten und Toilettenräume auf Baustellen“
Ausgabe November 1977 (ArbSch. 11/1977 S. 335)

4. Arbeitszeit

- 4.1 Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-1-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 24 der Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967)
- 4.2 Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-8-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967)
- 4.3 Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 241 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469)
- 4.4 Verordnung über die Arbeitszeit in Kokereien und Hochofenwerken in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-3, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.5 Verordnung über die Arbeitszeit in Gaswerken in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-4, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.6 Verordnung über die Arbeitszeit in Metallhütten in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-5, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.7 Verordnung über die Arbeitszeit in Stahlwerken, Walzwerken und anderen Anlagen der Großisenindustrie in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-6, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.8 Verordnung über die Arbeitszeit in der Zementindustrie in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-7, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.9 Anordnung über Ruhezeiten für Gefolgschaftsmitglieder in Gast- und Schankwirtschaften in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-11, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.10 Anordnung über Freizeit für Gefolgschaftsmitglieder in Gast- und Schankwirtschaften in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-12, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 4.11 Fahrpersonalverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2344), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Juli 1990 (BGBl. I S. 1484)

- 4.12 Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (ABl. EG Nr. L 370/1)
- 4.13 Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über die Einführung eines Kontrollgerätes im Straßenverkehr (ABl. EG Nr. L 370/8)

5. Aufzugsanlagen

- 5.1 Verordnung über Aufzugsanlagen (Aufzugsverordnung — AufzV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 205), geändert durch Erste Verordnung zur Änderung der Aufzugsverordnung vom 17. August 1988 (BGBl. I S. 1685)
- 5.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Aufzugsverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)
- 5.3 Technische Regeln für Aufzüge (TRA), aufgestellt vom Deutschen Aufzugausschuß (DAA), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt:

- TRA 001 „Allgemeines, Aufbau und Anwendung der Technischen Regeln für Aufzüge (TRA)“
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 63)
- TRA 002 „Verzeichnis der in den TRA angeführten DIN-Normen, AD-Merkblätter und VDE-Bestimmungen“
Ausgabe Dezember 1981 (BArbBl. 12/1981 S. 93)
- TRA 003 „Berechnung der Treibscheibe“
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 83)
- TRA 006 „Wesentliche Änderungen“
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 7-8/1986 S. 60)
- TRA 007 „Betrieb“
Ausgabe Oktober 1985 (BArbBl. 10/1985 S. 74)
- TRA 101 „Richtlinie für die Prüfung von Bauteilen nach § 17 der Aufzugsverordnung (AufzV)“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 11/1980 S. 77), zuletzt geändert BArbBl. 6/1988 S. 41
- TRA 102 „Richtlinie für die Prüfung von Aufzugsanlagen“
Ausgabe April 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 38), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 92
- TRA 104 „Richtlinie für die Prüfung von Fassadenaufzügen mit motorbetriebenem Hubwerk“
Ausgabe April 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 42), geändert BArbBl. 5/1983 S. 56
- TRA 105 „Richtlinie für die Prüfung von Bauaufzügen mit Personenbeförderung“
Ausgabe April 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 47), geändert BArbBl. 5/1982 S. 104
- TRA 106 „Leitsysteme für Fernnotrufe“
Ausgabe März 1990 (BArbBl. 3/1990 S. 87)

- TRA 200 „Personenaufzüge, Lastenaufzüge, Güteraufzüge“
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 33), zuletzt geändert BArbBl. 1/1989 S. 73
- TRA 300 „Vereinfachte Güteraufzüge, Behälteraufzüge, Unterfluraufzüge“
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 56), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1986 S. 57
- TRA 400 „Kleingüteraufzüge“
Ausgabe Dezember 1984 (BArbBl. 12/1984 S. 55), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 92
- TRA 500 „Personen-Umlaufaufzüge“
Ausgabe September 1972 (ArbSch. 10-11/1972, S.393), geändert BArbBl. 10/1985 S. 81
- TRA 600 „Mühlenaufzüge“
Ausgabe September 1972 (ArbSch. 10-11/1972 S. 395), geändert BArbBl. 7-8/1986 S. 58
- TRA 700 „Lagerhausaufzüge“
Ausgabe September 1972 (ArbSch. 10-11/1972 S. 399), geändert BArbBl. 7-8/1986 S. 58
- TRA 900 „Fassadenaufzüge mit motorbetriebenem Hubwerk“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 3/1976 S. 89)
- TRA 1100 „Bauaufzüge mit Personenbeförderung“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 3/1976 S.94), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1986 S. 58
- DIN EN 81 Elektrisch betriebene Aufzüge
Teil 1 Ausgabe Oktober 1986 (BArbbl. 5/1987 S. 49)
- DIN EN 81 Hydraulisch betriebene Aufzüge
Teil 2 Ausgabe Juli 1989 (BArbBl. 9/1989 S. 58)

6. Aufsichtsbehörden

- 6.1 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der Träger der Unfallversicherung und der Gewerbeaufsichtsbehörden vom 26. Juli 1968 (Bundesanzeiger Nr. 142) i. d. F. der Änderungs-Verwaltungsvorschrift vom 28. November 1977 (Bundesanzeiger Nr. 225)
- 6.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der technischen Aufsichtsbeamten der Träger der Unfallversicherung mit den Betriebsvertretungen vom 21. Juni 1968 (Bundesanzeiger Nr. 116) i. d. F. der Änderungs-Verwaltungsvorschrift vom 28. November 1977 (Bundesanzeiger Nr. 225)
- 6.3 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der Berufsgenossenschaften und der für die Bergaufsicht zuständigen Behörden vom 12. Februar 1986 (Bundesanzeiger Nr. 32 vom 15. Februar 1986)
- 6.4 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Selbstverwaltung und die Geschäftsführung sowie über die Durchführung der gesetzlichen Unfallversicherung im Zuständigkeitsbereich der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung (AVV-BAFU) vom 12. Juli 1983 (BArbBl. 9/83 S. 60)

7. Bergbau

- 7.1 Bergverordnung zum Schutz der Gesundheit gegen Klimaeinwirkungen (Klima-Bergverordnung — KlimaBergV) vom 9. Juni 1983 (BGBl. I S. 685)
- 7.2 Bergverordnung über die allgemeine Zulassung schlagwettergeschützter und explosionsgeschützter elektrischer Betriebsmittel (Elektrozulassungs-Bergverordnung — ELZulBergV) vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1598), geändert durch Verordnung vom 20. März 1989 (BGBl. I S. 552)
- 7.3 Bergverordnung für den Festlandsockel (Festlandsokkel-Bergverordnung-FlsBergV) vom 21. März 1989 (BGBl. I S. 554)

8. Beschäftigungsverbote oder -beschränkungen für Frauen

- 8.1 Verordnung über die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen vom 2. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1957)
- 8.2 Anordnung über Arbeitszeitverkürzung für Frauen, Schwerbeschädigte und minderleistungsfähige Personen (Freizeitanordnung) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-9, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 8.3 Gesetz über den Hausarbeitstag Bremen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-9-a, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 8.4 Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über den Hausarbeitstag Bremen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-9-a1, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 8.5 Gesetz über den Hausarbeitstag Hamburg in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-9-b, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 8.6 Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Hausarbeitstag Hamburg vom 21. März 1950 (Hamburgische GVBl. S. 110)
- 8.7 Gesetz betreffend hauswirtschaftliche Freizeit für Frauen Niedersachsen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-9-c, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 8.8 Gesetz über Freizeitgewährung für Frauen mit eigenem Hausstand Nordrhein-Westfalen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-9-d, veröffentlichten bereinigten Fassung

9. Berufskrankheiten

- 9.1 Siebente Berufskrankheiten-Verordnung vom 20. Juni 1968 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert mit Verordnung vom 22. März 1988 (BGBl. I S. 400).

10. Brennbare Flüssigkeiten

- 10.1 Verordnung für Anlagen zur Lagerung, Abfüllung und Beförderung brennbarer Flüssigkeiten zu Lande (Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — VbF) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 173), geändert durch Verordnung vom 3. Mai 1982 (BGBl. I S. 569)
- 10.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über brennbare Flüssigkeiten vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

10.3 Technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten (TRbF), aufgestellt vom Deutschen Ausschuss für brennbare Flüssigkeiten (DAbF), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;

- TRbF 001 „Aufbau und Anwendung der TRbF“
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34)
- TRbF 001 „Übersicht über den Stand der TRbF“
Anl.1 Ausgabe März 1986 (BArbBl. 3/1986 S. 72)
- TRbF 002 „Zusammenstellung von Normen, Merkblättern, Unfallverhütungsvorschriften und dergleichen zu den TRbF der Reihen 100 und 200“
Ausgabe April 1983 (BArbBl. 4/1983 S. 41), geändert BArbBl. 2/1984 S. 105
- TRbF 003 „Einstufung brennbarer Flüssigkeiten — Prüfverfahren —“
Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 55)
- TRbF 100 „Allgemeine Sicherheitsanforderungen“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 63
- TRbF 110 „Läger“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 63
- TRbF 111 „Füllstellen, Entleerstellen, Flugfeldbetankungsstellen“
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 63 und 64
- TRbF 112 „Tankstellen“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 64
- TRbF 120 „Ortsfeste Tanks aus metallischen und nichtmetallischen Werkstoffen — Allgemeines“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 68 und 69
- TRbF 121 „Ortsfeste Tanks aus metallischen Werkstoffen“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69
- TRbF 131 „Rohrleitungen innerhalb des Werkge-
landes“
Teil 1 Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 55), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 64
- TRbF 131 „Schlauchleitungen“
Teil 2 Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), geändert BArbBl. 5/1989 S. 69
- TRbF 141 „Tanks auf Fahrzeugen“
Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 42), geändert BArbBl. 9/1990 S. 64
- TRbF 142 „Tankcontainer“
Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 44), geändert BArbBl. 9/1990 S. 64

- TRbF 143 „Ortsbewegliche Gefäße“
Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 46), geändert BArbBl. 9/1990 S. 64
- TRbF 180 „Betriebsvorschriften“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 64
- TRbF 200 „Allgemeine Sicherheitsanforderungen“
Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69
- TRbF 210 „Läger“
Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 65
- TRbF 211 „Füllstellen, Entleerstellen“
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), geändert BArbBl. 5/1989 S. 69
- TRbF 212 „Tankstellen“
Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 1/1988 S. 38
- TRbF 220 „Ortsfeste Tanks aus metallischen und nichtmetallischen Werkstoffen — Allgemeines“
Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 65
- TRbF 221 „Ortsfeste Tanks aus metallischen Werkstoffen“
Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35), geändert BArbBl. 3/1986 S. 72
- TRbF 231 „Rohrleitungen innerhalb des Werkge-
landes einschließlich Rohrleitungen zur
Teil 1 Versorgung von Ölfeuerungsanlagen“
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69
- TRbF 280 „Betriebsvorschriften“
Ausgabe April 1983 (BArbBl. 4/1983 S. 41), zuletzt geändert BArbBl. 9/1990 S. 65
- TRbF 301 „Richtlinie für Fernleitungen zum Be-
fordern gefährdender Flüssigkeiten —
RFF —“
Ausgabe April 1982 (BArbBl. 4/1982 S. 93),
zuletzt geändert BArbBl. 1/1988 S. 38
- TRbF 302 „Richtlinie für Verbindungsleitungen
zum Befördern gefährdender Flüssigkei-
ten — RVF —“
Ausgabe September 1982 (BArbBl. 9/1982
S. 78), zuletzt geändert BArbBl. 6/1986
S. 71
- TRbF 401 „Richtlinie für Innenbeschichtungen von
Tanks zur Lagerung brennbarer Flüssig-
keiten der Gefahrkategorie A I, A II und B
(Richtlinie Innenbeschichtungen A I, A II
und B)“
Ausgabe Dezember 1981 (BArbBl. 12/1981
S. 55), geändert BArbBl. 12/1982
S. 34
- TRbF 402 „Richtlinie für Innenbeschichtungen von
Tanks zur Lagerung brennbarer Flüssig-
keiten der Gefahrkategorie A III (Richtlinie
Innenbeschichtungen A III)“
Ausgabe Dezember 1981 (BArbBl. 12/1981
S. 55)
- TRbF 414 „Richtlinie für Faltbehälter zur Zwischen-
lagerung von Heizöl und Dieselmotorkraftstoff
(Richtlinie Faltbehälter A III)“
Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981
S. 55)
- TRbF 501 „Richtlinie/Bau- und Prüfgrundsätze für
Leckanzeigergeräte für Behälter“
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982
S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989
S. 69
- TRbF 502 „Richtlinie/Bau- und Prüfgrundsätze für
Leckanzeigergeräte für doppelwandige
Rohrleitungen“
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982
S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989
S. 69
- TRbF 503 „Richtlinie für die Überwachung der
Montage von Leckanzeigergeräten“
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985
S. 80), geändert BArbBl. 5/1987 S. 47
- TRbF 510 „Richtlinie/Bau- und Prüfgrundsätze für
Überfüllsicherungen“
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985
S. 80), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989
S. 69
- TRbF 511 „Richtlinie für den Bau von Grenzwertge-
bern“
Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35),
zuletzt geändert BArbBl. 3/1986 S. 72
- TRbF 512 „Richtlinie für den Bau von Abfüllsiche-
rungen“
Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35),
zuletzt geändert BArbBl. 3/1986 S. 72
- TRbF 513 „Richtlinie für selbsttätige Zapfventile“
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985
S. 80), geändert BArbBl. 5/1989 S. 68
- TRbF 521 „Richtlinie für den kathodischen Korro-
sionsschutz (KKS) von unterirdischen
Tankanlagen und Rohrleitungen aus me-
tallischen Werkstoffen (KKS-Richtlinie)“
Ausgabe Februar 1984 (BArbBl. 2/1984
S. 105)
- TRbF 522 „Richtlinie für den lokalen kathodischen
Korrosionsschutz (LKS) von unterirdi-
schen Tankanlagen und Rohrleitungen
aus metallischen Werkstoffen (LKS-Richt-
linie)“
Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988
S. 62)
- TRbF 600 „Prüfrichtlinie — Allgemeine Prüfgrund-
sätze“
Ausgabe Oktober 1983 (BArbBl. 10/1983
S. 88)
- TRbF 610 „Prüfrichtlinie — Prüfregeln für Anla-
gen“
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985
S. 80), geändert BArbBl. 1/1988 S. 38
- TRbF 620 „Prüfrichtlinie — Prüfregeln für Tanks
und Rohrleitungen“
Ausgabe Oktober 1983 (BArbBl. 10/1983
S. 88)

11. Dampfkesselanlagen

11.1 Verordnung über Dampfkesselanlagen (Dampfkesselverordnung — DampfkV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 173), geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2441)

11.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Dampfkesselverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

11.3 Technische Regeln für Dampfkessel (TRD), aufgestellt vom Deutschen Dampfkesselausschuß (DDA), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt:

TRD 001 „Aufbau und Anwendung der TRD“
Ausgabe Juni 1970 (ArbSch. 1970 S. 234),
zuletzt geändert BARbBl. 4/1984 S. 60

TRD 001 „Zusammenstellung wichtiger Normen,
Anl. 1 Merkblätter u. dgl.“
Ausgabe September 1989 (BARbBl. 9/1989
S. 59)

TRD 001 „Übersicht über das TRD-Regelwerk“
Anl. 2 Ausgabe November 1988 (BARbBl. 11/1988
S. 45)

TRD 100 „Allgemeine Grundsätze für Werkstoffe“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975
S. 287), zuletzt geändert BARbBl. 5/1985
S. 67

TRD 101 „Bleche, Preß- und Kumpelteile“
Ausgabe September 1985 (BARbBl. 9/1985
S. 77), geändert BARbBl. 5/1988 S. 48

TRD 102 „Nahtlose und elektrisch preßgeschweißte
Rohre aus Stahl“
Ausgabe Dezember 1987 (BARbBl. 12/1987
S. 37)

TRD 103 „Stahlguß“
Ausgabe Juni 1970 (ArbSch. 9/1970
S. 236), zuletzt geändert BARbBl. 5/1981
S. 68

TRD 104 „Schüsse, Trommeln und ähnliche Hohl-
körper ohne Längsschweißnaht mit einem
lichten Durchmesser von 600 mm und mehr
aus Stahl“
Ausgabe Juni 1981 (BARbBl. 6/1981 S. 68)

TRD 106 „Schrauben und Muttern aus Stahl“
Ausgabe Mai 1982 (BARbBl. 5/1982 S. 52),
zuletzt geändert BARbBl. 5/1988 S. 49

TRD 107 „Kesselteile aus Formstahl und Schmiede-
stücken“
Ausgabe Januar 1989 (BARbBl. 1/1989
S. 70)

TRD 108 „Gußeisen mit Lamellengraphit und Guß-
eisen mit Kugelgraphit“
Ausgabe Juli 1981 (BARbBl. 7-8/1981 S. 61),
zuletzt geändert BARbBl. 5/1988 S. 52

TRD 110 „Armaturengehäuse“
Ausgabe Juni 1989 (BARbBl. 6/1989
S. 103)

TRD 110 „Richtlinien für die Bauteilprüfung von
Anl. 1 Armaturen“
Ausgabe Mai 1974 (ArbSch. 5/1974
S. 154)

TRD 201 „Schweißen von Bauteilen aus Stahl; Ferti-
gung — Prüfung“

Ausgabe Juni 1989 (BARbBl. 6/1989
S. 106),

TRD 201 „Schweißen von Bauteilen aus Stahl
Anl. 1 Richtlinien für die Verfahrensprüfung“
Ausgabe Juni 1989 (BARbBl. 6/1989
S. 109)

TRD 201 „Schweißen von Bauteilen aus Stahl —
Anl. 2 Richtlinien für die Prüfung und Überwa-
chung von Kesselschweißern“
Ausgabe Juni 1989 (BARbBl. 6/1989
S. 112)

TRD 201 „Schweißen von Bauteilen aus Stahl —
Anl. 3 Richtlinien für die Prüfung an geschweiß-
ten Schüssen, Trommeln und Sammlern
mit höherbewerteten Längsschweißnähten
— Arbeitsprüfungen —“
Ausgabe Juni 1989 (BARbBl. 6/1989
S. 113)

TRD 202 „Prüfung von Fertigteilen aus Stahl-
blech“
Ausgabe Februar 1971 (ArbSch. 6/1971
S. 186), geändert ArbSch. 4/1976 S. 134

TRD 203 „Nahtlose Sammler und ähnliche Hohlkör-
per mit einem Innendurchmesser unter
600 mm; Fertigung und Prüfung“
Ausgabe April 1980 (BARbBl. 5/1980 S. 91),
geändert BARbBl. 5/1981 S. 68

TRD 300 „Festigkeitsberechnung von Dampfkes-
seln“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975
S. 288), zuletzt geändert BARbBl. 5/1986
S. 50

TRD 301 „Zylinderschalen unter innerem Über-
druck“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975
S. 293), zuletzt geändert BARbBl. 4/1984
S. 60

TRD 301 „Berechnung auf Wechselbeanspruchung
Anl. 1 durch schwellenden Innendruck bzw.
durch kombinierte Innendruck- und Tem-
peraturänderungen“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975
S. 299), zuletzt geändert BARbBl. 5/1986
S. 51

TRD 301 „Berechnung von Rohrbögen“
Anl. 2 Ausgabe Oktober 1976 (ArbSch. 1/1977
S. 22), zuletzt geändert ArbSch. 4/1978
S. 122

TRD 303 „Kugelschalen und gewölbte Böden unter
innerem und äußerem Überdruck“
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 7-8/1976
S. 247), zuletzt geändert BARbBl. 3/1980
S. 58

TRD 304 „Gewölbte Flammrohrböden“
Ausgabe August 1964 (Beiheft zu
ArbSch. 9/1965), zuletzt geändert ArbSch.
4/1975 S. 142

TRD 305 „Ebene Wandungen, Verankerungen und
Versteifungsträger“
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. 8-9/1977
S. 210), zuletzt geändert BARbBl. 6/1989
S. 103

TRD 306 „Zylinderförmige Schalen unter äußerem
Überdruck“
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. 8-9/1977
S. 214)

- TRD 309 „Schrauben“
Ausgabe Juni 1965 (Beiheft zu ArbSch. 9/1965), zuletzt geändert ArbSch. 4/1975 S. 142
- TRD 320 „Glatte Vierkantrohre und Teilkammern unter innerem Überdruck“
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975 S. 290)
- TRD 401 „Ausrüstung für Dampferzeuger der Gruppe IV“
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 40), geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
- TRD 402 „Ausrüstung von Dampfkesselanlagen mit Heißwassererzeugern der Gruppe IV“
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 44), geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
- TRD 403 „Aufstellung von Dampfkesselanlagen mit Dampfkesseln der Gruppe IV“
Ausgabe Juni 1984 (BArbBl. 6/1984 S. 64), geändert BArbBl. 5/1986 S. 51
- TRD 411 „Ölfeuerungen an Dampfkesseln“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 44), geändert BArbBl. 5/1986 S. 51
- TRD 412 „Gasfeuerungen an Dampfkesseln“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 56), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
- TRD 413 „Kohlenstaubfeuerungen an Dampfkesseln“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 66)
- TRD 414 „Holzfeuerungen an Dampfkesseln“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 72), geändert BArbBl. 5/1988 S. 52
- TRD 421 „Sicherheitseinrichtungen gegen Drucküberschreitung — Sicherheitsventile — für Dampfkessel der Gruppen I, III, IV“
Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 76), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
- TRD 431 „Rauchgas-Wasservorwärmer für Dampfkessel der Gruppe IV“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 80), geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
- TRD 450 „Anlagen zur Lagerung von druckverflüssigtem Ammoniak für Dampfkesselanlagen — Allgemeines —“
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 65)
- TRD 451 „Anlagen zur Lagerung von druckverflüssigtem Ammoniak für Dampfkesselanlagen — Druckbehälter —“
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 68)
- TRD 452 „Anlagen zur Lagerung von druckverflüssigtem Ammoniak für Dampfkesselanlagen — Aufstellung, Ausrüstung, Betrieb —“
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 72)
- TRD 500 „Prüfung von Dampfkesselanlagen — Allgemeines“
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 58)
- TRD 501 „Prüfung — Vorprüfung der Unterlagen des Erlaubnisansatzes oder der Anzeige — Prüfung der Ausrüstung, der Aufstellung und der Betriebsverhältnisse —“
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 60)
- TRD 502 „Vorprüfung der Unterlagen des Erlaubnisansatzes — Prüfung der Bemessung der druckführenden Teile und der Konstruktion“
Ausgabe Oktober 1978 (ArbSch. 10/1978 S. 373), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57
- TRD 503 „Prüfung vor Inbetriebnahme, Bauprüfung und Wasserdruckprüfung“
Ausgabe Oktober 1978 (ArbSch. 10/1978 S. 373), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57
- TRD 504 „Prüfung vor Inbetriebnahme — Abnahmeprüfung“
Ausgabe Mai 1980 (BArbBl. 6/1980 S. 86), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57
- TRD 505 „Wiederkehrende Prüfung — äußere Prüfung“
Ausgabe Mai 1980 (BArbBl. 6/1980 S. 87), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57
- TRD 506 „Wiederkehrende Prüfung — innere Prüfung“
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 86), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57
- TRD 507 „Prüfung — Wiederkehrende Prüfung — Wasserdruckprüfung“
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 60)
- TRD 508 „Zusätzliche Prüfungen an Bauteilen, berechnet mit zeitabhängigen Festigkeitskennwerten“
Ausgabe Oktober 1978 (ArbSch. 10/1978 S. 375), geändert BArbBl. 7-8/1986 S. 50
- TRD 508 „Zusätzliche Prüfungen an Bauteilen — Anl. 1 Verfahren zur Berechnung von Bauteilen mit zeitabhängigen Festigkeitskennwerten“
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 7-8/1986 S. 50)
- TRD 509 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Dampfkesselanlagen oder deren Teilen“
Ausgabe September 1982 (BArbBl. 9/1982 S. 73), zuletzt geändert BArbBl. 9/1987 S. 79
- TRD 511 „Prüfung von Dampfkesselanlagen mit Dampfkesseln der Gruppen I, II oder III“
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 61)
- TRD 520 „Richtlinie für das Verfahren der Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb und für das Verfahren der Anzeige von Dampfkesselanlagen“
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 89), zuletzt geändert BArbBl. 5/1985 S. 68
- TRD 601 „Betrieb der Dampfkesselanlagen — Blatt 1 — Allgemeine Anweisung für den Betreiber von Dampfkesselanlagen für Dampfkessel der Gruppe IV“
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 47), zuletzt geändert BArbBl. 5/1988 S. 53
- TRD 601 „Betrieb der Dampfkesselanlagen — Blatt 2 Teil II — Allgemeine Anweisung für die Wartung von Dampfkesselanlagen — Betriebsvorschriften für Dampfkessel der Gruppe IV“
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 78)
- TRD 601 „Erprobung der Dampfkesselanlagen“
Blatt 3 Ausgabe April 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 60)
- TRD 602 „Eingeschränkte Beaufsichtigung von Dampfkesselanlagen mit Dampferzeugern der Gruppe IV“

- Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 83),
geändert BArbBl. 4/1983 S. 56
- TRD 602 „Eingeschränkte Beaufsichtigung von
Blatt 2 Dampfkesselanlagen mit Heißwasserer-
zeugern der Gruppe IV“
Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982
S. 85)
- TRD 602 „Zusätzliche Anforderungen zu TRD 602
Blatt 1 u. für Dampfkessel der Gruppe IV mit Rost-
Blatt 2 feuerungen für Kohle“
Anl. 1 Ausgabe Februar 1971 (ArbSch. 6/1971
S. 187), geändert BArbBl. 5/1981 S. 70
- TRD 603 „Zeitweiliger Betrieb einer Dampfkessel-
Blatt 1 anlage mit einem Dampferzeuger der
Gruppe IV mit herabgesetztem Betriebs-
druck ohne Beaufsichtigung“
Ausgabe Juli 1981 (BArbBl. 7-8/1981
S. 84), geändert BArbBl. 3/1982 S. 96
- TRD 603 „Zeitweiliger Betrieb einer Dampfkessel-
Blatt 2 anlage mit einem Heißwassererzeuger
mit herabgesetzter Vorlauftemperatur
ohne Beaufsichtigung“
Ausgabe Juli 1981 (BArbBl. 7-8/1981
S. 85), zuletzt geändert BArbBl. 5/1985
S. 68
- TRD 604 „Betrieb von Dampfkesselanlagen mit
Blatt 1 Dampferzeugern der Gruppe IV ohne
ständige Beaufsichtigung“
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 70),
zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1989 S. 102
- TRD 604 „Zusätzliche Anforderungen zu TRD 604
Blatt 1 Blatt 1 an Dampfkesselanlagen mit
Anl. 1 Dampferzeugern der Gruppe IV mit Rost-
feuerungen für Kohle“
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/
1987 S. 58), geändert BArbBl. 7-8/1989
S. 102
- TRD 604 „Betrieb von Dampfkesselanlagen und
Blatt 1 Dampferzeugern der Gruppe IV ohne
Anl. 2 ständige Beaufsichtigung — Abgasbe-
heizte Dampferzeuger auf Schiffen“
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 70),
zuletzt geändert BArbBl. 5/1988 S. 53
- TRD 604 „Betrieb von Dampfkesselanlagen mit
Blatt 2 Heißwassererzeugern der Gruppe IV ohne
ständige Beaufsichtigung“
Ausgabe September 1986 (BArbBl. 9/1986
S. 85), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1989
S. 102
- TRD 604 „Zusätzliche Anforderungen an TRD 604
Blatt 2 Blatt 2 an Dampfkesselanlagen mit
Anl. 1 Heißwassererzeugern der Gruppe IV mit
Rostfeuerungen für Kohle“
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/
1987 S. 61)
- TRD 611 „Speisewasser und Kesselwasser von
Dampferzeugern der Gruppe IV“
Ausgabe Juni 1981 (BArbBl. 6/1981 S. 81),
zuletzt geändert BArbBl. 5/1985 S. 68
- TRD 701 „Dampfkesselanlagen mit Dampferzeu-
gern der Gruppe II“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985
S. 84), zuletzt geändert BArbBl. 6/1989
S. 103
- TRD 702 „Dampfkesselanlagen mit Heißwasserer-
zeugern der Gruppe II“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985
S. 90), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990
S. 77)

- TRD 721 „Sicherheitseinrichtungen gegen Druck-
überschreitung — Sicherheitsventile — für
Dampfkessel der Gruppe II“
Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982
S. 98)
- TRD 801 „Dampfkessel der Gruppe I“
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990
S. 77)
- TRD 802 „Dampfkessel der Gruppe III“
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985
S. 99), geändert BArbBl. 6/1989 S. 103)

12. Druckbehälter, Druckgasbehälter und Füllanlagen

- 12.1 Verordnung über Druckbehälter, Druckgasbehälter und Füllanlagen (Druckbehälterverordnung — DruckbehV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 184), geändert durch Verordnung vom 21. April 1989 (BGBl. I S. 830)
- 12.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Druckbehälterverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)
- 12.3 Technische Regeln Druckbehälter (TRB), aufgestellt vom Fachausschuß Druckbehälter bei der Zentralstelle für Unfallverhütung und Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, veröffentlicht vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt:
- TRB 001 „Allgemeines — Aufbau und Anwen-
dung der TRB“
Ausgabe Mai 1983 (BArbBl. 5/1983
S. 55), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989
S. 106
- TRB 002 „Allgemeines — Erläuterungen zu Be-
griffen der Druckbehälterverordnung“
Ausgabe Februar 1984 (BArbBl. 2/1984
S. 91), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989
S. 106
- TRB 010 „Allgemeines — Zusammenstellung der
in den TRB in Bezug genommenen tech-
nischen Normen und Vorschriften“
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985
S. 60), zuletzt geändert BArbBl. 9/1989
S. 58
- TRB 100 „Werkstoffe“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980
S. 64), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989
S. 92
- TRB 200 „Herstellung“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980
S. 65), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989
S. 107
- TRB 300 „Berechnung“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980
S. 65), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989
S. 107
- TRB 401 „Ausrüstung der Druckbehälter — Kenn-
zeichnung“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/
1983 S. 47), zuletzt geändert BArbBl. 2/
1989 S. 107
- TRB 402 „Ausrüstung der Druckbehälter — Öff-
nungen und Verschlüsse“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/
1983 S. 48), zuletzt geändert BArbBl. 2/
1989 S. 108

- TRB 403 „Ausrüstung der Druckbehälter — Einrichtungen zum Erkennen und Begrenzen von Druck und Temperatur“
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 45), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 108
- TRB 404 „Ausrüstung der Druckbehälter — Ausrüstungsteile“
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 47), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 108
- TRB 500 „Verfahrens- und Prüfrichtlinien für Druckbehälter“
Ausgabe März 1984 (BArbBl. 3/1984 S. 80)
- TRB 502 „Sachkundiger nach § 32 DruckbehV“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 86)
- TRB 502 Anl. 1 „Aufgaben des Sachkundigen nach der DruckbehV“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 87)
- TRB 502 Anl. 2 „Muster für die Übertragung von Prüfungsaufträgen an Sachkundige nach § 32 DruckbehV“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 88)
- TRB 505 „Verfahren und Registrieren der Baustarterprüfung sowie Prüfung von Druckbehältern durch den Hersteller“
Ausgabe März 1984 (BArbBl. 3/1984 S. 82), geändert BArbBl. 2/1989 S. 108
- TRB 511 „Prüfungen durch Sachverständige — Erstmalige Prüfung — Vorprüfung“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 50), geändert BArbBl. 2/1989 S. 109
- TRB 512 „Prüfungen durch Sachverständige — Erstmalige Prüfung — Bauprüfung und Druckprüfung“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 51) geändert BArbBl. 2/1989 S. 109
- TRB 512 Anlage „Muster für eine Bescheinigung über die erstmalige Prüfung eines Druckbehälters nach § 9 Abs. 1 DruckbehV“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 53)
- TRB 513 „Prüfungen durch Sachverständige — Abnahmeprüfung“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 54), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 513 Anlage „Muster für eine Bescheinigung über die Abnahmeprüfung eines Druckbehälters nach § 9 Abs. 1 DruckbehV“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 55)
- TRB 514 „Prüfungen durch Sachverständige — Wiederkehrende Prüfungen“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 56), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 515 „Prüfungen durch Sachverständige — Prüfung in besonderen Fällen“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 57), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 521 „Bescheinigung der ordnungsmäßigen Herstellung“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 88), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 522 „Prüfung durch den Hersteller — Druckprüfung“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 88), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 521—522 Anlage „Muster für Herstellerbescheinigungen“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 89)
- TRB 531 „Prüfungen durch Sachkundige — Abnahmeprüfung“
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 71), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 532 „Prüfungen durch Sachkundige — Wiederkehrende Prüfungen“
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 72), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110
- TRB 533 „Prüfungen durch Sachkundige — Prüfung in besonderen Fällen“
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 74)
- TRB 600 „Aufstellung der Druckbehälter“
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 45), geändert BArbBl. 2/1989 S. 111
- TRB 601 „Aufstellung der Druckbehälter — Kathodischer Korrosionsschutz für erdgedeckte Druckbehälter“
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 68)
- TRB 610 „Druckbehälter — Aufstellung von Druckbehältern zum Lagern von Gasen“
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 50), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 111
- TRB 700 „Betrieb von Druckbehältern“
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 48), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 111
- TRB 801 „Besondere Druckbehälter nach Anhang II zu § 12 DruckbehV“
Ausgabe Februar 1984 (BArbBl. 2/1984 S. 92), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 92
- TRB 851 „Einrichtungen zum Abfüllen von Druckgasen aus Druckgasbehältern in Druckbehälter — Errichten“
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 63), geändert BArbBl. 2/1989 S. 112
- TRB 852 „Einrichtungen zum Abfüllen von Druckgasen aus Druckgasbehältern in Druckbehälter — Betreiben“
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 65), geändert BArbBl. 2/1989 S. 112
- 12.4 Technische Regeln Druckgase (TRG), aufgestellt vom Deutschen Druckgasausschuß (DGA), ab 1. Juli 1980 vom Deutschen Druckbehälterausschuß (DBA), veröffentlicht vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt:

TRG 001	„Allgemeines — Aufbau und Anwendung der TRG“ Ausgabe September 1989 (BArbBl. 9/1989 S. 50)	Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 116)
TRG 002	„Allgemeines — Verzeichnis der in den TRG aufgeführten Normen, Richtlinien, Merkblätter, Technischen Regeln und Vorschriften“ Ausgabe November 1988 (BArbBl. 11/1988 S. 51)	TRG 104 Anl. 1 „Wahlweise Verwendung von Druckgasbehältern — Gruppen —“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 117)
TRG 100	„Druckgase — Allgemeine Bestimmungen für Druckgase“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 81)	TRG 200 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe —“ Ausgabe August 1977 (ArbSch. 7-8/1977 S. 225)
TRG 100 Anl. 1	„Allgemeine Bestimmungen für Druckgase — Verzeichnis der Druckgase“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 83), zuletzt geändert BArbBl. 3/1990 S. 84	TRG 201 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe, Bleche aus Stahl für geschweißte Behälter“ Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 300)
TRG 101	„Druckgase — Gase“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 91)	TRG 201 Anl. 1 „Bleche aus Stahl für geschweißte Behälter — Zulässige Stähle nach Normen“ Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 300), geändert BArbBl. 6/1979 S. 92
TRG 101 Anl. 1	„Gase; Liste 1: Gase mit t_k kleiner — 10 °C, Gruppen 1.1 und 1.2“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 93)	TRG 202 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe, Hohlkörper aus Stahl für nahtlose Behälter“ Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 301)
TRG 101 Anl. 2	„Gase; Liste 2: Gase mit — 10 °C kleiner/gleich t_k + 70 °C, Gruppen 2.1 bis 2.3“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 95), geändert BArbBl. 9/1989 S. 58	TRG 202 Anl. 1 „Hohlkörper aus Stahl für nahtlose Behälter — Zulässige Stähle nach Normen“ Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 302) geändert BArbBl. 6/1979 S. 92
TRG 101 Anl. 3	„Gase; Liste 3: Gase mit t_k größer/gleich + 70 °C, Gruppen 3.1 bis 3.3“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 97), zuletzt geändert BArbBl. 3/1990 S. 84	TRG 203 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe, Stähle für tiefe Temperaturen“ Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 302), geändert ArbSch. 10/1975 S. 353
TRG 101 Anlage 4	„Gase; Liste 4: Unter Druck gelöste Gase, Gruppe 4“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 102)	TRG 203 Anl. 1 „Stähle für tiefe Temperaturen — Zulässige Stähle nach Normen“ Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 303), zuletzt geändert ArbSch. 6/1979 S. 92
TRG 102	„Druckgase — Gasgemische“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 103)	TRG 220 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen der Druckgasbehälter“ Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 235)
TRG 102 Anl. 1	„Gasgemische — Technische Gasgemische“ Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 106), geändert BArbBl. 7-8/1985 S. 102	TRG 221 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen — Zylinder und Kugeln“ Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 236), zuletzt geändert BArbBl. 5/1985 S. 69
TRG 102 Anl. 2	„Gasgemische — Gasgemisch — Diagramm“ Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 17)	TRG 222 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen — Gewölbte Böden“ Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 238), geändert ArbSch. 10/1974 S. 305
TRG 103	„Druckgase — Flüssige tiefkalte Druckgase“ Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 17)	TRG 223 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen — Ebene Böden und Platten“ Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 239)
TRG 103 Anl. 1	„Liste 1: Flüssige tiefkalte Druckgase, unbrennbar“ Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 18)	TRG 224 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen — Ausschnitte“ Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 242)
TRG 103 Anl. 2	„Liste 2: Flüssige tiefkalte Druckgase, brennbar“ Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 20), geändert ArbSch. 6/1973 S. 286	
TRG 104	„Druckgase — Wahlweise Verwendung von Druckgasbehältern“	

- TRG 225 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen — Schrauben“
Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 244)
- TRG 226 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen — Flansche“
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 304)
- TRG 240 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Herstellen und betriebsfertiges Herrichten“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 401)
- TRG 240 Anl. 1 „Herstellen und betriebsfertiges Herrichten — Zeichnungen und dazugehörige Unterlagen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 401)
- TRG 241 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Herstellen — Schweißen und andere Fügeverfahren“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 402)
- TRG 241 Anl. 1 „Herstellen geschweißter oder nach einem anderen Verfahren gefügter Behälter — Verfahrensprüfung für Schweißverbindungen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 403)
- TRG 242 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Herstellen — Wärmebehandlung“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 404), geändert BARbBl. 4/1981 S. 54)
- TRG 250 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung der Druckgasbehälter“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 405)
- TRG 252 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung-Verschlüsse; Besichtigungs-, Befahr- und Reinigungsöffnungen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 406)
- TRG 253 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung-Absperreinrichtungen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 407), zuletzt geändert BARbBl. 5/1990 S. 79)
- TRG 254 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung-Sicherheitsventile und Berstscheiben — Einrichtungen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 408), zuletzt geändert BARbBl. 9/1989 S. 49
- TRG 256 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung — Sonstige Ausrüstung“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 409)
- TRG 270 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Kennzeichnen der Druckgasbehälter“
Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 245), zuletzt geändert ArbSch. 11/1977 S. 336
- TRG 270 Anl. 1 „Kennzeichnen der Druckgasbehälter — Erläuterungen und Maßgaben zur Tafel 1“
Ausgabe März 1973 (ArbSch. 5/1973 S. 247), zuletzt geändert BARbBl. 4/1981 S. 54
- TRG 280 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Betreiben von Druckgasbehältern“
Ausgabe September 1989 (BARbBl. 9/1989 S. 51), geändert BARbBl. 5/1990 S. 79
- TRG 300 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Druckgaspackungen“
Ausgabe September 1983 (BARbBl. 9/1983 S. 72)
- TRG 300 Anl. 1 „Druckgase für Druckgaspackungen“
Ausgabe September 1983 (BARbBl. 9/1983 S. 76)
- TRG 301 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Druckgaskartuschen, Halterungen und Entnahmeeinrichtungen“
Ausgabe Mai 1985 (BARbBl. 5/1985 S. 49)
- TRG 301 Anl. 1 „Druckgase für Druckgaskartuschen“
Ausgabe Mai 1985 (BARbBl. 5/1985 S. 53)
- TRG 303 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Einwegflaschen“
Ausgabe Juli 1978 (ArbSch. 9/1978 S. 309)
- TRG 310 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Flaschen aus Stahl“
Ausgabe November 1978 (ArbSch. 11/1978 S. 414), zuletzt geändert BARbBl. 5/1990 S. 80
- TRG 311 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Flaschen, Acetylen-Flaschen“
Ausgabe November 1985 (BARbBl. 11/1985 S. 55)
- TRG 311 Anl. 1 „Acetylen-Flaschen — Kennzeichen auf Acetylen-Flaschen“
Ausgabe Dezember 1974 (ArbSch. 1/1975 S. 55)
- TRG 311 Anl. 2 „Acetylen-Flaschen — Zugelassene poröse Massen“
Ausgabe November 1985 (BARbBl. 11/1985 S. 58)
- TRG 330 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Fässer aus Stahl“
Ausgabe November 1978 (ArbSch. 11/1978 S. 416), geändert BARbBl. 10/1981 S. 83
- TRG 360 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Druckgasbehälter für flüssige, tiefkalte Druckgase“
Ausgabe Dezember 1987 (BARbBl. 12/1987 S. 62)
- TRG 370 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Flaschenbündel“
Ausgabe Dezember 1987 (BARbBl. 12/1987 S. 65)

- TRG 371 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Batterien und Bündel — Acetylen-Flaschenbündel“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 410)
- TRG 380 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Treibgastanks“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 78), zuletzt geändert BArbBl. 3/1985 S. 120
- TRG 400 „Füllanlagen — Allgemeine Bestimmungen für Füllanlagen“
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 447)
- TRG 401 „Füllanlagen — Errichten von Füllanlagen“
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 447), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990 S. 79
- TRG 402 „Füllanlagen — Betreiben von Füllanlagen“
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 449), zuletzt geändert BArbBl. 9/1989 S. 58
- TRG 402 Anl. 1 „Betreiben von Füllanlagen — Volumetrisches Füllen von Handwerkerflaschen mit Flüssiggas“
Ausgabe September 1989 (BArbBl. 9/1989 S. 49)
- TRG 403 „Füllanlagen — Anlagen zum Füllen von Druckgaspäckungen und Druckgaskartuschen“
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 55)
- TRG 404 „Füllanlagen — Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Treibgastankstellen“
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 50)
- TRG 404 Anl. 1 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Muster von Füllanweisungen“
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 53)
- TRG 404 Anl. 2 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Muster von Füllanweisungen“
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 53)
- TRG 404 Anl. 3 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Anforderungen an Schutzgehäuse von Abgabeeinrichtungen“
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 85)
- TRG 404 Anl. 4 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Maßnahmen zum Schutz oberirdischer Treibgas — Lagerbehälter gegen Brandeinwirkung“
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 53)
- TRG 405 „Füllanlagen — Füllen ausländischer, für das Ausland bestimmter und sonstiger in § 20 DruckbehV genannter Druckgasbehälter“
Ausgabe September 1982 (BArbBl. 9/1982 S. 94)
- TRG 500 „Druckgasbehälter ortsbeweglicher Feuerlöscher (Prüfüberdruck kleiner/gleich 40 bar und Fassungsraum kleiner/gleich 20 l)“
Ausgabe August 1977 (ArbSch. 7-8/1977 S. 228), geändert BArbBl. 3/1983 S. 77
- TRG 510 „Sonstige Regeln für besondere Druckgasbehälter — Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden durch Reißbildung bei Druckgasbehältern für Wasserstoff“
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 56)
- TRG 601 „Verzinkte Druckgasbehälter“
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 49)
- TRG 602 „Campingflaschen“
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 50)
- TRG 603 „Erstmalige Prüfung von Druckgasbehältern“
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 52)
- TRG 700 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Druckgasbehältern“
Ausgabe August 1977 (ArbSch. 8-9/1977 S. 229)
- TRG 700 Anl. 1 „Verzicht auf das Prüfen durch den Sachverständigen (§ 22 Abs. 3 Satz 2 DruckbehV)“
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 72)
- TRG 701 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Druckgaskartuschen und ihrer Ausrüstung“
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 57)
- TRG 702 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von porösen Massen und Lösungsmitteln für Acetylenflaschen“
Ausgabe November 1974 (ArbSch. 1/1975 S. 52)
- TRG 710 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Ausrüstungsteilen der Druckgasbehälter“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 395)
- TRG 730 „Richtlinie für das Verfahren der Erlaubnis zum Errichten und zum Betreiben von Füllanlagen“
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 47)
- TRG 760 „Richtlinie für das Prüfen von Druckgasbehältern durch den Sachverständigen; Prüfen im Bauartzulassungsverfahren, erstmaliges Prüfen und Prüfen nach Änderung und Instandsetzung“
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 45)
- TRG 760 Anl. 1 „Prüfen im Bauartzulassungsverfahren und erstmaliges Prüfen — Nahtlose Gasflaschen aus Stahl“
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 47), geändert BArbBl. 1/1987 S. 72
- TRG 760 Anl. 5 „Prüfen im Bauartzulassungsverfahren und erstmaliges Prüfen — Geschweißte Fässer aus Stahl“
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 49)
- TRG 761 „Richtlinie für die Prüfung von Druckgaskartuschen, ihrer Halterungen und ihrer Entnahmeeinrichtungen durch den

- Sachverständigen im Bauartzulassungsverfahren"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 59)
- TRG 762 „Richtlinie für das Prüfen von porösen Massen und von Lösungsmitteln für Acetylen-Flaschen durch die Bundesanstalt für Materialprüfung“
Ausgabe November 1974 (ArbSch. 1/1975 S. 53)
- TRG 763 „Richtlinie für das Prüfen von Acetylen-Flaschen durch den Sachverständigen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 411)
- TRG 765 „Richtlinie für die wiederkehrende Prüfungen von Druckgasbehältern durch den Sachverständigen“
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 51)
- TRG 770 „Richtlinie für das Prüfen von Ausrüstungsteilen der Druckgasbehälter durch den Sachverständigen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 397)
- TRG 770 Anl. 1 „Prüfen der Baumuster — Spindelventile für Gasflaschen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 398)
- TRG 770 Anl. 2 „Prüfen der Baumuster — Absperreinrichtungen für Fässer und Fahrzeugbehälter“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 399)
- TRG 770 Anl. 3 „Prüfen der Baumuster — Sicherheitsventile in Absperrventilen für Propan/Butan-Flaschen“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 400)
- TRG 770 Anl. 4 „Prüfen der Baumuster — Berstscheiben-Einrichtungen für Flaschen für Kohlendioxid (Kohlensäure)“
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 400)
- TRG 790 „Richtlinie für das Prüfen von Füllanlagen durch den Sachverständigen“
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 453)
- TRG 801 „Umsetzung von EG-Einzelrichtlinien — Nahtlose Gasflaschen aus Stahl“
Ausgabe Juni 1986 (BArbBl. 6/1986 S. 46)
- TRG 802 „Umsetzung von EG-Einzelrichtlinien — Nahtlose Gasflaschen aus unlegiertem Aluminium und Aluminiumlegierungen“
Ausgabe Juni 1986 (BArbBl. 6/1986 S. 52)
- TRG 803 „Umsetzung von EG-Einzelrichtlinien — Geschweißte Gasflaschen aus unlegiertem Stahl“
Ausgabe Juni 1986 (BArbBl. 6/1986 S. 62)

13. Druckluft

- 13.1 Verordnung über Arbeiten in Druckluft (Druckluftverordnung) vom 4. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1909), geändert durch Gesetz vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965)
- 13.2 Richtlinie für die ärztliche Untersuchung von Arbeitnehmern, die mit Arbeiten in Druckluft beschäftigt werden,
Bekanntmachung des BMA vom 19. März 1973 (ArbSch. S. 194)
- 13.3 Richtlinie für das Ausschleusen mit Sauerstoff nach Arbeiten in Druckluft, Bekanntmachung des BMA vom 28. August 1974 (ArbSch. S. 295)
- 13.4 Richtlinie über die Voraussetzungen für die Ausstellung eines Befähigungsscheines nach § 18 Abs. 2 der Druckluftverordnung, Bekanntmachung des BMA vom 27. Februar 1975 (ArbSch. S. 274)

14. Elektrische Anlagen

- 14.1 Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 214)
- 14.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

15. Film

- 15.1 Verordnung über Sicherheitskinefilme (Sicherheitsfilm-Verordnung) vom 13. Dezember 1958 (BGBl. I S. 914)

16. Gas

- 16.1 Verordnung über Gashochdruckleitungen vom 17. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3591)
- 16.2 Technische Regeln für Gashochdruckleitungen (TRGL), aufgestellt vom Ausschuß für Gashochdruckleitungen (AGL), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;
- TRGL 001 „Textaufbau und Anwendung der TRGL“
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1978 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
- TRGL 001 Anl. 1 „Übersicht über den Stand der TRGL“
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 75)
- TRGL 001 Anl. 2 „Einheitliche Begriffserklärungen für TRGL“
Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
- TRGL 004 „Zusammenstellung wichtiger Normen, Merkblätter, Unfallverhütungsvorschriften und dergleichen“

	Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 75)	TRGL 201	„Allgemeine Anforderungen an Stationen“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), zuletzt geändert BArbBl. 4/1985 S. 82
TRGL 101	„Allgemeine Anforderungen an Gas-hochdruckleitungen“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96	TRGL 211	„Bauliche Anforderungen an Stationen“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
TRGL 111	„Leitungsführung“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75	TRGL 221	„Maschinen in Verdichter- und Pumpstationen“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249)
TRGL 121	„Konstruktion und Berechnung“ Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96	TRGL 231	„Druckbehälter in Stationen“ Ausgabe Februar 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 96)
TRGL 131	„Rohre — Werkstoffe, Herstellung, Prüfung“ Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75	TRGL 241	„Rohre und Rohrleitungsteile in Stationen — Werkstoffe, Berechnung, Prüfung“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75
TRGL 132	„Rohrleitungsteile — Werkstoffe, Herstellung, Prüfung“ Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96	TRGL 242	„Rohre und Rohrleitungsteile in Stationen — Errichtung, Prüfung“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75
TRGL 133	„Flansche, Dichtungen, Schrauben und Muttern — Werkstoffe, Herstellung, Prüfung“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75	TRGL 251	„Elektrische Einrichtungen in Stationen“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
TRGL 134	„Isolierverbindungen“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), geändert BArbBl. 1/1987 S. 75	TRGL 261	„Sicherheitstechnische Ausrüstung von Stationen“ Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76)
TRGL 141	„Schutz der Rohrleitungen gegen Korrosion“ Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96	TRGL 291	„Betrieb und Überwachung von Stationen“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
TRGL 151	„Bau-, Schweiß- und Verlegearbeiten“ Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75	TRGL 295	„Instandhaltungsarbeiten in Stationen“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
TRGL 151 Anl. 1	„Muster eines Rohrbuches“ Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96	TRGL 501	„Richtlinie für die Prüfung von Gas-hochdruckleitungen (Prüfrichtlinie)“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
TRGL 161	„Überwachung der Bau-, Schweiß- und Verlegearbeiten“ Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75	TRGL 501 Anl. 1	„— Muster — Gutachtliche Äußerung“ Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76)
TRGL 161 Anl. 1	„Überwachungsplan“ Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249)	TRGL 501 Anl. 2	„— Muster — Vorabbescheinigung“ Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76)
TRGL 171	„Druckprüfung“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74)	TRGL 501 Anl. 3	„— Muster — Schlußbescheinigung“ Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76)
TRGL 181	„Ausrüstung“ Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), zuletzt geändert BArbBl. 4/1985 S. 82	TRGL 511	„Richtlinie über Anzeigeunterlagen“ Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96
TRGL 191	„Betrieb und Überwachung“ Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75		
TRGL 192	„Überwachung im Einwirkungsbereich des Bergbaues“ Ausgabe November 1985 (BArbBl. 11 S. 69)		
TRGL 192 Anl. 1	„Erläuterungen zur TRGL 192“ Ausgabe November 1985 (BArbBl. 11 S. 69)		
TRGL 195	„Instandhaltungsarbeiten an Gashochdruckleitungen“ Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328)		

- TRGL 521 „Richtlinie für Änderungen und Erweiterungen von sowie Arbeiten an Gas-hochdruckleitungen“
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74)
- 17. Gefahrstoffe**
- 17.1 Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung) — 12. BImSchV — i. d. F. vom 19. Mai 1988 (BGBl. I S. 625)
- 17.2 Verordnung über gefährliche Stoffe (Gefahrstoffverordnung — GefStoffV —) vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1470), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. April 1990 (BGBl. I S. 790)
- 17.3 Technische Regeln für gefährliche Stoffe (TRgA und TRGS), aufgestellt vom früheren Ausschuß für gefährliche Arbeitsstoffe (AgA) sowie vom Ausschuß für Gefahrstoffe (AGS), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt, Fachbeilage Arbeitsschutz, sowie im Bundesarbeitsblatt;
- TRGS 001 „Allgemeines, Aufbau, Anwendung und Wirksamwerden der TRGS (Hinweise des BMA)“
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 48)
- TRGS 002 „Übersicht über den Stand der Technischen Regeln für Gefahrstoffe“
Ausgabe März 1990 (BArbBl. 3/1990 S. 81)
- TRGS 003 „Allgemein anerkannte sicherheitstechnische, arbeitsmedizinische und hygienische Regeln“
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 53)
- TRGS 100 „Auslöseschwelle für gefährliche Stoffe“
Ausgabe November 1986 (BArbBl. 11/1986 S. 91)
- TRgA 101 „Begriffsbestimmungen“
Ausgabe Juli 1978 (ArbSch. S. 313), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 48
- TRGS 102 „Technische Richtkonzentrationen (TRK) für gefährliche Stoffe“
Ausgabe Februar 1990 (BArbBl. 2/1990 S. 120)
- Anlage 1 Anwendung TRK-Wert Holzstaub zu TRGS 102 (BArbBl. Heft 10/1989 S. 58)
- Anlage 2 Maßnahmen in Kokereien zur Einhaltung des TRK-Wertes für Benzo(a)pyren BArbBl. Heft 2/1990 S. 121
- Anhang Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 86)
zu TRGS 102
- TRgA 150 „Unmittelbarer Hautkontakt mit Gefahrstoffen“
Ausgabe Oktober 1989 (BArbBl. 10/1989 S. 47)
- TRGS 200 „Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen und Zubereitungen“
Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 40), geändert BArbBl. 3/1988 S. 71
- TRGS 201 „Kennzeichnung von Abfällen beim Umgang“
Ausgabe Oktober 1989 (BArbBl. 10/1989 S. 48)
- TRgA 400 „Anforderungen an Meßstellen zur Durchführung der Messungen gefährlicher Stoffe in der Luft am Arbeitsplatz“
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 120)
- Anhang „Zusammensetzung des Erfahrungsaustauschkreises der Meßstellen“
zu TRgA 400
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 48)
- TRGS 402 „Ermittlung und Beurteilung der Konzentrationen gefährlicher Stoffe in der Luft in Arbeitsbereichen“
Ausgabe November 1986 (BArbBl. 11/1986 S. 91), geändert BArbBl. 10/1988 S. 40
- TRgA 403 „Bewertung von Stoffgemischen in der Luft am Arbeitsplatz“
Ausgabe Oktober 1985 (BArbBl. 10/1989 S. 70)
- TRgA 410 „Statistische Qualitätssicherung“
Ausgabe Juni 1979 (BArbBl. 6/1979 S. 88)
- TRgA 415 „Tragezeitbegrenzungen von Atemschutzgeräten und isolierenden Schutanzügen ohne Wärmeaustausch für Arbeit“
Ausgabe September 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 91)
- TRGS 420 „Verfahrens- und stoffspezifische Kriterien“
Ausgabe Dezember 1989 BArbBl. Heft 12/1989 S. 71
- TRGS 450 „Umgang mit Gefahrstoffen im Schulbereich“
Ausgabe Mai 1989 BArbBl. Heft 5/1989 S. 72
- TRGS 500 „Schutzmaßnahmen beim Umgang mit krebserzeugenden Gefahrstoffen, die nicht in Anhang II der Gefahrstoffverordnung aufgeführt sind — Zuordnung zu den Gefährdungsgruppen —“
Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 71), geändert BArbBl. 9/1988 S. 53
- TRgA 502 „Tetrachlorkohlenstoff, Tetrachlorethan, Pentachlorethan“
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 65)
- TRGS 503 „Strahlmittel“
Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 40 ber. BArbBl. 10/1987 S. 120), geändert BArbBl. 3/1989 S. 84
- TRgA 505 „Blei“
Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 71)
- TRGS 507 „Oberflächenbehandlung in Räumen und Behältern“
Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 40)
- TRgA 508 „Silikogener Staub“
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 65)

TRgA 509	„Magnesium“ Ausgabe März 1976 (ArbSch. S. 268), geändert BARbBl. 10/1981 S. 83	Korrosionsschutz — Beschichtungs- stoffe“ Ausgabe Mai 1988 (BARbBl. 5/1988 S. 46)
TRgA 510	„Schmälzmittel und geschmälzte Fa- serstoffe“ Ausgabe März 1976 (ArbSch. S. 268), geändert BARbBl. 10/1981 S. 83	TRgA 603 „Benzidin-Ersatzstoffe und Verwen- dungsbeschränkungen —“ Ausgabe April 1986 (BARbBl. 4/1986 S. 52)
TRGS 511	„Ammoniumnitrat“ Ausgabe September 1987 (BARbBl. 9/ 1987 S. 40), zuletzt geändert BARbBl. 3/ 1990 S. 80	TRgA 604 „4-Nitrodiphenyl — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen —“ Ausgabe April 1986 (BARbBl. 4/1986 S. 52)
TRGS 512	„Begasungen“ Ausgabe Oktober 1989 (BARbBl. 10/ 1989 S. 72)	TRgA 605 „4-Aminodiphenyl — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen —“ Ausgabe April 1986 (BARbBl. 4/1986 S. 52)
TRGS 514	„Lagern sehr giftiger und giftiger Stoffe in Verpackungen und ortsbeweglichen Behältern“ Ausgabe Oktober 1989 (BARbBl. 10/ 1989 S. 84)	TRgA 606 „2-Naphthylamin — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen —“ Ausgabe April 1986 (BARbBl. 4/1986 S. 52)
TRGS 515	„Lagern brandfördernder Stoffe in Ver- packungen und ortsbeweglichen Be- hältern“ Ausgabe Oktober 1989 (BARbBl. 10/ 1989 S. 89) berichtigt BARbBl. 12/1989 S. 76	TRGS 607 „Formaldehyd-Ersatzstoffe und Ver- wendungsbeschränkungen“ Ausgabe März 1989 (BARbBl. 3/1989 S. 84)
TRGS 516	„Antifouling-Farben“ Ausgabe Oktober 1989 (BARbBl. 10/ 1989 S. 50)	TRGS 900 „MAK-Werte 1989 Maximale Arbeits- platzkonzentrationen und Biologische Arbeitsstofftoleranzwerte der Senats- kommission zur Prüfung gesundheits- schädlicher Arbeitsstoffe der Deut- schen Forschungsgemeinschaft“ Ausgabe Januar 1990 (BARbBl. 1/1990 S. 63) berichtigt BARbBl. 2/1990 S. 137
TRGS 517	„Asbest“ Ausgabe September 1988 (BARbBl. 9/ 1988 S. 53) berichtigt BARbBl. 12/1989 S. 76	TRgA 901 „Richtlinie für die Prüfung von Schmälzmitteln (Schmälzmittelpf- richtlinie)“ Ausgabe April 1976 (ArbSch. S. 268)
TRGS 518	„Elektroisierflüssigkeiten, die mit PCDD oder PCDF verunreinigt sind“ Ausgabe Oktober 1989 (BARbBl. 10/ 1989 S. 52)	TRgA 902 „Richtlinie für die Rückführung abge- saugter Luft in Betriebsräumen der keramischen und Glasindustrie“ Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. S. 268)
TRGS 519	„Asbest-Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten“ Ausgabe August 1990 (BARbBl. 9/1990 S. 54)	TRGS 910 „Begründung für die Einstufung der krebserzeugenden Gefahrstoffe in die Gruppen I, II oder III der Liste des An- hangs II Nr. 1.1 Gefahrstoffverord- nung“ Ausgabe September 1987 (BARbBl. 9/ 1987 S. 40)
TRgA 550	„Hydrazin“ Ausgabe Mai 1984 (BARbBl. 5/1984 S. 49)	TRGS 953 „Empfehlung zur Erteilung von Aus- nahmegenehmigungen für den Um- gang mit Styrol“ Ausgabe März 1990 (BARbBl. 3/1990 S. 80)
TRgA 551	„Pyrolyseprodukte aus organischem Material“ Ausgabe September 1984 (BARbBl. 9/ 1984 S. 46)	
TRGS 552	„Nitrosamine“ Ausgabe September 1988 (BARbBl. 9/ 1988 S. 53), geändert BARbBl. 3/1989 S. 84	
TRGS 555	„Betriebsanweisung und Unterwei- sung nach § 20 GefStoffV“ Ausgabe März 1989 (BARbBl. 3/1989 S. 84), geändert BARbBl. 10/1989 S. 62	
TRgA 560	„Lufrückführung beim Umgang mit krebserzeugenden Arbeitsstoffen“ Ausgabe Juli 1985 (BARbBl. 7-8/1985 S. 101)	
TRgA 601	„Ersatzstoffe für Asbest“ Ausgabe April 1986 (BARbBl. 4/1986 S. 52)	
TRGS 602	„Ersatzstoffe und Verwendungsbe- schränkungen — Zinkchromate und Strontiumchromat als Pigmente für	

18. Gerätesicherheit

- 18.1 Erste Verordnung zum Gesetz über technische Ar-
beitsmittel vom 11. Juni 1979 (BGBl. I S. 629)
- 18.2 Zweite Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz
vom 26. November 1980 (BGBl. I S. 2195)
- 18.3 Verordnung über die Sicherheit medizinisch-techni-
scher Geräte (Medizingeräteverordnung) vom 14. Ja-
nuar 1985 (BGBl. I S. 93)
- 18.4 Gerätesicherheits-Prüfstellenverordnung (GSPrüfV)
vom 2. Januar 1980 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert
durch Verordnung vom 12. März 1990 (BGBl. I
S. 484)

- 18.5 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über technische Arbeitsmittel vom 27. Oktober 1970 (BAnz. Nr. 205 vom 3. November 1970) i. d. F. der Änderung vom 18. Mai 1990 (BAnz. Nr. 98 vom 29. Mai 1990)
- 18.6 Verzeichnisse A, B und C der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über technische Arbeitsmittel vom Januar 1989 (BArbBl. 1/1989 S. 29)
- 18.7 Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug vom 21. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2541)
- 18.8 Vierte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Schutzaufbautenverordnung) vom 18. Mai 1990 (BGBl. I S. 957)

19. Jugendarbeitsschutz

- 19.1 Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8051-1-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Verordnung vom 5. September 1968 (BGBl. I S. 1013)
- 19.2 Ausführungsverordnung zum Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8051-1-2 veröffentlichten bereinigten Fassung
- 19.3 Verordnung über das Verbot der Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren mit sittlich gefährdenden Tätigkeiten in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8051-1-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 8. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1634)
- 19.4 Verordnung zur Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes für Jugendliche Niedersachsen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8051-1-2a, veröffentlichten bereinigten Fassung

20. Ladenschluß

- 20.1 Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20-2, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 20.2 Verordnung über die Ladenschlußzeiten für die Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20-3, veröffentlichten bereinigten Fassung

21. Mutterschutz

- 21.1 Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1495) geändert durch die Verordnung vom 17. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2322)

22. Seeschifffahrt und Binnenschifffahrt

- 22.1 Verordnung über die Seediensstauglichkeit vom 19. August 1970 (BGBl. I S. 1241), geändert durch Verordnung vom 9. September 1975 (BGBl. I S. 2507)
- 22.2 Verordnung über die Unterbringung der Besatzungsmitglieder an Bord von Kauffahrteischiffen vom 8. Februar 1973 (BGBl. I S. 66), geändert durch Verordnung vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2443)
- 22.3 Verordnung über die Anwendung der Arbeitszeitordnung auf die in § 7 Abs. 1 des Seemannsgesetzes genannten Personen vom 7. Juli 1975 (BGBl. I S. 1902)
- 22.4 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Aufsicht über die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften des Seemannsgesetzes vom 28. Dezember 1962 (Bundesanzeiger 1963 Nr. 4)
- 22.5 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung vom 17. März 1988 (BGBl. I S. 238)
- 22.6 Rheinschiffs-Untersuchungsordnung vom 26. März 1976 (BGBl. I S. 773), zuletzt geändert nach Maßgabe des Artikels 4 durch Artikel 2 V der Verordnung vom 9. September 1988 (BGBl. I S. 1742)

23. Sonn- und Feiertagsarbeit

- 23.1 Bekanntmachung betreffend Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7107-3, veröffentlichten Fassung
- 23.2 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie in der Fassung vom 31. Juli 1968 (BGBl. I S. 886), geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560)
- 23.3 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Papierindustrie in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7107-5, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560)
- 23.4 Verordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7107-1, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 23.5 Bekanntmachung betreffend Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe gemäß § 105e Abs. 1 der Gewerbeordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7107-2, veröffentlichten bereinigten Fassung

24. Sprengstoff

- 24.1 Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) i. d. F. vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 793)
- 24.2 Zweite Verordnung zum Sprengstoffgesetz (2. SprengV) i. d. F. vom 5. September 1989 (BGBl. I S. 1620), berichtigt am 15. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2458)
- 24.3 Dritte Verordnung zum Sprengstoffgesetz (3. SprengV) vom 23. Juni 1978 (BGBl. I S. 783)

24.4 Vierte Verordnung zum Sprengstoffgesetz (4. SprengV) vom 14. April 1978 (BGBl. I S. 503), zuletzt geändert durch VO vom 20. April 1990 (BGBl. I S. 786)

24.5 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz (SprengVwV) i. d. F. vom 10. März 1987 (Bundesanzeiger Nr. 60a)

24.7 Sprengstofflager-Richtlinien (SprengLR), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern, nach Anhören des Sachverständigenausschusses für explosionsgefährliche Stoffe und im Benehmen mit den für den Arbeitsschutz zuständigen obersten Landesbehörden in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt

SprengLR 010 „Richtlinie für das Zuordnen explosionsgefährlicher Stoffe zu Lagergruppen“
Ausgabe April 1978 (ArbSch. S. 231)

SprengLR 011 „Richtlinie für das Zuordnen sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe zu Lagergruppen“
Ausgabe Mai 1981 (BARbl. 5/1981 S. 70), berichtigt BARbl. 6/1981 S. 88

SprengLR 210 „Richtlinie Bauweise und Einrichtung der Lager für Sprengstoffe und Zündmittel“
Ausgabe September 1978 (ArbSch. S. 305)

SprengLR 220 „Richtlinie Bauweise und Einrichtung der Lager für pyrotechnische Sätze und Gegenstände“
Ausgabe Dezember 1979 (BARbl. 2/1980 S. 101)

SprengLR 230 „Richtlinie Diebstahlsicherung der Lager für Explosivstoffe und Gegenstände mit Explosivstoff“
Ausgabe Dezember 1979 (BARbl. 2/1980 S. 101)

SprengLR 310 „Richtlinie Bauweise und Einrichtung der Lager für sonstige explosionsgefährliche Stoffe (Lagergruppen I-III)“
Ausgabe Januar 1986 (BARbl. 1/1986 S. 67)

SprengLR 340 „Richtlinie für die Zusammenlagerung sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe (Lagergruppen I-III)“
Ausgabe Januar 1986 (BARbl. 1/1986 S. 67)

SprengLR 350 „Richtlinie Abstände der Lager für sonstige explosionsgefährliche Stoffe (Lagergruppen I-III)“
Ausgabe Januar 1986 (BARbl. 1/1986 S. 67)

SprengLR 360 „Richtlinie Aufbewahrung sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe, die sich wie Explosivstoffe der Lagergruppe 1.3 verhalten“
Ausgabe September 1984 (BARbl. 9/1984 S. 54)

SprengLR 410 „Richtlinie Aufbewahrung kleiner Mengen“
Ausgabe Februar 1982 (BARbl. 2/1982 S. 72)

25. Strahlenschutz

25.1 Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung) vom 8. Januar 1987 (BGBl. I S. 114)

25.2 Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung) i. d. F. vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1321), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. April 1990 (BGBl. I S. 607)

26. Unterkunft auf Baustellen

26.1 Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Unterkunft bei Bauten vom 21. Februar 1959 (BGBl. I S. 44), zuletzt geändert durch die Verordnung über Arbeitsstätten vom 20. Mai 1975 (BGBl. I S. 729)

